

Die Politische Meinung



TÜRKEI

Schlüsselmacht einer
Krisenregion

ZUM SCHWERPUNKT Jürgen Hardt, Die wachsende Bedeutung der deutsch-türkischen Beziehungen; M. Murat Erdoğan, Syrische Flüchtlinge im Stimmungsbild der Türkei; Gülistan Gürbey, Der Kurdenkonflikt; Yaşar Aydın, „Neue Türkei“

INTERVIEW Norbert Röttgen, Die Europäer können ihre Aufgaben nicht an die Türkei delegieren

100. DEUTSCHER KATHOLIKENTAG Thomas Sternberg, Der Katholikentag als Demonstration für den Dienst am Menschen; Heinrich Bedford-Strohm, Charta Oecumenica

IMPULSE Norbert Arnold, Gene Editing – Wissen wir, was wir tun?

”

Die Europäische Union muss ein fundamentales Interesse an partnerschaftlichen Beziehungen mit der Türkei haben. Partnerschaft ist kein Gebot von Naivität oder Idealismus, sondern von praktischer Lösungsorientierung und Verantwortung.
Manfred Weber

Während die Türkei 2,7 Millionen syrische Flüchtlinge innerhalb ihrer Grenzen aufgenommen hat, haben es die reichen, entwickelten westlichen Länder mit weit weniger Flüchtlingen zu tun. Ihre unausgesprochene Forderung an die Türkei lautet: Haltet aus humanitären Gründen eure Ostgrenze zu Syrien offen, aber verschließt eure Westgrenze, damit sie nicht in die EU gelangen!
M. Murat Erdoğan

Die Türkei ist in einer ganz außergewöhnlich angespannten inneren Verfassung und außenpolitischen Lage. Es gibt die sichtbare Entschlossenheit von Staatspräsident Erdoğan, das Land hin zu einer autoritären inneren Verfassung zu führen. [...] Außenpolitisch ist die Türkei in einer ziemlichen Sackgasse gelandet.
Norbert Röttgen

Als ‚nur bedingt frei‘ stuft Freedom House die türkische Demokratie ein. Human Rights Watch und Amnesty International beanstanden in ihren jüngsten Türkei-Berichten die Missachtung des Rechts auf Leben in den kurdischen Gebieten durch das unverhältnismäßige und harte Vorgehen der Spezialeinheiten von Armee und Polizei.
Gülistan Gürbey

Die Verfestigung islamisch-konservativer Wertvorstellungen innerhalb der türkischen Gesellschaft und der türkischen Eliten ist unverkennbar. Gleichwohl lässt sich die aktuelle Situation auch als Chance begreifen, das ‚republikanische Modell‘ des Laizismus zu überdenken. Die Türkei braucht einen liberal pluralistischen Laizismus, der die moralische Gleichheit aller Bürger und die Gewissensfreiheit achtet.
Yaşar Aydın

“

Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

„Für die Türkei ist das Flüchtlingsthema keine Frage des Handelns, sondern ein Thema von Werten – sowohl von humanitären Werten als auch von europäischen Werten.“ Dies sagte der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu kurz vor Abschluss der Vereinbarungen seines Landes mit der Europäischen Union (EU). Wer die Entwicklungen in der Türkei, die massiven Einschränkungen der Pressefreiheit oder das brutale Vorgehen gegen die kurdische Bevölkerung, verfolgt, wird die Inanspruchnahme humanitärer und europäischer Werte seitens des türkischen Regierungschefs brüsk zurückzuweisen. Doch verhilft das EU-interne Gezerre in der Flüchtlingsfrage der Türkei dazu, sich als bessere Europäer darstellen zu können: Türkei 2,7 Millionen, EU 0,9 Millionen syrische Flüchtlinge – die autoritär agierende türkische Regierung ist mit einer weit größeren humanitären Herausforderung konfrontiert, als sie die europäischen Demokratien auf sich nehmen wollen.

Fast die Hälfte der 5,9 Millionen Menschen, die aus Syrien geflohen sind, überlebt in der Türkei – wo die Meinungs- und Pressefreiheit unterdrückt wird, aber Flüchtlingen keine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben droht. Es fällt nicht leicht, mit diesem Widerspruch umzugehen. Doch solange Europa die Krisen in seiner Nachbarschaft nicht selbst bewältigen kann, wird es auf Partner angewiesen sein – so schwierig sie auch sein mögen. Noch heikler wird es, wenn es, wie im Falle des Transitlandes Libyen, kein handlungsfähiges Gegenüber gibt.

Markus Ferber (CSU) sagt, die EU habe die „moralische Verpflichtung“, der Türkei zu helfen, damit es dort Perspektiven für die syrischen Flüchtlinge gebe. Die teils abfällig als „Deal“ bezeichneten Vereinbarungen mit der Türkei tragen dieser humanitären Pflicht Europas Rechnung und setzen Anreize dafür, dass die Flüchtlinge nahe ihrer Heimat bleiben und sich nicht mehr in so großer Zahl auf den lebensgefährlichen Weg nach Griechenland machen. Fraglos sind die Schwierigkeiten bei der Umsetzung groß, doch besteht immerhin die Chance zu einer Lösung, die alle EU-Staaten entlastet und keinen mit den Problemen allein zurücklässt.

Die Türkei, das östlichste NATO-Mitglied, ist eine Schlüsselkraft in einer unruhigen, teils im Chaos befindlichen europäischen Nachbarregion. Nicht allein die Flüchtlingsfrage macht eine Zusammenarbeit mit ihr notwendig. Gleichzeitig führt der Blick auf die Landkarte vor Augen, dass die Türkei nicht gerade von Freunden umzingelt ist und den Rückhalt Europas und des Westens bitter nötig hat. Was geschehen sollte, ist „kein Ausdruck einer neu erwachten europäischen Liebe zur Türkei“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*), sondern eine interessengeleitete Wiederannäherung, in der hier wie dort klar wird, was zum wirklichen Europäer gehört.



INHALT

1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

Türkei – Schlüsselkraft einer Krisenregion

14 INTERVIEW: REALISTISCHE LÖSUNGEN

Norbert Röttgen: Die Europäer können ihre Hausaufgaben nicht an die Türkei delegieren

19 MEHR ALS NUR GÄSTE

M. Murat Erdoğan

Syrische Flüchtlinge im Stimmungsbild der türkischen Bevölkerung

25 PARTNERSCHAFT, NICHT ABHÄNGIGKEIT

Manfred Weber

Die Europäische Union und die Türkei

29 DER KURDENKONFLIKT

Gülstan Gürbey

Neue Dynamiken, neue Blockaden

49 DIE AKP

Charlotte Joppien

Zum Profil der türkischen Regierungspartei

55 ZIVILGESELLSCHAFT?

Funda Gençoğlu Onbaşı

Wie sie sich darstellt, welche Themen sie bestimmen

60 „NEUE TÜRKEI“

Yaşar Aydın

Über Tendenzen der Entsäkularisierung

66 INTERVIEW: NEUE TERRORWELLE

Hüseyin Bağcı über die Bedrohungslage in der Türkei

79 DYNAMISCHE ENTWICKLUNG

Suat Bakir

Zu den deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen

90 GEMEINSAME VERANTWORTUNG

Jürgen Hardt

Die wachsende Bedeutung der deutsch-türkischen Beziehungen

Beziehungskrisen

36 AM SCHEIDEWEG

Nils Wörmer

Die türkische Syrienpolitik

38 DRAHTSEILAKT FÜR ANKARA

Nils Wörmer

Die türkische Irakpolitik

41 „DEN ATEM DES ANDEREN IM NACKEN“

Oliver Ernst

Der Iran und die Türkei

45 **ELEFANT IM RAUM**

Michael Borchard

Israel und die Normalisierung der Beziehungen zur Türkei

71 **HOFFNUNG AUF WIEDERVEREINIGUNG**

Michael Martens

Die türkisch-griechischen Beziehungen und die Zypern-Frage

75 **AUF KONFRONTATIONS-KURS**

Nadežda Arbatova

Die russisch-türkischen Beziehungen in der Krise

Erinnert

84 **„HAYMATLOZ“**

Reiner Möckelmann

Verfolgte des Nationalsozialismus im türkischen Exil

Impulse

118 **GENE EDITING**

Norbert Arnold

Wissen wir, was wir tun?

Gelesen

122 **EIN MANN DER TAT**

Wolfgang Tischner

Zum Stand der Erhard-Rezeption

100. Deutscher Katholikentag

97 **ECCE HOMO**

Thomas Sternberg

Der 100. Deutsche Katholikentag als Demonstration für den Dienst am Menschen

103 **CHARTA OECUMENICA**

Heinrich Bedford-Strohm

Was Katholikentage für das gemeinsame Handeln der Kirchen bedeuten

107 **INTERVIEW: AUF EINLADUNG DER LAIEN**

Martin Stauch über die Geschichte, Bedeutung und Aktualität der Katholikentage

113 **VOM WERT DER KIRCHEN**

Karlies Abmeier

Die Debatte über die Kirchenfinanzierung

Aus der Stiftung

126 **NEUERSCHEINUNGEN**



Gestrenge Blicke

Die Fotoserie „Mustafa“ (2013–2015) von Emine Akbaba

Bis heute ist Mustafa Kemal Atatürk allgegenwärtig in der Türkei. Die Fotografin Emine Akbaba dokumentiert die fortwährende Präsenz des Staatsgründers und radikalen Reformers jenseits der offiziellen Erinnerungskultur – in den Geschäften, Restaurants und Büros Istanbuls.

Was ist eingeübte Konvention? Was ist lebendige Verehrung?

Der Abschied von Atatürk sei längst eingeläutet, meint mancher Beobachter.

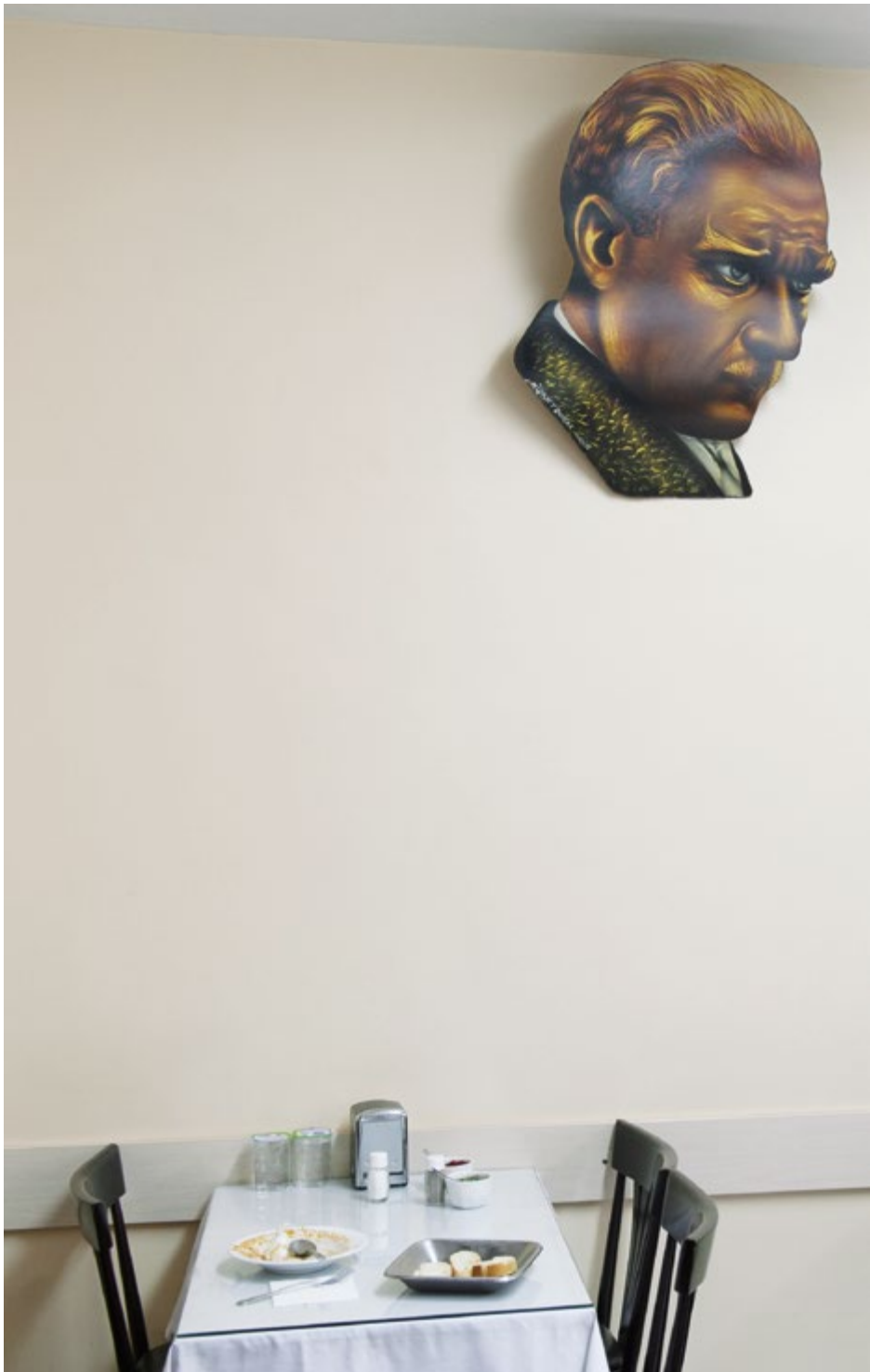
Eine autoritäre Entsäkularisierung folge nun auf einen autoritären Säkularismus. Möglicherweise spiegelt manches vergilbte Porträt Mustafa Kemals auch das Verblassen des westlichen Vorbildes wider.

Ein gemeinsames Handeln Europas könnte für die demokratischen Kräfte in der Türkei ein Rückhalt sein.

Türkei

—

Schlüsselmacht einer Krisenregion

















Realistische Lösungen

Die Europäer können ihre Hausaufgaben nicht an die Türkei delegieren

NORBERT RÖTTGEN

Geboren 1965 in Meckenheim, Bundesminister a. D., Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages.

Herr Röttgen, die Türkei hat bislang rund zweieinhalb Millionen Syrer aufgenommen. Die Länder der Europäischen Union (EU) sehen sich mit nicht einmal der Hälfte dieser Flüchtlingszahlen überfordert. Wieso kann, warum soll die Türkei das stemmen, wozu

sich die viel größere EU außerstande sieht?

Norbert Röttgen: Das ist eine berechnete Frage. Die Leistung der Türkei verdient große Anerkennung, wenngleich es die Situation nicht ganz treffend beschreibt – zu sagen: „Die Türkei hat zweieinhalb Millionen Flüchtlinge aufgenommen.“ Denn diese Menschen sind im Laufe des jahrelangen Syrien-Krieges über die Grenze gekommen, aber nur ein geringer Anteil ist in Flüchtlingslagern untergebracht und erhält eine Versorgung mit

Nahrung oder anderen Dingen. Der weit größere Teil hält sich im Land auf – ohne Ansprüche und ohne Rechte. Sie sind Terror und Krieg entkommen, sie haben überlebt, das ist angesichts der Lage in Syrien nicht wenig, aber viel mehr als ein Überleben ist es auch nicht.

Das schmälert nicht die Tatsache, dass sich diese große Zahl von Flüchtlingen in der Türkei befindet. Und es ist auch richtig, die Widersprüchlichkeit so zu beschreiben, wie Sie es in Ihrer Frage getan haben: Die Europäer sagen der Türkei, dass sie etwas tun soll, wozu sie selbst offensichtlich nicht in der Lage sind. Die Türkei hat 77 Millionen Einwohner, die EU 500 Millionen. Deutschland hat eine Million aufgenommen, die Türkei hat 2,7 Millionen im eigenen Land. Das ist der Grund, warum die Türkei zu Recht sagt: „Ihr müsst uns unterstützen! Wir müssen mit euch ein System von Lastenteilung vereinbaren!“ Darum ist es richtig, dass sich die Europäische Union mit einem milliarden schweren Betrag an der Betreuung der Flüchtlinge in der Türkei und auch an der Entwicklung von Perspektiven für sie beteiligt.

Für wie stabil halten Sie die Lage in der Türkei? Noch hört man nichts von fremdenfeindlichen Reaktionen, aber die Situation erscheint doch prekär, wenn man an die Kämpfe in den Kurdengebieten mit mehr als 1.000 Toten denkt oder an die terroristischen Anschläge, von denen auch Deutsche betroffen waren.

Norbert Röttgen: Die Türkei ist in einer außergewöhnlich angespannten inneren und außenpolitischen Lage. Es gibt die sichtbare Entschlossenheit von Staatsprä-

sident Erdoğan, das Land hin zu einer autoritären inneren Verfassung zu führen. Die Ausschaltung der freien Presse ist nahezu komplett. Dabei werden oppositionelle Zeitungen nicht nur ausgeschaltet, sondern direkt von der Regierung übernommen. Es handelt sich gewissermaßen um eine feindliche Übernahme der kritischen Presse – im Zusammenspiel mit einem Teil einer nicht mehr unabhängigen Justiz. Gleichzeitig wurde der Wiederbeginn terroristischer Aktivitäten der PKK zwischen den beiden Wahlen im letzten Jahr dazu genutzt, um einen unverhältnismäßigen militärischen Kampf gegen die Kurden auf türkischem, aber auch auf syrischem Gebiet zu führen.

Außenpolitisch ist die Türkei in einer ziemlichen Sackgasse gelandet – nicht allein wegen des Abschusses des russischen Militärflugzeuges im türkischen Luftraum. Wirtschaftlich hat es für die Türkei schwere Folgen, dass die Beziehungen zu Russland auf dem Nullpunkt angekommen sind.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob es aktuell um mehr geht als um die Reduzierung von Flüchtlingszahlen. Welche geopolitischen Fragen müssen im Verhältnis zur Türkei mit bedacht werden?

Norbert Röttgen: Grundsätzlich gibt es zwischen der EU und der Türkei einen großen Bereich wechselseitiger Interessen. Für Europa ist es von großer Bedeutung, welche Rolle die Türkei als großes sunnitische Land im arabischen Raum – in Syrien, im Irak, in Palästina – spielt. Das gilt aktuell umso mehr, als wir feststellen müssen, dass sich die Instabilität und die Unsicherheit des Nahen Ostens auf Europa übertragen. Auf der anderen Seite

braucht die Türkei Europa mit Sicht auf eine tragfähige, vor allem wirtschaftliche Entwicklung.

Das deutsch-türkische Verhältnis besitzt also geostrategisch ein großes Potenzial – zumal es eine lange Geschichte und belastbare Tradition guter Beziehungen zwischen beiden Ländern gibt. Dabei ist einzuräumen, dass es zuletzt im europäisch-türkischen Verhältnis eine große Vernachlässigung gegeben hat – mit dem Ergebnis eines erheblichen wechselseitigen Vertrauensverlustes.

Darum bin ich der Auffassung, dass man mit kleineren Schritten anfangen sollte, um wieder Vertrauen zu schaffen. Wenn man auf die Schnelle mit unrealistischen Erwartungen ansetzt, ist die Gefahr von Enttäuschungen mit erheblichem Flurschaden groß. Das gilt jetzt besonders in der Flüchtlingsfrage. Meine Auffassung ist, dass die Türkei weder willens noch in der Lage ist, das europäische Flüchtlingsproblem anstelle Europas zu lösen.

Trotzdem hat die Türkei ihre Unterstützung zur Lösung der Flüchtlingsfrage angeboten. Das tut sie gewiss nicht nur aus Selbstlosigkeit und Menschenfreundlichkeit?

Norbert Röttgen: Absolut entscheidend ist für mich, dass die Kooperation zwischen der EU und der Türkei keinesfalls auf dem Rücken von Flüchtlingen stattfindet. Ich sehe nämlich die Gefahr, dass – entgegen europäischem und internationalem Recht – aus konkreten Menschen mit individuellen Flüchtlingsschicksalen „Zahlen“ werden. Dass ein Flüchtling auf griechischem Boden ohne Prüfung seiner Verfolgungssituation in die Türkei, die die Genfer Flüchtlingskonvention nicht ohne

Vorbehalte unterzeichnet hat, zurückgeführt und im Austausch dafür ein anderer Flüchtling aus der Türkei nach Europa geschickt wird, hieße, Menschen zu Nummern zu machen. Es kommt also darauf an, wie die Vereinbarung mit der Türkei ausgestaltet wird, und dann bleibt die Frage, ob das Verabredete auch eingehalten wird.

Letzteres ist auch eine Frage der machtpolitischen Verteilung. Sitzt die Türkei am längeren Hebel, wie häufig behauptet wird?

Norbert Röttgen: Aus meiner Sicht zeigt sich vor allem, dass Europa die Türkei nicht an ihrer Stelle handeln lassen darf. Wenn wir das zuließen, würden wir uns in Abhängigkeit begeben. Und das gilt nicht speziell für die Türkei; aus eigenem Interesse sollte sich die Europäische Union gegenüber keinem Land in Abhängigkeit begeben. Auch jetzt muss die Geschäftsgrundlage sein, dass wir die europäische Handlungsmacht nicht abgeben, denn das hätte fatale Folgen.

Wie passt dazu die türkische Forderung, die Beitrittsverhandlungen mit der EU auszuweiten?

Norbert Röttgen: Ich habe nichts dagegen, sondern befürworte es, wenn weitere Kapitel in den Beitrittsverhandlungen eröffnet würden – zum Beispiel das Kapitel über die Rechtsstaatlichkeit. Denn wenn wir der Auffassung sind, dass es Defizite bei der Rechtsstaatlichkeit gibt, dann muss man diese mit der Türkei diskutieren und alles andere tun, als die Verhandlungen darüber zu verweigern. Die eigentliche Ursache für die Schwierigkeiten in

diesem Prozess liegt ja bisher im Zypernkonflikt und in der Blockade der Republik Zypern – ist also nicht in der Sache selbst begründet. Wenn es in diesem Punkt zu Fortschritten käme, wäre es zu begrüßen. Doch wird es auch dann ein Prozess sein, bei dem deutlich werden muss, dass der gegenwärtige innenpolitische Kurs die Türkei nicht näher an die Europäische Union heranführt, sondern die Verletzungen von Freiheitsrechten unvereinbar mit den Prinzipien einer europäischen Mitgliedschaft sind.

Ist die Vorstellung naiv, dass Beitrittsverhandlungen zu einer Wiederannäherung führen könnten?

Norbert Röttgen: Nein, das halte ich nicht für naiv, sondern für möglich. Wir benötigen einen schrittweisen Prozess, bei dem neues Vertrauen entsteht. Dabei gibt es wechselseitig Vorbehalte, von denen manche durchaus berechtigt sind. In einem türkisch-deutschen Gesprächskreis, an dem ich teilnehme, ist von türkischer Seite zu hören: „Es ist wieder bezeichnend. Jetzt, wo ihr uns braucht, seid ihr wieder da. Daraus ergibt sich für uns der Schluss, dass ihr nicht wirklich an uns interessiert seid und ihr uns eigentlich gar nicht haben wollt. Es geht euch nur darum, uns zu benutzen.“ Ich glaube, dass die Antwort auf solche Vorbehalte langfristige vertrauensbildende Prozesse sind, die dann auch die Perspektive für ein wirklich geostrategisches Verhältnis schaffen.

Wie „ehrlich“ ist denn eine Ausweitung der Verhandlungen, wenn die Aussicht gar kein vollständiger Beitritt ist?

Norbert Röttgen: Das ist genau das, was die Türkei sagt: „Ihr meint es nicht ehrlich mit uns!“ Ich glaube auch, dass an dieser Stelle die Türkei einen Punkt hat, weil wir das in der Europäischen Union für uns noch nicht wirklich geklärt haben. Würden wir den Beitritt wollen, selbst wenn die Türkei alle Kriterien erfüllt? Da wird gesagt: „Wir wollen euch!“ – aber nur in dem Wissen, dass sich die Frage gar nicht stellt. Diesen Punkt kritisiert die Türkei zu Recht. Vielleicht würde ich erwidern: Es ist in der Tat so lange schwer zu beantworten, wie es in ganz grundsätzlichen Fragen eine Unvereinbarkeit gibt. Die jetzige Lage verschärft diese Widersprüchlichkeit eher, wenn etwa Staatspräsident Erdoğan die Pressefreiheit bekämpft und gleichzeitig sagt: „Wir wollen aber schneller in die EU.“ Dann muss man eben auch antworten: „Mach dir keine Illusionen, beides geht nicht zusammen!“

Ein anderer kritischer Punkt: Visa-Freiheit für türkische Staatsbürger! Handeln wir uns dadurch nicht ein neues Flüchtlingsproblem ein?

Norbert Röttgen: Es gibt für die Visa-Freiheit wie für den Zugang zum Schengenraum Kriterien. Diese kann man jetzt nicht ignorieren – und zwar auch deshalb nicht, weil wir sonst so täten, als ob wir kurzfristig ein Problem gelöst hätten, aber uns in Wirklichkeit längerfristig ein neues Problem einhandeln würden.

Es heißt, dass die EU ihre Probleme ohne die Türkei nicht lösen könne. Aber ist es nicht ein Armutszeugnis für die EU, dass sie es nicht selbst schafft, ihre Außengrenze schützen?

Norbert Röttgen: Ich würde beides bejahen. Wie gesagt, sind die türkisch-europäischen Beziehungen beiderseitig von größtem Interesse. Mit Sicht auf die neue Situation im Nahen Osten, als NATO-Mitglied, in Energie- und Wirtschaftsfragen ist die Türkei für Europa von großer Bedeutung. Auf der anderen Seite haben die Europäer mit dem Schengenraum ein gemeinsames europäisches Gut – nämlich einen Raum des Vertrauens der Staaten untereinander – geschaffen. Jetzt besteht die Aufgabe, dieses europäische Gut auch durch eine europäische Grenze mit einem europäischen Grenzschutz zu bewahren. Die Widersprüchlichkeit, die Sie in Ihrer Eingangsfrage in Bezug auf die Flüchtlingskrise aufgezeigt haben: „Nehmt mehr Flüchtlinge! Tut das, was wir nicht können!“ – sie gibt es auch beim Schutz der Außengrenzen. Die Europäer sagen: „Die EU-Außengrenze sichern – das können wir nicht machen. Bitte schützt ihr mal unsere Grenze.“ Darum muss das gemeinsame Europa seine Hausaufgaben selbst machen, wir können sie nicht an die Türkei delegieren. Das wird nicht funktionieren.

Die Türkei ist ein „schwieriger Partner“, aber momentan scheint es doch so zu sein, dass die Partner in der EU noch viel schwieriger sind.

Norbert Röttgen: Ich würde das eine mit dem anderen nicht unbedingt vergleichen. Aber es gibt in der EU nach wie vor eine Mehrheit der Staaten, die nicht bereit zu sein scheinen, sich an Lösungen eines europäischen Problems, der Flüchtlingskrise, zu beteiligen – sei es dadurch, dass mehr Geld für die Flüchtlingslager im Nahen Osten fließt, dass eine bessere Sicherung der Außengrenzen erfolgt. Oder auch dadurch, dass Flüchtlinge in Europa verteilt werden. Das stimmt, und ich rechne nicht damit, dass sich das auf absehbare Zeit ändert, weil diese Fragen in allen diesen Ländern hochpolitisch sind und sich über sie die Machtfrage stellt. Insofern haben alle Schwierigkeiten, über die wir im Verhältnis mit der Türkei gesprochen haben, ihren Ursprung darin, dass sich Europa bislang nicht in der Lage zeigt, ein europäisches Problem europäisch zu lösen. Darum gibt es leider immer nur schlechtere andere Lösungen.

Die Fragen stellte Bernd Löhmann am 10. März 2016.

Mehr als nur Gäste

Syrische Flüchtlinge im Stimmungsbild der türkischen Bevölkerung

M. MURAT ERDOĞAN

Geboren 1964 in Erciş (Provinz Van, Türkei), Direktor des Forschungszentrums für Migration und Politik der Hacettepe-Universität (HUGO), Ankara (Türkei).

Der syrische Bürgerkrieg begann im März 2011. Seitdem haben mehr als 250.000 Menschen – die meisten davon Zivilisten – ihr Leben verloren. Millionen von Menschen waren gezwungen, ihre Häuser zu verlassen. Vier bis fünf Millionen flüchteten aus ihrem Heimatland.

Laut den Vereinten Nationen erleben wir aufgrund des syrischen Bürgerkrieges eine der größten humanitären Katastrophen, die die Welt je erlebt hat. Die Chancen, dass diese Grauen – trotz des Waffenstillstandes – bald ein Ende haben könnte, stehen nicht gut. Schließlich geht es um viel mehr als um einen Machtkampf zwischen dem Assad-Regime und den Oppositionskräften. Längst hat der Krieg internationale Dimensionen, neue Akteure wie ISIS und andere radikale Gruppierungen tragen zur Verschärfung des Konflikts bei.

Laut dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) leben heute mehr als 5,6 Millionen Syrerinnen und Syrer außerhalb ihres Landes.¹ 84 Prozent sind in die „Nachbarländer“ Türkei, Libanon, Jordanien, Irak und Ägypten geflohen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die realen Zahlen höher liegen, weil UNHCR nur die registrierten syrischen Flüchtlinge erfasst. Etwa eine Million Syrer hat sich auf den Weg in entwickelte Länder – vornehmlich nach Europa – gemacht. Das entspricht einem Anteil von 15,7 Prozent aller Syrien-Flüchtlinge.

Nach UNHCR-Angaben leben mit 2.715.789 Menschen die meisten der geflüchteten Syrer in der Türkei – das entspricht 47,7 Prozent. An zweiter Stelle steht der Libanon mit 1,06 Millionen (18,6 Prozent). In Jordanien leben 639.000 (11,2 Prozent), im Irak 245.000 (4,3 Prozent) und in Ägypten 118.000 (zwei Prozent). In europäischen Ländern befinden sich etwa 900.000 Flüchtlinge (15,7 Prozent) aus Syrien.

Die Türkei hat im April 2014 erstmals ihre Grenze für eine Gruppe von 250 Syrern geöffnet und erklärt, dass sie im Rahmen ihrer „Politik der offenen Tür“ allen Flüchtlingen vorübergehenden Schutz gewähren und keinen Flüchtling in sein Land zurückschicken würde, solange der Frieden nicht wiederhergestellt sei. Diese Politik wurde bis heute, von wenigen Ausnahmen abgesehen, beibehalten. Da die Türkei die Genfer Konvention von 1951 nach wie vor auf jene Nationen bezieht, die diese auch unterzeichnet haben – Syrien gehört nicht dazu –, wurden die Syrer nicht als „Flüchtlinge“, sondern als vorübergehend Zuflucht suchende Personen oder als Flüchtlinge mit Vorbehalt aufgenommen.

Von den über 2,7 Millionen Syrern in der Türkei leben neun Prozent, also 272.000 Menschen, in 25 Lagern, die innerhalb der Grenzregionen in zehn Provinzen speziell für sie errichtet wurden. Die weit überwiegende Mehrzahl von 90 bis 91 Prozent lebt außerhalb der Lager überall in der Türkei verteilt. Mehr als 75 Prozent der syrischen Flüchtlinge sind Frauen und Kinder, einen Anteil von 53 Prozent machen allein Kinder und Jugendliche unter achtzehn Jahren aus. Laut Schätzungen wurden innerhalb der letzten fünf Jahre über 200.000 syrischstämmige Kinder in der Türkei geboren.

Während dieses Zeitraums hat die Türkei finanzielle Hilfen in Höhe von zehn Milliarden Dollar für die syrischen Flüchtlinge erbracht.² Die Hilfen, welche sie aus dem Ausland erhalten hat, belaufen sich bislang auf 417 Millionen Dollar, betragen also unter fünf Prozent der aufgewendeten Mittel.

In der Erwartung, dass der „Arabische Frühling“ auch in Syrien zu einem schnellen Regimewechsel führen würde, glaubte die türkische Regierung an eine baldige Rückkehr der geflohenen Syrer in ihr Land. Daher konzentrierte man sich zunächst auf Dienstleistungen und Hilfen zur Bewältigung des Alltags; erst 2013 begann eine genaue Registrierung; von einem „dauerhafter Status“ wurde erstmals im August 2014 öffentlich gesprochen. Inzwischen sind 2,7 Millionen Syrer erfasst, und der Registrierungsvorgang

dauert an; immer noch versucht jedoch ein Teil der Flüchtlinge, die Registrierung zu vermeiden. Hinzu kommt, dass an den ungeschützten Abschnitten der 911 Kilometer langen Grenze einzelne Personen oder kleine Gruppen unkontrolliert in die Türkei kommen.

GEWANDELTE EINSTELLUNG ZUR FLÜCHTLINGSPOLITIK

Die allgemeine gesellschaftliche Akzeptanz gegenüber den syrischen Flüchtlingen ist in der Türkei außerordentlich hoch, selbst wenn es in den letzten Jahren vereinzelt Anti-Flüchtlings-Aktionen, fremdenfeindliche Proteste oder gar Übergriffe gegeben hat. Eine Garantie dafür, dass die Akzeptanz künftig so hoch bleibt, gibt es freilich nicht. Der heutige Status („under temporary protection“) kann nicht von übermäßig langer Dauer sein, und die Grenzen der Belastbarkeit scheinen erreicht. Noch trägt die Türkei die finanzielle und menschliche Last in Bezug auf die im Land befindlichen Syrer hauptsächlich allein. Niemanden wird es überraschen, dass die Situation zu einem wichtigen sozialen und hochbrisanten innenpolitischen Thema des Landes geworden ist.³

Ein sehr großer Teil der syrischen Flüchtlinge sind sunnitische Araber. Durch den Vormarsch von ISIS in Syrien setzte 2014 ein demografischer und ethnisch-religiöser Wandel in der Zusammensetzung der Fluchtbewegung ein, sodass Menschen verschiedener Religion, Konfession und ethnischer Herkunft in die Türkei kamen – darunter vor allem auch Kurden. Die türkischen Kurden sahen in der Fluchtbewegung anfangs ein bewusst gesteuertes Projekt zur sunnitischen Arabisierung der Region seitens der türkischen Regierung und nahmen eine eher ablehnende Haltung gegenüber den hinzukommenden Syrern ein. Einhergehend mit den Entwicklungen im syrischen Grenzort Kobane wandelte sich diese Ablehnung in eine Unterstützung der Zuflucht suchenden Menschen.

Während die Türkei 2,7 Millionen syrische Flüchtlinge innerhalb ihrer Grenzen aufgenommen hat, haben es die reichen, entwickelten westlichen Länder mit weit weniger Flüchtlingen zu tun. Ihre unausgesprochene Forderung an die Türkei lautet: Haltet aus humanitären Gründen eure Ostgrenze zu Syrien offen, aber verschließt eure Westgrenze, damit sie nicht in die EU gelangen! Hinzu kommt, dass UNHCR in den Nachbarländern Syriens selbst die Grundbedürfnisse von Essen und Unterkunft nur zu fünfzig Prozent erbringen kann. Rigorose Grenzsicherungen mit den entsprechenden unmenschlichen Folgen sind daher künftig nicht auszuschließen.

LÄNGERE BLEIBEPERSPEKTIVE

Diejenigen Syrer, die es schaffen, sich im Exilland Türkei eine Existenz aufzubauen, ziehen es inzwischen häufig vor, dort zu bleiben. Gleichwohl wollen sie unter Friedensbedingungen wieder in ihr Heimatland zurückkehren, wissen aber, dass die Erfüllung dieses Wunsches noch in weiter Ferne liegt. Damit geht einher, dass die Syrer von den Einheimischen immer weniger als „Gäste“ erlebt werden. Somit kann die auf einen begrenzten Zeitraum ausgerichtete Flüchtlingspolitik der Türkei nicht so mehr weitergeführt werden wie bisher, sondern muss in eine aktive Integrationspolitik überführt werden. Die Zahl der zu integrierenden Menschen wird durch zu erwartende Familienzusammenführungen noch steigen. Der erste Schritt muss sein, den außerordentlich niedrigen Einschulungsanteil von fünfzehn Prozent der syrischen Kinder und Jugendlichen unter achtzehn Jahren zu erhöhen.

Dabei muss darauf geachtet werden, dass die einheimische Bevölkerung keine Einbußen erleidet und etwa bei der Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen Engpässe entstehen. Trotz einer Arbeitslosenquote von zehn Prozent hat die türkische Regierung am 11. Januar 2016 die Entscheidung getroffen, die Arbeitsaufnahme syrischer Flüchtlinge in der Türkei zu ermöglichen. Beim Arbeitsrecht gilt erst recht, dass der Integrationsprozess die einheimische Bevölkerung nicht benachteiligen darf.

STUDIEN ÜBER INTEGRATION IN DER TÜRKEI

Das Forschungszentrum für Migration und Politik der Hacettepe-Universität (HUGO) hat eine umfassende Studie über die gesellschaftliche Akzeptanz und Integration von Syrern erstellt, die aufgrund der Konflikte und des darauffolgenden syrischen Bürgerkriegs in die Türkei geflohen sind.⁴ Dabei sind auch die aktuelle Situation der Syrer in der Türkei sowie Themen wie Qualifikationen, Zufriedenheit, Probleme und Dauer des Aufenthalts in der Türkei betrachtet worden.⁵

64,6 Prozent der Befragten sehen in den syrischen Flüchtlingen Verfolgte, die vor Unterdrückung und Tod Schutz suchen. Sie unterstützen die Aussage: *„Es ist unsere menschliche Pflicht, die Flüchtlinge aus Syrien aufzunehmen, ohne nach Religion, Sprache und ethnischen Wurzeln zu unterscheiden.“* Gefragt, ob sie der provokativen Aussage *„Die Flüchtlinge sollten in ihre Heimat zurückgeschickt werden, auch wenn der Krieg andauert“* zustimmen, bejahen das 30,6 Prozent der türkischen Bevölkerung. Der weitaus größere Anteil von 57,8 Prozent lehnt diese Aussage ab. Dieses Ergebnis zeigt eine mehrheitliche Sensibilität in Bezug auf die grundlegenden Menschenrechte.

Aussage	Stimme absolut zu	Stimme zu	Weder noch	Stimme nicht zu	Stimme absolut nicht zu
Die Aufnahme der syrischen Flüchtlinge in die Türkei ist wegen der geografischen Lage und der Geschichte der Türkei ein Muss.	11,7	39,05	8,5	30,3	10,1
Die Aufnahme der syrischen Flüchtlinge ist wegen unserer Religionsbrüderschaft ein Muss.	9,8	43,1	15,9	25,1	6,2
Es ist unsere menschliche Pflicht, die Flüchtlinge aus Syrien aufzunehmen, ohne nach Religion, Sprache und ethnischen Wurzeln zu unterscheiden.	14,3	50,3	12,7	18,3	4,5
Es ist von Vorteil für unser Land, die syrischen Flüchtlinge aufzunehmen.	2,4	14,2	13,2	44,2	26,6

Angaben in Prozent

In der türkischen Bevölkerung gibt es durchaus auch die Meinung, dass die syrischen Flüchtlinge dem Wohle der Türkei nicht unbedingt zuträglich sind. Umso bemerkenswerter ist, dass sich die Mehrheit der Bevölkerung der Flüchtlingsfrage unter humanitären, nicht profitorientierten Aspekten nähert. Dabei ist das Arbeitsrecht für Syrer das Thema, über das am intensivsten diskutiert wird. Die Syrer haben lange von Hilfsleistungen und ihren Ersparnissen gelebt. Als sich ihr Aufenthalt verlängerte, haben sie betont, dass sie an der Arbeitswelt teilnehmen und ihr Leben selbst finanzieren möchten. Das hat viele Menschen verunsichert – insbesondere in den Grenzregionen. So sind 56,1 Prozent der türkischen Bevölkerung und 68,9 Prozent der Menschen in den Grenzregionen der Meinung, „die Syrerinnen und Syrer nehmen uns die Arbeit weg“. 30,5 Prozent stimmen dieser Meinung nicht zu.

Mit Sicht auf eine langfristige Perspektive ist die türkische Bevölkerung der Meinung, dass „*der dauerhafte Aufenthalt der Syrerinnen und Syrer in der Türkei große Probleme verursachen wird*“. Der Anteil der Befragten, die dieser Aussage „zustimmen“ und „absolut zustimmen“, ist mit 76 Prozent sehr hoch. In den besonders betroffenen Regionen sind die Befürchtungen noch deutlich höher (81,7 Prozent). Dabei spielt auch eine Rolle, dass die kulturellen Gemeinsamkeiten nicht als überaus hoch eingeschätzt werden. Die türkische Bevölkerung stimmt der Aussage „*Die Syrerinnen und Syrer haben die gleiche Kultur wie wir*“ nur in einem geringfügigem Umfang zu. Lediglich 17,2 Prozent teilen diese Meinung. Dagegen sind 70,8 Prozent der Ansicht, dass es kulturelle Verschiedenheiten gibt.

Aussage	Stimme absolut zu	Stimme zu	Weder noch	Stimme nicht zu	Stimme absolut nicht zu
Es kann zu großen Problemen führen, wenn die Syrerinnen und Syrer in der Türkei bleiben.	38,5	38,0	7,0	14,0	2,5
Ich glaube, dass die Syrerinnen und Syrer sich an die türkische Gesellschaft anpassen werden.	3,4	17,2	12,6	40,8	26,1

Angaben in Prozent

Momentan glauben die Türken nicht, dass die Syrer für immer im Land bleiben werden. Ausgehend von den Erfahrungen der im Ausland lebenden türkischstämmigen Menschen muss die Türkei aber unverzüglich eine Bildungs- und Integrationspolitik für das „Miteinanderleben“ entwickeln – nicht zuletzt, weil sich die Perspektive einer Rückkehr hinzieht. Obwohl die bis heute vorherrschende sehr hohe gesellschaftliche Akzeptanz ein wesentlicher Vorteil ist, sollte man sich nicht nur darauf verlassen. Die nächsten Schritte sollten mindestens genauso gut wie die vorherigen geplant werden. Die westlichen Länder sollten sich mehr engagieren – zumindest, was die finanzielle Last betrifft. Sonst wäre es durchaus möglich, dass die Nachbarländer Syriens ihre Grenzen in naher Zukunft schließen, was zu einer weiteren Verschärfung der humanitären Katastrophe führen würde. Der Libanon hat die Einreise bereits im Januar 2015 deutlich erschwert.⁶

¹ <http://data.unhcr.org/syrianrefugees/regional.php> (04.03.2016).

² Erdoğan, M. Murat / Ünver, Can: Perspectives, Expectations and Suggestions of the Turkish Business Sector on Syrians in Turkey, TISK, Ankara 2015.

³ Erdoğan, M. Murat: Syrians in Turkey: Social Acceptance and Integration, HUGO, Ankara 2014.

⁴ Die Forschung wurde mit der Unterstützung des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Türkei und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) Türkei von Januar bis Oktober 2014 durchgeführt.

⁵ Die Untersuchung wurde in sechs Provinzen der Türkei, das heißt in den Grenzgebieten Gaziantep, Kilis und Hatay, sowie außerhalb der Grenzgebiete in Istanbul, Izmir und Mersin durchgeführt. Dafür wurden zwischen Februar und März 2014 insgesamt 144 Personen, davon 72 Syrer und 72 Einheimische, ausführlich befragt. Darüber hinaus wurden im Rahmen einer Meinungsumfrage mit dem Titel „Wahrnehmung der Syrerinnen und Syrer in der Türkei“ zwischen September und Oktober 2014 in zwanzig Provinzen 1.501 Personen befragt. Zusätzlich zu diesen Untersuchungen wurden Nachrichten, Kommentare und Beurteilungen analysiert, die 21 nationale und 56 lokale Medienorganisationen im Internet veröffentlicht haben. Des Weiteren wurden Gespräche mit 38 nationalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen geführt, die sich mit diesem Thema beschäftigten, und die Arbeiten dieser Institutionen ausgewertet. Diese Meinungsumfrage wurde vom Umfrageinstitut OPTIMAR mit Sitz in Ankara durchgeführt. Sie besteht aus insgesamt 31 Fragen, die hauptsächlich mit fünf Antwortalternativen („ich stimme absolut zu“, „ich stimme zu“, „weder-noch“, „ich stimme nicht zu“, „ich stimme absolut nicht zu“) beantwortet werden konnten. Die Umfrage wurde mit einer Fehlerquote von ± 2,5 innerhalb einer Zuverlässigkeitsgrenze von 0,95 abgeschlossen. Einige Ergebnisse der Meinungsumfrage, die HUGO türkeiweit durchgeführt hat, geben wichtige Hinweise auf die Stimmung in der türkischen Bevölkerung.

⁶ <http://www.nzz.ch/libanon-schliesst-grenze-fuer-fluechtlinge-1.18454633>.

Partnerschaft, nicht Abhängigkeit

Die Europäische Union und die Türkei

MANFRED WEBER

Geboren 1972 in Niederhatzkofen,
Stellvertretender Parteivorsitzender
der CSU, seit 2014 Vorsitzender
der EVP-Fraktion im Europäischen
Parlament.

Die Flüchtlings- und Migrationskrise führt uns Europäern eindrucksvoll vor Augen: Die Türkei ist ein Schlüsselakteur im südöstlichen Mittelmeerraum. Sie ist das Tor Europas zum Nahen und Mittleren Osten, und zwar in beide Richtungen. Handeln wie Nichthandeln des

türkischen Staates haben unmittelbare Auswirkungen auf die Stabilität in unserer direkten Nachbarschaft. Wenn hier etwas falsch läuft, bekommen wir Europäer das sofort zu spüren. Die Europäische Union muss deshalb ein fundamentales Interesse an partnerschaftlichen Beziehungen mit der Türkei haben. Partnerschaft bedeutet aber nicht Abhängigkeit. Partnerschaft ist kein Gebot von Naivität oder Idealismus, sondern von praktischer Lösungsorientierung und Verantwortung.

Partnerschaft gebieten aktuell aber zunächst Humanität und christliche Nächstenliebe. Die Türkei bleibt das wichtigste *Aufnahmeland* für Flüchtlinge aus Syrien, bietet sie doch mehr als 2,5 Millionen Syrern Schutz. Nur 250.000 davon sind in 26 Lagern in der Türkei untergebracht. Die Restlichen leben außerhalb solch fester Strukturen, oft in bitterster Armut. Die Belastungen, die sich hieraus für die Türkei ergeben, sind enorm und sollten aus europäischer Perspektive keinesfalls unterschätzt werden. Dass das reiche Europa hier helfen muss, ist mehr als offensichtlich.

GELDER FÜR DIE HILFE VOR ORT

Es ist deshalb gut und wichtig, dass Europa Geld für die Versorgung der Flüchtlinge in der Türkei, wie im übrigen auch anderen syrischen Anrainerstaaten, die Flüchtlinge aufgenommen haben, zur Verfügung stellt. Mit jedem hier investierten Euro verringern wir nicht nur das Leid der Menschen, die vor Krieg und Schrecken geflohen sind. Über die Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort senken wir auch die Anreize zur Fortsetzung der Flucht in Richtung Westen und vermeiden damit ein Vielfaches an Folgekosten bei uns in Europa. Diese Mittel gehen ausdrücklich nicht an den türkischen Staat oder seine Gebietskörperschaften, sondern werden direkt den Hilfsorganisationen vor Ort bereitgestellt.

Vor allem aber wird die Auszahlung der europäischen Gelder an spürbare Fortschritte bei der Verringerung der Zahl illegaler Grenzübertritte geknüpft. Die Türkei ist hier gefordert, schnell für eine Verbesserung zu sorgen. Die Türkei darf nicht länger *Durchgangsland* für illegale Migranten in Richtung EU sein. Die Politik des Durchwinkens muss bereits vor den Toren Europas gestoppt werden. Die Türkei muss bei der Rückübernahme von Flüchtlingen kooperieren. Wir brauchen die Mitarbeit der türkischen Behörden, um Schleppern und Menschenschmugglern effektiver das Handwerk zu legen. Im Gegenzug sollten wir die Türkei auch spürbar entlasten. Ansonsten droht die Türkei als konstruktiver Partner auszufallen.

Die Europäische Union muss ihre Außengrenzen gleichzeitig selbst sichern können. Hierfür steht besonders Griechenland in der Pflicht. Sollte Griechenland dies nicht umgehend selbst schaffen, muss die EU mittels der Grenzschutzagentur Frontex das Kommando übernehmen. Hierbei handelt es sich nicht um die Abgabe von nationalen Souveränitäten an die EU, sondern um die Durchsetzung bereits übertragener Aufgabenbereiche. Europa muss Handlungsfähigkeit beweisen. Auch hier aber gilt: Mit der Türkei gemeinsam können wir mehr erreichen. Es ist in diesem Zusammenhang gut, dass die NATO-Mission im Ägäischen Meer und selbst in türkischen Hoheitsgewässern im Einsatz ist.

KEIN FRIEDEN OHNE DIE TÜRKEI

Parallel müssen wir Europäer gemeinsam mit unseren Verbündeten alles daran setzen, über Gespräche mit Vertretern des Assad-Regimes und von gemäßigten Kräften der Opposition ein Schweigen der Waffen im Syrienkrieg zu erreichen und zu erhalten. Für diese Verhandlungen, vor allem aber für die Erreichung eines dauerhaften Friedens in der Region, ist die Türkei ein schlicht unumgänglicher Akteur. Nicht nur brauchen wir die Türkei, um das Einsickern von radikal-islamistischen Kämpfern und Nachschub in das Kriegsgebiet zu unterbinden und den sogenannten „Islamischen Staat“ von seinen Finanzierungsquellen abzuschneiden. Ohne die Zustimmung der Türkei kann es auch kaum eine friedliche Lösung für die Autonomiebestrebungen kurdischer Kräfte im Irak und in Syrien – die sich zugleich als unsere verlässlichsten Verbündeten im Kampf gegen den „Islamischen Staat“ erwiesen haben – geben.

Natürlich ist die jüngste Eskalation der Gewalt im Südosten der Türkei besorgniserregend. Wir müssen alle Kanäle zur türkischen Führung nutzen, um sie zu überzeugen, den Frieden im eigenen Land am Verhandlungstisch zu suchen. Denn mit einem beständig schwelenden türkisch-kurdischen Dauerkonflikt werden auch der nördliche Irak und das nördliche Syrien kaum zur Ruhe kommen.

Dass sich das Bohren dicker Bretter bei fast schon aussichtslos erscheinenden Konflikten lohnt und dass die Europäische Union ein ernstzunehmender außenpolitischer Akteur sein kann, hat sich jüngst am Beispiel Iran bewiesen. Unter Führung unserer europäischen Hohen Vertreterin Federica Mogherini haben Großbritannien, Frankreich und Deutschland gemeinsam mit China, Russland und den USA einen wegweisenden Erfolg der Diplomatie erreicht und das iranische Atomprogramm einem strengen Kontrollregime unterworfen, bei dessen Verletzung die Sanktionen des Westens automatisch wieder in Kraft treten.

Auch für eine mögliche Lösung des Zypernkonflikts erreichen uns seit einigen Monaten hoffnungsvolle Signale. Damit die beiden Volksgruppen auf der faktisch geteilten Insel dauerhaft zueinanderfinden, ist die politische Unterstützung Ankaras unabdingbar. Es ist deshalb gut, dass die türkische Regierung echtes Interesse an einer Lösung des Konflikts zeigt und den Verhandlungsprozess unter der Ägide der Vereinten Nationen aktiv unterstützt.

FEHLENTWICKLUNGEN KLAR BENENNEN

Freilich darf all dies kein Freibrief für die Türkei sein. Vieles Handeln der türkischen Regierung nach außen wie innen beobachten wir weiterhin und zum Teil verstärkt mit Sorge. Die Türkei darf sich nicht von Europa entfernen.

Wir werden Rückschritte der Türkei im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, besonders bei Meinungs- und Pressefreiheit, immer klar benennen. Es kann nicht sein, dass regierungskritische Zeitungen verstaatlicht, Journalisten verhaftet und Redaktionsräume verwüstet werden, während die Polizei daneben steht. Der diesjährige Bericht des Europäischen Parlaments zur Entwicklung in der Türkei wird hier eine deutliche Sprache finden.

Auch bei Forderungen nach bürokratisch erscheinenden Zugeständnissen – wie sie Teile der europäischen Linken erheben – müssen wir wachsam bleiben. Besonders die Vorschläge zur Visa-Liberalisierung für türkische Staatsbürger werden wir uns im Europäischen Parlament sehr kritisch anschauen. Auf keinen Fall dürfen gut gemeinte Maßnahmen zu mehr Missbrauch und illegalen Aufenthalten führen. Die jüngste Öffnung eines Verhandlungskapitels ändert nichts daran, dass für uns eine besondere Partnerschaft am Ende der Verhandlungen stehen sollte. Eine EU-Vollmitgliedschaft der Türkei lehnen wir ab. Das wäre für beide Seiten von Nachteil. Dennoch muss die Türkei ein enger Partner Europas werden.

Es ist deshalb richtig, dass wir regelmäßige EU-Gipfeltreffen mit der Türkei vereinbart haben, um im Gespräch zu bleiben und um die Einhaltung der getroffenen Beschlüsse zu überprüfen. Der EU-Türkei-Aktionsplan zu Migrationsfragen von November 2015 muss besonders von türkischer Seite vollständig und zügig umgesetzt werden. Wir Europäer dürfen uns aber – bei aller gebotenen Vorsicht – einer pragmatischen und interessengeleiteten Zusammenarbeit nicht grundsätzlich verschließen. Denn unter Nachbarn gilt: Man muss sich nicht immer lieben, aber man sollte doch miteinander auskommen. Die Welt wartet nicht auf uns.

Der Kurdenkonflikt



Neue Dynamiken, neue Blockaden

GÜLISTAN GÜRBEY

Geboren 1963 in Bilice (Türkei),
Privatdozentin am Otto-Suhr-
Institut für Politikwissenschaft,
Freie Universität Berlin.

Die Gewalt im türkischen Kurdenkonflikt ist zurückgekehrt. Nach rund zweieinhalb Jahren Waffenruhe zwischen der Regierung und der PKK (*Partiya Karkerên Kurdistan*, „Arbeiterpartei Kurdistans“) führt die Türkei seit dem

24. Juli 2015 eine grenzüberschreitende Militäroffensive gegen die PKK. Seither nimmt die türkische Armee mit Spezialeinheiten und schweren Waffen zahlreiche kurdische Städte unter Beschuss. Ziel ist es, die von der Türkei, den USA und der Europäischen Union (EU) als Terrororganisation eingestufte PKK zu eliminieren, die mittels ihrer städtischen Jugend-Organisation YDG-H (*Yurtsever Devrimci Gençlik Hareketi*, „Patriotisch revolutionäre Jugendbewegung“) den Krieg in die Städte des Südostens der Türkei hineingetragen hat. Die Gewalteskalation fordert seit Beginn immer mehr Opfer, vor allem unter der kurdischen Zivilbevölkerung. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen wurden bislang mehr als 200 Zivilisten, darunter auch Kinder, Frauen und ältere Menschen getötet. Mehr als 200.000 Kurden

befinden sich bereits auf der Flucht. Als „nur bedingt frei“ stuft Freedom House die türkische Demokratie ein. Human Rights Watch und Amnesty International beanstanden in ihren jüngsten Türkei-Berichten die Missachtung des Rechts auf Leben in den kurdischen Gebieten durch das unverhältnismäßige und harte Vorgehen der Spezialeinheiten von Armee und Polizei. Beanstandet werden auch die Kriminalisierung jeglicher Opposition gegen den immer autoritärer auftretenden Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan und die Regierung, die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung und die Repression gegen Presse und Medien. Prägnantes Beispiel ist die Verfolgung von Akademikerinnen und Akademikern, die in einem Friedensappell im Januar 2016 die Regierung für ihr Vorgehen im Südosten scharf kritisiert hatten. Die Kurden befürchten hingegen einen Rückfall in die „dunklen Zeiten“ der 1990er-Jahre, als die „Politik der verbrannten Erde“ Tausende kurdische Dörfer auslöschte, Millionen von Kurden zur Flucht zwang und Zehntausende bis heute „unaufgeklärte Morde“ an Kurden hinterließ.

GRÜNDE FÜR DIE RÜCKKEHR DER GEWALT

Doch die Rückkehr der Gewalt überrascht nicht, setzt man sie in den regionalen und innenpolitischen Kontext. Vor allem zwei Faktoren spielen eine ausschlaggebende Rolle: zum einen das Erstarken der kurdischen HDP (*Halkların Demokratik Partisi*, „Demokratische Partei der Völker“), die bei den Parlamentswahlen im Juni 2015 die Zehn-Prozent-Hürde überwand und erstmals den Einzug in das Parlament schaffte. Für Staatspräsident Erdoğan und seine AKP (*Adalet ve Kalkınma Partisi*, „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“) bedeutete der Parlamentseinzug der HDP eine Niederlage. Denn Erdoğan und seine Partei verloren dadurch die absolute Mehrheit, und das Ziel des Staatspräsidenten, ein Präsidialsystem einzuführen, geriet in Gefahr.

Zum anderen spielt das Erstarken der PKK und ihres syrischen Ablegers PYD (*Partiya Yekîtiya Demokrat*, „Demokratische Unionspartei“) im Zuge ihres Kampfes gegen den Islamischen Staat (IS) in Syrien und im Irak eine entscheidende Rolle. Ankara sieht dieses Erstarken, aber auch das kurdische Selbstverwaltungsgebiet (kurdisch „Rojava“ genannt) im Norden Syriens als Bedrohung. Die PYD hatte im Sommer 2012 drei Kantone (Cezire, Kobani, Afrin) errichtet. Seither kontrolliert und verwaltet sie diese Gebiete. Die Regierung betrachtet diese Gebiete unter PYD-Verwaltung als Parallelstrukturen der PKK und befürchtet eine Ausweitung auf die Türkei. Sowohl Staatspräsident Erdoğan als auch die Regierung machten immer wieder klar, dass die Türkei in Syrien eine Autonomie wie im kurdischen Nordirak niemals akzeptieren werde. Zwar versuchte die Regierung, auf die PYD Einfluss zu nehmen und die PYD in die von der türkischen Regierung unterstützten

sunnitisch-islamistischen Milizen einzubinden. Die Gespräche mit Salih Müslim, dem Vorsitzenden der PYD, der mehrmals nach Ankara eingeladen wurde, führten jedoch zu keinem Ergebnis.

Das Kräftemessen zwischen Regierung und PKK spitzte sich parallel zu den militärischen Erfolgen der PYD und der PKK in Syrien und im Irak immer mehr zu. Dies hatte wiederum Auswirkungen auf den seit Herbst 2012 zwischen der Regierung und der PKK laufenden Friedensprozess. Dieser wurde zunehmend durch die Ereignisse im syrischen Kurdengebiet „Rojava“ beeinflusst. Bei den Kämpfen um die syrisch-kurdische Stadt Kobane nahe der türkischen Grenze wurde dies besonders deutlich. Die türkische Regierung verweigerte die Öffnung eines Hilfskorridors für die von dem IS eingekesselte Stadt und verweigerte Hunderten von türkischen Kurden, die sich zur Unterstützung der kurdischen Selbstverteidigung in Kobane an der Grenze gesammelt hatten, den Grenzübertritt. Die Situation eskalierte sehr schnell; der wachsende Unmut im Innern und die Ohnmachtsgefühle der türkischen Kurden entluden sich Anfang Oktober 2014 in schweren gewalttätigen Ausschreitungen in weiten Teilen der Türkei. Sowohl Abdullah Öcalan als auch die PKK-Führung drohten mit dem Ende des Friedensprozesses, sollte Kobane fallen. Der innere und äußere Druck auf die Regierung stieg, sodass sie einer bestimmten Anzahl der irakisch-kurdischen Peschmerga Ende Oktober 2014 erlaubte, über türkisches Territorium nach Kobane zu gelangen, um die Stadt zu verteidigen. Dieser Schritt stand aber gleichzeitig im Einklang mit der kurdenpolitischen türkischen Regierungsstrategie, die PKK beziehungsweise die PYD mithilfe der irakischen Kurden, insbesondere über Masoud Barzani (Präsident der kurdischen Autonomieregion im Nordirak) und seine PDK (*Partiya Demokrata Kurdistanê*, „Demokratische Partei Kurdistans“), einzudämmen.

MILITÄRISCHE EINDÄMMUNG DER PKK UND DER PYD

Nicht zuletzt erhöhte sich aus türkischer Sicht die Bedrohung durch die PKK, als die PYD Mitte Juni 2015 mithilfe von US-Luftangriffen die Grenzstadt Tal Abyad vom IS befreite. Damit schnitt die PYD eine wichtige Versorgungsroute des IS ab und erreichte zugleich eine geografische Zusammenlegung der bis dahin voneinander getrennten kurdischen Selbstverwaltungskantone Kobane und Cezire. Ankara sieht darin einen Zwischenschritt der PYD/PKK, ihre drei Enklaven im Norden Syriens durch die Eroberung der dazwischenliegenden Gebiete miteinander zu verbinden. Die Kurden würden nach dem Erfolg von Tal Abyad nun ihre Anstrengungen darauf richten, auch ihre westlichste Hochburg Afrin mit dem Rest der von ihnen kontrollierten Gebiete zu vereinigen. Nach Lesart Ankaras stünde dann ein kurdischer Zugang zum Mittelmeer; daraus werde ein kurdischer Rumpfstaat auf den Trümmern

Syriens entstehen. Das zu verhindern und im Gebiet, das Afrin vom Rest der übrigen Kantone trennt, eine Sicherheits- und Flugverbotszone zu errichten, ist das primäre Ziel der Regierung in Ankara.¹ Deshalb bezeichnet die Regierung ein Vorrücken der PYD westlich des Euphrats als ihre „rote Linie“. Staatspräsident Erdoğan und Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu warnten unmissverständlich, dass die Türkei alles tun werde, um ein Vorrücken der PYD zu verhindern. Nach vermehrten Drohgebärden bombardiert die türkische Luftwaffe nun seit dem 13. Februar 2016 Stellungen der PYD nördlich der umkämpften Stadt Aleppo. Die PYD war mit Unterstützung der russisch-syrischen Luftoperationen nahe der Stadt Azaz vorgerückt. Sie hatte die Kontrolle über einen Militärflughafen im Dreieck zwischen Afrin, Azaz und Aleppo erlangt, der genau an der für die von der Türkei unterstützten Anti-Assad-Rebellen in Aleppo wichtigen Strecke zur türkischen Grenze liegt. Damit war auch die Verbindung zwischen der Türkei und Aleppo unterbrochen worden. Nun versucht die Türkei durch den Beschuss, die Verbindungslinie nach Aleppo für die von ihr unterstützten Anti-Assad-Rebellen zu sichern und gleichzeitig zu verhindern, dass die PYD ihr Gebiet im Westen mit dem im Osten verbindet und somit einen durchgängigen Streifen entlang der Grenze zur Türkei kontrolliert.

SCHARFE RHETORIK IM WAHLKAMPF

Im Gegensatz zu den USA und zu Russland, die die PYD und ihren militärischen Arm YPG (*Yekîneyên Parastina Gel*, „Volkverteidigungseinheiten“) als wichtigste Verbündete im Kampf gegen den IS in Syrien sehen und mit ihm eng militärisch kooperieren, betrachtet die türkische Regierung die PYD als Teil der PKK und als eine Terrororganisation. Vor allem kritisiert sie die US-amerikanische Kooperation mit der PYD sehr scharf. Zwar riefen die USA die Türkei dazu auf, die Bombardierung der PYD einzustellen. Doch bislang verhalte dieser Aufruf. Ankara lehnt eine Beteiligung der syrischen Kurdenpartei an den Genfer Verhandlungen zu Syrien strikt ab. So wurde die Partei auf Druck der Türkei und ihrer Verbündeten Saudi-Arabien und Katar zu den Verhandlungen in Genf Ende Januar 2016 nicht eingeladen. Sie hatten mit dem Boykott der Gespräche gedroht, sollte die PYD mit am Verhandlungstisch sitzen.

Von Kobane über die Parlamentswahlen bis Tal Abyad spitzte sich die Situation aus türkischer Sicht zu und mündete in den sogenannten „Krieg gegen den Terror“. Innenpolitisch erhofften sich Staatspräsident Erdoğan und seine AKP von der Militäroffensive und der scharfen Rhetorik offenbar bessere Wahlchancen für die vorgezogenen Parlamentswahlen am 1. November 2015. Letztendlich ist diese Strategie aufgegangen: Die AKP erzielte einen deutlichen Wahlsieg und eroberte ihre verlorene parlamentarische Mehrheit

zurück. Trotz Stimmverlusten schaffte die HDP erneut den Einzug in das Parlament und wurde (gemessen an der Sitzverteilung) drittstärkste Kraft.

STRATEGISCHES KALKÜL STATT FRIEDENSPROZESS

Ohnehin war der Friedensprozess fragil. Dazu trug nicht nur das tiefsitzende Misstrauen auf beiden Seiten bei. Vor allem fehlte dem Vorgehen ein offiziell formalisierter „Friedensplan“, der den gesamten Prozess inhaltlich und zeitlich strukturieren und beide Seiten verpflichten würde. Hinzu kommt, dass die Konfliktparteien Ziele und Interessen verfolgen, die sich teils diametral gegenüberstehen und einen möglichen Kompromiss erschweren. Die Regierung will eine bedingungslose Niederlegung der Waffen erreichen, ohne weitgehende Zugeständnisse machen zu müssen. Zugleich will sie verhindern, dass die PKK im Zuge des Prozesses an Legitimation hinzugewinnt. Staatspräsident Erdoğan und seine Regierung sehen die bislang verabschiedeten Reformen zur Stärkung der individuellen Freiheiten und der Nutzung der kurdischen Sprache als ausreichend an. Föderale oder autonome Formen der Selbstverwaltung sowie das Recht auf Erziehung in kurdischer Sprache lehnen sie strikt ab. Diese Elemente stehen aber wiederum im Mittelpunkt der politischen Forderungen der PKK, aber auch der HDP sowie ziviler kurdischer Organisationen. Erst wenn die Regierung in Ankara auf diese zentralen Forderungen einging und sie im Rahmen einer neuen Verfassung rechtlich verankerte, könne am Ende einer solchen „Normalisierungsphase“ die endgültige Waffenniederlegung stehen.

Beide Seiten nutzten den Friedensprozess für ihr strategisches Kalkül, anstatt ihn ernsthaft voranzubringen. Während die türkische Regierung den Bau von neuen Militärstationen, Grenzposten und sicherheitspolitisch motivierten Staudämmen im Südosten vorantrieb, baute die PKK ihre städtischen Strukturen aus, um den „Städtekrieg“ zu unterfüttern und die Ausrufung von Selbstverwaltungen in einigen Gebieten des Südostens zu testen.

HDP ZWISCHEN DEN FRONTEN

Der Konfrontationskurs der Regierung betrifft aber auch die HDP und ihre Bürgermeister. Bereits vor den Parlamentswahlen im Juni 2015 war die HDP verbalen Diffamierungen seitens des Staatspräsidenten Erdoğan, der Regierung und der regierungsnahen Medien ausgesetzt. Dass die HDP zunehmend zur Zielscheibe wurde, zeigt sich an zahlreichen Übergriffen auf ihre Büros, darunter ein Bombenanschlag auf der Abschlusskundgebung Anfang Juni 2015 in Diyarbakır. Mit der Rückkehr der Gewalt geriet die HDP zunehmend zwischen die Fronten und faktisch ins politische Abseits. Gegen

den Co-Vorsitzenden Selahattin Demirtaş sowie weitere HDP-Politiker und -Bürgermeister laufen derzeit Ermittlungsverfahren, um der Partei einen finalen Schlag zu versetzen. Betroffen sind auch Bürgermeister, die essenzielle Träger lokaler kurdischer Politik sind und gemeinsam mit der HDP die Ausrufung von Selbstverwaltungen mitgetragen haben. Viele wurden ihrer Ämter enthoben und verhaftet. Die Regierung kündigte an, staatliche Verwalter an ihrer Stelle einzusetzen, da sie die Gelder aus Ankara zur Unterstützung des Terrorismus verwendet hätten. Damit würden die demokratisch legitimierte Errungenschaften kurdischer Politik auf lokaler Ebene zunichte gemacht, auch wenn die HDP-Bürgermeister von der lokalen Bevölkerung gewählt wurden.

NEUER „AKTIONSPLAN GEGEN DEN TERRORISMUS“

Ein Ende der Eskalation ist nicht abzusehen. „Viertel um Viertel, Haus um Haus und Straße um Straße werde von Terroristen und ihren Unterstützern gesäubert“, so Staatspräsident Erdoğan und Ministerpräsident Davutoğlu. Auch die PKK beharrt auf ihrer Gewaltstrategie, um einen Aufstand der Bevölkerung anzustacheln und den Druck auf die Regierung zu erhöhen, damit sie die in mehreren Gebieten im Südosten ausgerufene Selbstverwaltung anerkennt. Allerdings blieb die erhoffte Unterstützung der kurdischen Zivilbevölkerung aus, da sie zwischen die Fronten geriet und selbst unter der Gewalt leiden musste. Kurden und ihre zivilgesellschaftlichen Organisationen fordern ein sofortiges Ende der Gewalt. Gleichzeitig sind viele Kurden tief enttäuscht über das harte staatliche Vorgehen und die fehlende Solidarität im Westen des Landes.

Die Regierung kündigte an, einen erneuten Friedensprozess nicht mehr mit der PKK und der HDP, sondern mit dem „Volk“ zu führen. Am 5. Februar 2016 stellte Ministerpräsident Davutoğlu den neuen „Aktionsplan gegen den Terrorismus“ vor. Darin verspricht die Regierung den Wiederaufbau der zerstörten Städte in Kombination mit neuen Sicherheitsmaßnahmen, die Entschädigung von Betroffenen, wirtschaftliche Fördermaßnahmen und die Ausweitung der Kompetenzen der lokalen Verwaltungen bei gleichzeitig strikter staatlicher Kontrolle. Ansprechpartner dieser neuen „Ära der Einheit und Brüderlichkeit“ sei das Volk; Gespräche würden mit verschiedenen Akteuren vor Ort, beispielsweise religiösen Führern, regierungsnahen Arbeitgeberverbänden, zivilen Organisationen, geführt und unter deren Beteiligung in jedem Ort Konsultationsräte gebildet.

Doch ein Frieden ist unter Ausschluss der PKK und der HDP – legitimierte drittstärkste Partei im türkischen Parlament – wohl kaum zu erreichen. Einerseits ist die Regionalisierung des innertürkischen Konfliktes bereits zu weit fortgeschritten. Andererseits ist die Auseinandersetzung um die politische

Zukunft der Kurden im Kern eine historische Erblast der Friedensregelungen nach Ende des Ersten Weltkrieges und dem mit ihm einhergehenden Zerfall des Osmanischen Reiches. Die Autonomiebestrebungen der Kurden sind fest in diesem historischen Kontext verwurzelt und können daher nicht einfach ignoriert oder übergangen werden.

FORTWIRKENDE OMNIPOTENZ DES STAATES

Die Regierung setzte die Erarbeitung einer neuen Verfassung wieder auf ihre Agenda. Staatspräsident Erdoğan und sein Kabinett sind bestrebt, im Rahmen einer neuen Verfassung ein Präsidialsystem einzuführen. Allerdings lehnt die Opposition dies ausdrücklich ab. Obwohl ein Grundkonsens über eine neue Verfassung besteht, erzielten die Parteien bei den zuvor laufenden Verfassungsgesprächen keinen Durchbruch. Die Differenzen in Kernfragen, wie etwa Staatsverständnis, Staatsstruktur oder Definition des Staatsbürgers, waren unüberbrückbar. Deshalb kamen die Gespräche vorerst zum Erliegen.

Die jetzige Verfassung ist ein Produkt des Militärputsches vom September 1980. In der AKP-Regierungszeit wurden zwar mehrmals Änderungen von Verfassungsartikeln vorgenommen. Dennoch ist die Verfassung eine ideologisch geleitete, illiberale autoritäre Verfassung. Autoritäre Staatsgrundlagen sichern die Omnipotenz des Staates über den Bürger, über die Zivilgesellschaft und die fundamentalen Freiheitsrechte, wie zum Beispiel die Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit. Kurdische Forderungen nach Dezentralisierung der Staatsstruktur oder dem Recht auf Erziehung in kurdischer Sprache stehen in einem völligen Gegensatz zu den autoritären Grundlagen der jetzigen Verfassung.

Eine neue Verfassung bietet nur dann eine Chance auf Frieden und mehr Demokratie, wenn sie ideologisch-autoritäre Werte gänzlich verwirft und eindeutig auf fundamentalen Grundrechten und -freiheiten, einem liberalen Verständnis von Staat, Nation und Minderheitenschutz errichtet würde. Nur eine auf diesen Werten basierende Verfassung würde den Weg für ein mögliches Ende im türkischen Kurdenkonflikt ebnen und die türkische Demokratie substanziell stärken. Im Rahmen einer so gearteten Verfassung bestünde auch die Möglichkeit, kurdische Forderungen einzubinden. Doch der fortlaufende autoritäre Staatskurs unter Staatspräsident Erdoğan und die massiven Einschränkungen der Freiheiten laufen genau auf das Gegenteil hinaus, sodass es derzeit kaum Aussichten auf eine liberale Verfassung und eine demokratiepolitische Kehrtwende gibt.

¹ Das betrifft den 110 Kilometer langen Streifen zwischen den Städten Dscharabulus und Azaz, den der IS kontrolliert und der nach dem Verlust von Tal Abyad die letzte direkte Grenze bildet, die der IS zur Türkei unterhält.

Am Scheideweg

Die türkische Syrienpolitik

NILS WÖRMER

Geboren 1978 in Duisburg, Leiter des Auslandsbüros Syrien/Irak der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Beirut (Libanon).

Syrien war bis 2011 ein erfolgreiches Beispiel der türkischen *Zero Problems with Neighbours*-Politik, des außenpolitischen „Rational“ der seit 2002 regierenden Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (*Adalet ve Kalkınma Partisi*, AKP). Diese setzte auf eine Annäherung der Türkei an seine Nachbarn im Nahen Osten, um eine türkische Führungsrolle in der Region zu forcieren. In diesem Zusammenhang sind die guten Beziehungen zum Assad-Regime während des ersten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts zu verstehen.

Es war der Arabische Frühling, der zu einer Zäsur der türkischen Syrienpolitik

führte. Ankara befürwortete eine Strategie des Regimewechsels in Syrien. Hierzu unterstützte die Türkei früh den Aufbau der Freien Syrischen Armee (FSA) und förderte die Gründung einer türkeifreundlichen „syrischen Exilregierung“ in Istanbul.

Nach fünf Jahren Bürgerkrieg ohne Regimewechsel im südlichen Nachbarland sieht sich die türkische Regierung allerdings vor vier strategische Entwicklungen gestellt, die ihr Gewicht entscheidend schwächen:

Erstens hat die militärische Schwäche der FSA und anderer Rebellengruppen – insbesondere nach der russischen Intervention aufseiten Assads im September 2015 – den Einfluss Ankaras marginalisiert. Die zeitgleich mit den Friedensverhandlungen in Genf Anfang Februar 2016 gestartete Offensive der Assad-Truppen

hat das Gleichgewicht deutlich zugunsten des Regimes verschoben.

Angesichts der militärischen Schwäche der Rebellen hat Ankara das Einströmen radikal-islamistischer Kämpfer in Syrien lange toleriert. Mehr als 30.000 ausländische Kämpfer sind seit Beginn des Konflikts in Syrien eingesickert, ein Großteil über die türkisch-syrische Grenze. Während die türkische Regierung insbesondere islamistische Oppositionsgruppen – allen voran die Al-Nusra-Front – im Kampf gegen das Assad-Regime stärken wollte, haben diese Kämpfer wesentlich zum Aufstieg des Islamischen Staates (IS) beigetragen. Eine Reihe von Anschlägen in der Türkei, die dem IS zugeschrieben werden, hat Ankara mittlerweile die eigene Verwundbarkeit vor Augen geführt.

Durch das Erstarren der syrisch-kurdischen Volksverteidigungseinheiten (*Yekîneyên Parastina Gel*, YPG), die gute Beziehungen zur Arbeiterpartei Kurdistans (*Partiya Karkerên Kurdistan*, PKK) unterhalten und heute weite Teile des syrischen Nordostens kontrollieren, hat der Syrienkonflikt eine gefährliche innenpolitische Sprengkraft für die Türkei erhalten. Mit der Passivität, die Ankara bei der Belagerung der kurdischen Stadt Kobane durch den IS 2014 gezeigt hat, wurde deutlich, dass in der Verhinderung eines autonomen kurdischen Herrschaftsgebiets mittlerweile die oberste Priorität der türkischen Syrienpolitik liegt. Dies hat zum Abbruch des Friedensprozesses zwischen Ankara und der PKK und zu einer neuen Eskalation der Gewalt in den kurdischen Gebieten im Südosten der Türkei beigetragen.

Das Zaudern im Kampf gegen den IS, das auf eine Schwächung des syrischen

Regimes und der syrischen Kurden abzielte, hat schließlich zu Irritationen bei den NATO-Partnern der Türkei geführt. Noch dazu sind die Beziehungen Ankaras zu Washington dadurch belastet, dass die US-Regierung die YPG unterstützt und mittlerweile einen Verbleib von Teilen des Assad-Regimes nicht mehr ausschließt. Der türkische Abschuss eines russischen Kampfflugzeugs im November 2015 hat darüber hinaus zu einer Krise in den türkisch-russischen Beziehungen geführt. Auch das Verhältnis zu Teheran droht sich mit dem Vormarsch der Regimentruppen weiter zu verschlechtern. Als strategische Partner in Syrien bleiben Ankara somit nur Katar und Saudi-Arabien. Ende Dezember 2015 haben sich Ankara und Riad nach Jahren der regionalen Rivalität auf eine verstärkte militärische Kooperation geeinigt.

Ankaras Syrienpolitik steht an einem Scheideweg. Wiederholte Alleingänge haben Ankara innen- und außenpolitisch deutlich geschwächt. Für die türkische Regierung kommt es darauf an, einen Weg aus ihrer drohenden Isolierung zu finden. In der Kurdenfrage ist wenig Bewegung zu erwarten. Durch die Bereitstellung der Luftwaffenbasis Incirlik für Einsätze der internationalen Koalition und die Ankündigung einer besseren Grenzüberwachung scheint Ankara einen ersten Schritt auf seine NATO-Partner zugemacht zu haben. Abzuwarten bleibt, wie die türkische Regierung auf den angekündigten Abzug des russischen Militärs und die saudi-arabische Bereitschaft zum Einsatz von Bodentruppen in Syrien reagieren wird.

Drahtseilakt für Ankara

Die türkische Irakpolitik

NILS WÖRMER

Geboren 1978 in Duisburg, Leiter des Auslandsbüros Syrien/Irak der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Beirut (Libanon).

Für die Türkei ist die Stabilität ihres südlichen Nachbarn Irak seit jeher von entscheidender Bedeutung. Traditionell zielt die türkische Irakpolitik darauf ab, den territorialen Zusammenhalt und die ethnisch-konfessionelle Inklusivität des irakischen Staates zu stärken. Im Rahmen

der *Zero Problems with Neighbours*-Politik unterstützte die Türkei den Wiederaufbau des Irak nach 2003 und schloss mit der Regierung in Bagdad mehr als vierzig Memoranden ab, die von einem strategischen Sicherheitsdialog bis zu einer Kooperation im Bereich Energie und Handel reichten.

Im Zuge der Politik des schiitischen Ministerpräsidenten Nuri al-Maliki, die auf eine Marginalisierung der sunnitischen Minderheit abzielte, kam es ab 2010 jedoch zu einem Zerwürfnis zwischen

Bagdad und der Regierung in Ankara, die die Türkei als Schutzmacht der Sunniten im Nahen Osten betrachtet. Die Beziehungen erreichten einen vorläufigen Tiefpunkt, als Ankara 2011 dem sunnitischen Vizepräsidenten Tariq al-Hashimi Zuflucht gewährte. Gegen ihn ermittelten die irakischen Sicherheitsbehörden wegen angeblicher Verstrickungen in Anschlagpläne auf al-Maliki. 2014 wurde Letzterer mit Unterstützung der türkischen Regierung, die gezielt ihre Kontakte zu einflussreichen schiitischen Führern wie Großajatollah Ali al-Sistani ausgenutzt hatte, durch den reformorientierten Haider al-Abadi ersetzt. Ankara fördert die Reformpläne Abadis, der auf einen nationalen Aussöhnungsprozess und eine Reform der staatlichen Institutionen hinarbeitet.

ANTAGONISTEN IM SYRIENKONFLIKT

Gleichzeitig wird die türkisch-irakische Annäherung durch regionale Entwicklungen – insbesondere durch den Syrienkonflikt und das Erstarken der Kurden – erschwert. Da die irakische Zentralregierung mit Damaskus, Moskau und Teheran kooperiert, befinden sich Bagdad und Ankara, das auf einen Sturz des Assad-Regimes drängt, im Syrienkonflikt auf unterschiedlichen Seiten. Das wachsende Gewicht der schiitischen Milizen im Irak, die mittlerweile über etwa 100.000 Kämpfer verfügen und nur unzureichend in den irakischen Sicherheitsapparat integriert sind, hat das Misstrauen Ankaras gegenüber Bagdad deutlich wachsen lassen. Zunehmend wird die irakische Zentral-

regierung als Instrument der iranisch-schiitischen Einflussnahme in der Region wahrgenommen.

Das größte Hindernis in den türkisch-irakischen Beziehungen stellt heute die wirtschaftliche und politische Annäherung Ankaras an die Autonome Region Kurdistan (ARK) dar. Auf der Suche nach strategischen Partnern in der Region unterstützt die Türkei seit 2010 gezielt die regierende Demokratische Partei Kurdistans (*Partiya Demokrata Kurdistanê*, KDP) von ARK-Präsident Masud Barzani, die langfristig das Ziel eines unabhängigen kurdischen Staates im Nordirak hat. Diese Verbindung stellt einen Versuch Ankaras dar, den wachsenden regionalen Einfluss des Iran und das Erstarken der kurdischen Volksverteidigungseinheiten (*Yekîneyên Parastina Gel*, YPG) in Syrien auszubalancieren, die enge Verbindungen zur Arbeiterpartei Kurdistans (*Partiya Karkerên Kurdistan*, PKK) unterhalten, von der KDP aber mit Misstrauen behandelt werden. Türkische Politiker reisen inzwischen entgegen internationalen Konventionen direkt und nicht über Bagdad in die ARK. 2013 einigten sich die ARK und Ankara auf ein Kooperationsabkommen, das – entgegen den Bestimmungen der irakischen Verfassung – den direkten Erdölexport aus der ARK in die Türkei vorsieht.

EINFLUSSNAHME IM NORDWESTIRAK

Durch eine ohne Zustimmung der irakischen Zentralregierung erfolgte Entsendung von 150 türkischen Soldaten und 25 Panzern in die nordirakische Stadt

Bashiqa, in der die Türkei eine Trainingsmission für kurdische Peschmerga und sunnitische Milizen im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) unterhält, haben die türkisch-irakischen Beziehungen Ende 2015 einen neuen Tiefpunkt erreicht. Die irakische Zentralregierung fasst die türkische Truppenpräsenz als völkerrechtswidrige Einflussnahme Ankaras in den sunnitischen Gebieten im Nordwestirak auf – insbesondere im Hinblick auf eine mögliche Offensive gegen die vom IS besetzte Großstadt Mosul – und hat offiziell Beschwerde beim UN-Sicherheitsrat eingelegt. Trotz internationalen Drucks hat Ankara seine Truppen bislang nicht vollständig abgezogen.

Insgesamt stellt die Irakpolitik für Ankara einen Drahtseilakt dar. Der anhaltende Konflikt mit der Zentralregierung in Bagdad und der zunehmende Einfluss Teherans drohen den Einfluss der Türkei im Irak zu marginalisieren. Fraglich ist, ob Ankara unter diesen Umständen eine Unabhängigkeit der ARK weiter ablehnt. Gleichzeitig birgt die türkische Teilnahme für die von der KDP dominierte ARK erhebliche Risiken, insbesondere vor dem Hintergrund einer akuten wirtschaftlichen und politischen Krise im Nordirak. Entscheidend wird sein, welches Szenario Ankara inzwischen als größere Bedrohung seiner Interessen betrachtet: einen zunehmend iranisch geprägten Irak oder einen Zerfall des irakischen Zentralstaates.

„Den Atem des anderen im Nacken“

—
Der Iran und die Türkei

OLIVER ERNST

Geboren 1967 in Duisburg, Politikwissenschaftler und Publizist, Länderreferent für Türkei, Iran, Israel und die Palästinensischen Gebiete im Team Naher Osten und Nordafrika, Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit, Konrad-Adenauer-Stiftung.

„Der Iran und die Türkei sind wie ein eng tanzendes Paar, das den Atem des anderen im Nacken spürt, aber den giftigen Dolch im Gewand trägt.“ Diese bildhafte Beschreibung der bilateralen Beziehungen

zwischen beiden Ländern – von einem türkischen Professor für Internationale Beziehungen vorgetragen – macht die zwei Seiten der Beziehungen deutlich: dynamische Bewegung auf der einen und unterschwellige Bedrohung auf der anderen.

Immerhin hat es seit 377 Jahren zwischen dem Iran und der Türkei keinen Krieg mehr gegeben, und die rund 500 Kilometer lange Grenze zwischen beiden Ländern blieb unverändert. Am 16. Mai 1639 hatte der Friedensvertrag von Qazvin zwischen dem Osmanischen Reich

und dem persischen Safawidenreich eine lange Epoche kriegerischer Auseinandersetzungen beendet. Der Vertrag sicherte den letztlich siegreichen Osmanen die Kontrolle über Mesopotamien zu, die sie erst nach dem Ersten Weltkrieg wieder verloren.

Auch nach der Gründung der Türkischen Republik im Jahr 1923 entwickelte sich das Verhältnis zum Iran eher positiv. Beide Länder beschränkten bei der forcierten gesellschaftlichen Modernisierung ähnliche Wege. Doch während der Schah vor einer Latinisierung der arabisch-persischen Schrift zurückschreckte, ging Mustafa Kemal Pascha (Atatürk) bei seiner Schriftreform genau diesen Weg. Die kemalistischen Reformen kamen daher in viel stärkerem Maße einem Kulturbruch gleich, da weite Bevölkerungsschichten die osmanische Literatur nach der Durchsetzung der Schriftreform nicht mehr lesen konnten.

Infolge der Islamischen Revolution im Iran 1979 vertieften sich die Gegensätze zwischen beiden Staaten dann noch mehr. Während die Türkei sich als Mitglied der NATO und des Europarats weiterhin als prowestlich verstand, wandte sich die Islamische Republik radikal vom Westen ab. Die 444-tägige Besetzung der US-Botschaft in Teheran zementierte diesen Bruch nicht nur mit den Vereinigten Staaten bis heute. Das „Modell Türkei“ und das „Modell Iran“ waren für rund zwei Jahrzehnte entsprechende Typisierungen der weit auseinandergehenden gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Entwicklungen beider Länder.

Mit der zunehmenden Stärke der islamisch-politischen Bewegung in der Türkei unter Necmettin Erbakan und seiner 1991 erstmals ins türkische Parlament gewählten *Refah Partisi* („Wohlfahrtspartei“)

erhielten die iranisch-türkischen Beziehungen eine spezifisch islamische Konnotation. Als Ministerpräsident reiste Erbakan 1996 nach Teheran und initiierte das „D8“ genannte Bündnis von mehrheitlich islamischen Ländern – unter Einschluss des Iran –, das am 15. Juni 1997 aus der Taufe gehoben wurde.

POSTMODERNER COUP

Kurz darauf mussten Erbakan und seine Regierung infolge des sogenannten „post-modernen Coups“, eines Memorandums des Nationalen Sicherheitsrates vom 28. Februar 1997, zurücktreten. Ziel des Memorandums war, der als Abkehr von den kemalistischen Prinzipien empfundenen Politik Erbakans einen Riegel vorzuschieben. Der Hintergrund für das massive Eingreifen der Armee gegen die Politik Erbakans und seiner Refah-Partei hatte zumindest ansatzweise auch eine außenpolitische Konnotation und betraf insbesondere Verbindungen der türkischen Islamisten mit dem Iran.

Denn der islamistische Bürgermeister der Stadt Sincan – in der Nähe der Hauptstadt Ankara – hatte am 31. Januar 1997 den iranischen Botschafter anlässlich der geplanten Feiern zum anti-israelischen „Jerusalem-Tag“ eingeladen. Der Veranstaltungsort war mit Propagandamaterial der eng mit dem Iran verbündeten palästinensischen Hamas und der libanesischen Hisbollah ausgestattet. Die türkische Armee, die sich Israel eng verbunden fühlte, sah dies als offene Provokation an und entsandte Dutzende Panzer als Machtdemonstration gegen die Islamisten nach Sincan. Die Bilder der rollenden Panzer

erschütterten nicht nur die Stadt Sincan, sondern die gesamte Türkei, insbesondere die türkische Regierung. Sicherlich waren die von der kemalistisch geprägten militärischen und politischen Elite als Provokation gegen den säkularen und pro-westlichen Staat empfundenen Ereignisse von Sincan nur eine kleine Episode, aber erstmals hatte die Verbindung der islamischen Bewegung in der Türkei zum Iran offensichtliche politische Konsequenzen. Ende Februar 1997 zogen beide Länder ihre Botschafter ab und manifestierten damit die tiefe Krise zwischen beiden Staaten.

SONDERWEG IN DER ATOMPOLITIK – GEGNER IM SYRIENKRIEG

Auch der „zweite Frühling“ des politischen Islam in der Türkei nach dem überraschenden Wahlerfolg der AKP (*Adalet ve Kalkınma Partisi*, „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“) im August 2002 führte zu einer Annäherung an die Islamische Republik Iran. Die aus der abgewählten alten Elite stammenden innenpolitischen Gegner der AKP, die der Partei von Anfang an eine „geheime Agenda“ zur Abschaffung des kemalistisch-laizistischen Systems unterstellt hatten, fühlten sich in ihren Sorgen bestätigt. Der Besuch des Ministerpräsidenten Erdoğan im Juli 2004 im Iran weckte bei politischen Beobachtern Erinnerungen an das bereits von Erbakan angestrebte Sonderverhältnis. Die Ankündigung und in den folgenden Jahren auch Durchsetzung einer erheblichen Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen unter Erdoğan widersprach der im Westen

gegen das iranische Atomprogramm gerichteten Sanktionspolitik. Der türkische Sonderweg in der Iranpolitik der AKP-Regierung wurde umso deutlicher, als Ankara am 17. Mai 2010 gemeinsam mit Brasilien und Iran die „Teheraner Atom-Erklärung“ bekanntgab, die zu einer Ausfuhr leicht angereicherter Urans im Tausch gegen angereicherten Brennstoff für einen iranischen Forschungsreaktor führen sollte. Der massive Widerstand der USA, die im UN-Sicherheitsrat für eine Verschärfung der anti-iranischen Sanktionen eintraten, verhinderte die Umsetzung dieses Abkommens.

Die beiden nichtarabischen Staaten Iran und Türkei wurden von den arabischen Umbrüchen genauso überrascht wie der Rest der Weltgemeinschaft. In beiden Ländern wurden diese Umbrüche eher begrüßt. Von Anfang an war der Tonfall jedoch unterschiedlich: Während im Iran vom religiösen Führer Chamenei „das islamische Erwachen“ in der arabischen Welt gefeiert wurde, setzte sich Ministerpräsident Erdoğan gegenüber den Muslimbrüdern in Ägypten, denen sich die AKP bis heute verbunden fühlt, für eine demokratische Transformation ein. Doch erst die aufflammende Gewalt in Syrien, die in den letzten fünf Jahren immer stärkere sektiererische Formen annahm und in einen sunnitisch-schiitischen Religionskrieg mündete, führte zu einer fast an einen Stellvertreterkrieg erinnernden Konfrontation zwischen beiden Ländern. Während der Iran sich an der Seite Russlands unbeirrt hinter das Assad-Regime stellt und schiitische Milizen in Syrien unterstützt, hat die Türkei den Sturz des Regimes auf ihre Agenda gesetzt und statet die gegnerischen Milizen mit finanziellen und militärischen Mitteln aus.

Die Gefahr einer Eskalation ist zwar nicht gebannt, aber beide Länder haben kein Interesse an einer anhaltenden oder gar direkten Konfrontation. Signale der Annäherung sind immer wieder vernehmbar. So bot Ankara am 5. Januar 2016 seine Vermittlung im Streit zwischen Teheran und Riad an, als Saudi-Arabien den schiitischen Prediger Nimr Al-Nimr hinge richtet hatte und gegenseitige Drohungen eskalierten. Doch eine türkische Mediatoren-Rolle ist nur begrenzt vorstellbar, da sich die Türkei letztlich der von Saudi-Arabien geführten Allianz gegen den Terror in Syrien angeschlossen hat, die auch eine anti-iranische Hebelwirkung entfalten soll. Der Streit der arabisch-sunnitischen Staaten mit dem Iran und die Abwehr iranischer Einflussnahme in Staaten mit schiitischen Bevölkerungsgruppen ist für die Türkei regional- und machtpolitisch wohl mindestens eine Hausnummer zu groß. Ankara ist sehr damit beschäftigt, das bilaterale Verhältnis möglichst auszubalancieren, um es nicht völlig aus dem Takt geraten zu lassen. Die gefährliche Eskalation in den türkisch-russischen Beziehungen nach dem Abschluss des russischen Kampfjets stellt die türkische Selbstperzeption als Regionalmacht infrage und zeigt dem Land und seiner aktiven Außen- und Sicherheitspolitik deutlich rote Linien auf. Iran könnte leicht die aktuelle Verletzbarkeit der Türkei in der Syrienkrise ausnutzen. Das iranische Bündnis mit den syrischen Kurden, mit Assad und Russland, insbesondere aber auch die enge iranische Allianz mit dem schiitisch dominierten Irak – in der aktuellen Syrienkrise ist diese Front für die Türkei extrem herausfordernd. Vor allem,

da Ankara den Krieg gegen die terroristische PKK (*Partiya Karkerên Kurdistan*, „Arbeiterpartei Kurdistans“) seit Monaten an der Heimatfront führt und trotz der regelmäßigen völkerrechtswidrigen Angriffe auf irakisches und syrisches Territorium keine nachhaltigen Erfolge im Anti-Terrorkampf erzielt. Auf die Kooperation mit dem Iran kann die Türkei bei diesem Kampf auf absehbare Zeit nicht mehr setzen, selbst wenn der Iran mit dem iranischen PKK-Ableger PJAK (*Partiya Jiyana Azad a Kurdistanê*, „Partei für ein Freies Leben in Kurdistan“) selbst ein kurdisches Problem hat.

Somit scheint das Gebot der Stunde „Schadensbegrenzung“ zu lauten, und es ist wenig Raum für große politische Entwürfe zur weiteren Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen vorhanden. Nach dem Atomabkommen mit dem Iran will die türkische Wirtschaft aber nicht aufgrund außenpolitischer Divergenzen bei der Aufteilung des iranischen Marktes hinstehen. Gerade bei dem Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen ist auf beiden Seiten von einem großen Pragmatismus auszugehen. Die Ausfuhren aus dem Iran in die Türkei sind heute fünfmal größer als die türkischen Exporte in den Iran. Diese Asymmetrie im Außenhandel ist durch den hohen Anteil von Energielieferungen aus dem Iran begründet, der weltweit die viertgrößten Ölreserven kontrolliert. Anders als im Irak, wo die türkische Regierung die Kurden im Ölgeschäft ausnutzt und gegen die Zentralregierung in Stellung bringt, wird sie im Iran nur durch politisches Wohlverhalten zum Zuge kommen.

Elefant im Raum

Israel und die Normalisierung der Beziehungen zur Türkei

MICHAEL BORCHARD

Geboren 1967 in München, Leiter des Auslandsbüros Israel der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Jerusalem.

„The Elephant in the room“ – das ist eine etwas abgegriffene, englische Metapher für eine unübersehbare Wahrheit, die aber nicht zur Kenntnis genommen wird. Ein solcher Elefant hat sich in dem kleinen „Raum“ Israel breitgemacht. Und auf der Flanke dieses Tieres steht in großen Lettern „Türkei“: Denn es gibt in Israel kaum eine Debatte – sei es das neue „Megathema“

Energie, die Terrorbekämpfung, die regionale Kräfteverteilung, die Wirtschaftsbeziehungen und Handelsrouten oder was auch immer –, bei der die Türkei nicht früher oder später Erwähnung findet.

Anders als die genügsamen Kollegen in freier Wildbahn ist der „türkische Elefant“ aus israelischer Sicht allerdings launisch, gelegentlich sogar aufbrausend. Der wichtigste Grund dafür ist ein Ereignis, das vor sechs Jahren die vielversprechende bilaterale Zusammenarbeit beider Staaten vorläufig beendet hatte.

Am Morgen des 31. Mai 2010 bewegt sich ein Verband aus sechs Schiffen über das Mittelmeer in Richtung Gaza. Als Flaggschiff dient die „Mavi Marmara“, einst ein Kreuzfahrtschiff, das sich nun im Besitz der islamistischen und sehr umstrittenen (in Deutschland verbotenen) türkischen Gruppierung IHH (*İnsan Hak ve Hürriyetleri İnsani Yardım Vakfı*, „Stiftung für Menschenrechte, Freiheiten und Humanitäre Hilfe“) befindet. An Bord der Schiffe sind mehr als 600 Aktivisten, darunter Prominente wie der schwedische Autor Henning Mankell, Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, Pax-Christi-Anhänger und viele mehr, außerdem rund 10.000 Tonnen Material, die als Hilfsgüter deklariert sind. Erklärtes Ziel der groß angelegten Aktion ist es, die israelische Seeblockade um den Gazastreifen zu durchbrechen. Die israelische Marine hatte zuvor Warnungen ausgesprochen und dem Schiffszug sogar die Alternative eröffnet, die Hilfsgüter im Hafen Ashdod zu löschen und auf dem Landweg nach Gaza zu bringen.

Die Schiffe bleiben unbeeindruckt auf Kurs. Noch in internationalen Gewässern bringt die israelische Marine das Schiff auf – durchaus in Übereinstimmung mit dem Völkergewohnheitsrecht, das eine Durchsuchung gestattet, wenn es das Ziel eines Schiffes ist, eine Blockade zu durchbrechen. Freilich gilt auch dabei der strenge Maßstab der Verhältnismäßigkeit. Ob dieser Grundsatz beachtet worden und was dann genau passiert ist, darüber gibt es bis heute widersprüchliche Aussagen.

Die israelischen Soldaten sagen später aus, sie hätten auf die extreme Aggression der Aktivisten reagieren müssen. Die Aktivisten geben an, kaum Gegenwehr geleistet zu haben. Was auch immer der

Wahrheit entspricht: Am Ende sind neun getötete Türken, über vierzig verletzte Aktivisten und sieben verwundete israelische Soldaten zu beklagen. Die türkische Öffentlichkeit ist aufgebracht.

Daraufhin zieht die Türkei ihren Botschafter aus Israel ab und sagt die geplanten gemeinsamen Militärmanöver ab. Die vom damaligen Außenminister Ahmet Davutoğlu geforderte Entschuldigung bleibt zunächst aus. Also wird der israelische Botschafter im September 2011 aus der Türkei ausgewiesen. Erst im März 2013 kommt es – auf Vermittlung von Barack Obama, der die Funkstille zwischen den beiden wichtigsten US-Verbündeten in der Region aus eigenem Interesse beenden will – zu einem Telefonat zwischen Benjamin Netanjahu und Recep Tayyip Erdoğan. Der israelische Ministerpräsident entschuldigt sich, bedauert die „tragischen Folgen“ und sagt Entschädigung für die Hinterbliebenen zu. Erdoğan nimmt die Entschuldigung an, zu einer wirklichen Normalisierung kommt es aber vorerst nicht.

POPULISTISCH- REALISTISCHER SPAGAT

Erdoğan lässt die Entrüstung auf „verminderter Flamme“ weiter köcheln und zwingt seine Regierung so in Sachen Israel zu einem „Spagat“. Als Populist glaubt er, dass ihm Israel als negative Projektionsfläche dienlich ist, um seinen Führungsanspruch in der „muslimischen Welt“ zu untermauern. Seine AKP (*Adalet ve Kalkınma Partisi*, „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“) mischt dabei kräftig mit und schürt Ablehnung. Der

Realist Erdoğan bremst hingegen die Wut, weil er weiß, dass das kleine, aber militärisch und wirtschaftlich kraftvolle Israel ein Stabilitätsanker in der Region und ein potenzieller Partner ist.

Selbst wenn sich die zivilgesellschaftlichen Kontakte, die seit osmanischer Zeit zwischen dem jüdischen Volk im Heiligen Land und der Türkei eng sind, in der Folge der „Mavi Marmara“-Ereignisse vermindert haben – zum Erliegen gekommen sind sie nicht. Sie bilden weiterhin ein stabiles Band zwischen der Türkei und Israel. Besonders erstaunlich ist auch die Tatsache, dass in einer Zeit, in der sich die Beziehungen politisch dem Gefrierpunkt nähern, das Handelsvolumen zwischen beiden Staaten geradezu „explodiert“.

Für die politischen Exponenten ihrer Länder, Erdoğan und Netanjahu, ist die Ausgangslage ähnlich. Beide genießen „zu Hause“ einen stabilen Grad an Unterstützung; international sind sie – zumindest bis zum Ausbruch der Flüchtlingskrise, die für Erdoğan das Blatt zu wenden scheint – weitgehend in einer Außenseiterposition und zunehmend isoliert. Die Situation in Syrien, das der Erzfeind Ankaras, Baschar al-Assad, mit russischer Unterstützung regiert, macht es nun für die Türkei erforderlich, alle ihr zugänglichen Partner in der Region wieder an ihre Seite zu ziehen.

So ist es nicht verwunderlich, dass es Erdoğan ist, der inzwischen versöhnliche Töne gegenüber Israel anschlägt. Im Dezember 2015 überraschte er mit der Aussage, dass die gesamte Region von einer Wiederannäherung beider Staaten profitieren könne. Noch sind die Entschädigungen für die „Mavi Marmara“-Angehörigen nicht spruchreif, sodass die Rückkehr der Botschafter auf sich warten lässt.

FÖRDERNDE UND LÄHMENDE FAKTOREN

Wenn diese Hürde genommen ist, werden drei Faktoren – fördernde und lähmende – bestimmen, welche Qualität die Wiederannäherung hat.

Erstens fördernd: Die israelisch-türkischen Beziehungen werden sich vermutlich in dem gleichen Maße erwärmen, wie das russisch-türkische Verhältnis nach den Auseinandersetzungen an der türkisch-syrischen Grenze und dem Abschuss des russischen Jagdflugzeugs erkaltet. Nicht zuletzt hängt das mit dem Energiehunger des wirtschaftlichen „Tigerstaates“ Türkei zusammen. Noch wird mehr als die Hälfte des türkischen Energiebedarfs von russischen Gaslieferungen gedeckt. Umgekehrt führt der wirtschaftlich einzig sinnvolle Weg von israelischem Gas zu den europäischen Verbrauchern über die Türkei. Selbst wenn viele politische und technische Fragen ungeklärt sind, die Energiepolitik bietet eine neue und stabile Grundlage für die Beziehungen zwischen Israel und der Türkei.

Zweitens ebenfalls fördernd: die gemeinsame Gegnerschaft zum Iran! Die Ergebnisse der 5-plus-1-Gespräche riefen in der Türkei und in Israel Befürchtungen hervor, dass die Aufhebung der Sanktionen und das „Auftauen“ der eingefrorenen Vermögen die Kräfteverhältnisse in der Region zu ihrem Nachteil verändern werden. Beide Staaten wollen einen atomar bewaffneten, aber auch einen regional dominanten Iran verhindern und müssen zudem daran interessiert sein, die Situation in Syrien wenigstens ein Stück weit zu stabilisieren.

Drittens lähmend: Neben dem türkischen drängt sich noch ein anderer „Elefant“ in den Raum: der Nachbar Ägypten! Hier bahnt sich ein Interessenkonflikt an, denn eine strategische Allianz zwischen der Türkei und Israel lässt sich nur dann wieder aufbauen, wenn man der Türkei einen gewissen Grad an Engagement im Gazastreifen zugesteht. Das bedeutet, die Hamas zu unterstützen, was nicht nur für die Israelis ein Problem darstellt, sondern auch ein Dorn im Auge des ägyptischen Regimes wäre, das die Hamas als „Familienmitglied“ der verhassten Muslimbruderschaft von der Sinaihalbinsel aus erbittert bekämpft. Schon in den letzten Wochen, als sich die Beziehungen zwischen Israel und der Türkei wieder erwärmt haben, wehte ein kühler politischer Hauch über den Sinai nach Israel herüber. Gerade weil ISIS und Dschihadisten auf der Halbinsel ihr Unwesen treiben und auch deshalb Interesse daran besteht, dass die Grenze zum Gazastreifen bei Rafah hermetisch bleibt, braucht Israel nicht nur gute türkisch-israelische, sondern ebenfalls gute israelisch-ägyptische Beziehungen.

Zusätzlich spielt das Verhältnis zu den europäischen Partnern in die türkisch-israelischen Beziehungen hinein. Beide Staaten haben zu ihrem Nachbarn Europäische Union ein nicht ganz problemfreies Verhältnis, um es milde zu formulieren. Die Türkei wie Israel tendieren

zunehmend in religiöse Richtungen, werden nationalistischer, mehr oder minder deutlich zeigen sich Tendenzen zur Selbstisolierung und Abwendung vom „Westen“. Eben dieser Westen steht vor einer Herkulesaufgabe, vor allem diesen beiden wichtigen Verbündeten gegenüber: Wie kann es gelingen, in diesen Ländern, die mit realen Bedrohungen zu kämpfen haben, einerseits auf die Einhaltung von Menschen- und insbesondere Minderheitenrechten sowie auf demokratische Prinzipien und damit letztlich europäische Werte überzeugend zu pochen, andererseits aber die Verbindung zwischen Europa und diesen beiden Ländern mit klaren Angeboten zur Zusammenarbeit lebendig und belastbar zu halten? Insofern liegt der Schlüssel zu mehr regionaler Stabilität eben nicht nur in Israel und der Türkei, er liegt auch in Brüssel und in den europäischen Hauptstädten.

Ein martialisches Sprichwort in der Türkei lautet: Dem Hahn, der zu früh kräht, wird der Kopf abgehackt. Im Fall des türkisch-israelischen Verhältnisses muss das gute Tier allerdings auch um sein Leben fürchten, wenn es nicht rechtzeitig kräht. Die Zeit für eine Aussöhnung zwischen Israel und der Türkei ist ebenso reif wie für eine kluge europäische Politik, die beide Länder in die Verantwortung für eine stabile und friedliche Entwicklung der Region nimmt.

Die AKP

—

Zum Profil der türkischen Regierungspartei

CHARLOTTE JOPPIEN

Geboren 1981 in Köln, Islamwissenschaftlerin und Politische Anthropologin.

Als die AKP (*Adalet ve Kalkınma Partisi*, „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“) 2002 mit 34 Prozent relativ überraschend die Regierungsmehrheit gewann, war inhaltlich noch wenig

über die Partei bekannt. Erst im Jahr zuvor gegründet, gab es über ihre politische Identität zunächst zahlreiche Spekulationen. Besonders Anhänger der wichtigsten Oppositionspartei CHP (*Cumhuriyet Halk Partisi*, „Republikanische Volkspartei“) und das Militär wiesen auf die islamistische Vergangenheit von AKP-Mitgliedern hin.¹ Andererseits hofften sowohl Liberale im Land als auch ausländische Partner der Türkei, dass die AKP ihre Versprechen einlösen und das Land stärker demokratisieren würde. Nun, knapp vierzehn Jahre später, hat sich die Wahrnehmung deutlich geändert. Sowohl Liberale als auch viele religiöse und ethnische Minderheiten im Land zeigen sich enttäuscht, im Ausland werden Verstöße gegen die Meinungs- und Pressefreiheit kritisiert, aber im Inneren nimmt die Kritik an einem wachsenden autoritären Klima zu. Zudem muss sich die AKP mit Korruptionsvorwürfen auseinandersetzen, die selbst hohe Regierungskreise betreffen. Andererseits stellt die AKP weiterhin unangefochten die Regierung und konnte bei den Wahlen

im November 2015 mit knapp fünfzig Prozent sogar das zweitbeste Ergebnis ihrer Geschichte einholen.

Seit 2002 ist die AKP ununterbrochen an der Macht, überwiegend in Alleinregierung. Anders als andere türkische Parteien ist sie darüber hinaus in allen Regionen des Landes erfolgreich und überwindet geografische und ethnische Grenzen. Zudem zieht sie Wähler aus allen Schichten an.² Der Erfolg der AKP steht – besonders in den frühen Jahren – im Zusammenhang mit den Regierungskrisen der 1990er-Jahre sowie der einschneidenden Finanzkrise 2001. Die Partei erreichte in den ersten Regierungsjahren ein starkes Wirtschaftswachstum – befördert durch eine Öffnung gegenüber ausländischen Märkten, durch Einwerbung ausländischen Kapitals sowie umfangreiche Privatisierungen und Liberalisierungen. Zustimmung von weiten Teilen der Bevölkerung erhielt die AKP vor allem wegen der Senkung der Inflation, der strukturellen Reform des Gesundheitssektors und des Ausbaus des staatlichen Wohnungsbaus.

WAS HEISST „KONSERVATIVE DEMOKRATIE?“

Ein Charakteristikum der AKP ist ihre flexible Ideologie der „Konservativen Demokratie“ (*muhafazakar demokrasi*). Die Tatsache, dass die AKP ihre politischen Grundsätze erst nach dem Wahlerfolg von 2002 formulierte, ist Ausdruck eines pragmatischen Ansatzes. Dies wirft die Frage auf, ob sich die inneren Überzeugungen erst langsam verdichtet haben oder ob „Konservative Demokratie“ ein gewähltes „Label“ zur Außendarstellung ist, das möglicherweise den Vorwurf des Islamismus entkräften soll. Gerade in den ersten Jahren nach der Wahl investierte die AKP viel Energie in die Entwicklung und Definition des Begriffes, so etwa im Rahmen einer großen Konferenz, des Internationalen Symposiums zu Konservatismus und Demokratie (*Uluslararası Muhafazakarlık ve Demokrasi Sempozyumu*), sowie mit der Publikation *AK Parti ve Muhafazakar Demokrasi* von Yalçın Akdoğan, einem politischen Berater Erdoğan's. Doch das Konzept bleibt unklar, und auch Äußerungen der Parteispitze tragen nicht dazu bei, Klarheit zu schaffen. So definierte ein stellvertretender Parteivorsitzender die AKP als weder „rechts noch links und auch nicht als liberal“.³

Der damalige Parteivorsitzende Erdoğan bezeichnete politische Denkweisen als farbiges und multidimensionales Bild und erklärte, die AKP gehe „von Idee zu Idee, verfolgt die Entwicklungen in der Welt und schaut, was sich in das eigene Konzept integrieren lässt“.⁴ Somit entzieht sich die Partei einer abschließenden programmatischen Definition und betont stattdessen, ihr Konzept werde sich durch ihre Regierungspraxis erklären⁵. Allerdings verdeutlicht gerade diese, etwa im Hinblick auf das Verhältnis zu den Kurden, merkliche Schwankungen und keine „gerade Linie“. In den letzten Jahren

zeigte sich zudem, dass mit den Wahlerfolgen das Interesse der AKP an der Herausstellung ihrer inhaltlichen Orientierung gesunken ist. Inzwischen findet der Begriff „Konservative Demokratie“ kaum noch Erwähnung.

Dennoch lohnt es sich, dem Begriff „Konservative Demokratie“ nachzugehen. So soll der Bezug auf „Demokratie“ die Distanz zur wichtigsten Oppositionspartei CHP verdeutlichen. Wegen deren Nähe zu Militär und Staatsapparat in der Vergangenheit hält die AKP ihr eine „undemokratische“ Einstellung vor. Demnach habe die CHP über Jahrzehnte eine kemalistisch-laizistische Einheitskultur in Anlehnung an den Westen befördert und vor die Bedürfnisse des Volkes gestellt. Nach dieser Lesart betrachtet sich die AKP als konservative Partei, die stärker „türkische“ Interessen vertritt und mehr an den Bedürfnissen der einfachen Bürger ausgerichtet ist als an jenen der Eliten.

Zwar erlaubte die Bezeichnung „konservativ“ der AKP, auf ihre religiöse Identität zu verweisen, diese aber weniger stark in den Vordergrund zu stellen. Eine Reihe von Gründungsmitgliedern der AKP ist zuvor in islamistischen Parteien, die als staatsfeindlich verboten wurden, aktiv gewesen. So ist auch Erdoğan's Partei mit dem Vorwurf konfrontiert worden, die Trennung von Religion und Staat aufheben zu wollen. Die Partei hat also ihre moderate Haltung bekräftigt, ohne ihre religiös geprägten Wähler zu verprellen. Diese Abkehr von einer „islamistischen“ zu einer „konservativ-demokratischen“ Identität war somit auch strategisch vorteilhaft. Zudem suggerierte das Adjektiv „konservativ“ auch für die internationalen Partner Stabilität. Gleichzeitig ließen ein weithin akzeptiertes Religionsverständnis und Traditionsverbundenheit die Möglichkeit zu, religiös untermauerte Forderungen zu erheben. Zudem machte der Begriff es der Partei möglich, sich sowohl in einem etablierten internationalen Konservatismusdiskurs zu verorten als auch die Nähe zu konservativen Parteien in der Türkei wie der *Demokrat Partisi* („Demokratische Partei“, 1946 bis 1961) und der *Anavatan Partisi* („Mutterlandspartei“, 1983 bis 2009) zu demonstrieren. Allerdings lässt sich die AKP nicht auf eine allein konservative Identität festschreiben, sondern bewahrt sich durch den Begriff „Konservative Demokratie“ einen inhaltlichen Spielraum.

STAATLICH VERORDNETE RELIGIOSITÄT?

Als ein weiteres Charakteristikum der AKP lässt sich trotz der wenig präzisen ideologischen Selbstzuordnung ein Fokus auf religiös geprägte Themen nennen. Während der ersten Jahre, als die AKP noch vorrangig an der Konsolidierung ihrer Macht interessiert war, näherte sie sich religiösen Themen, zu denen auch die Frage nach dem Umgang mit Kopftuch tragenden Studentinnen in den Universitäten gehörte, nur im Rahmen eines breiteren Pluralismus und Menschenrechtsdiskurses, nicht jedoch in einem religiösen Kurs. Auch

den Versuch von 2004, Ehebruch unter Strafe zu stellen, zog sie nach heftiger Kritik schnell zurück. Seit etwa zehn Jahren aber tritt sie deutlicher für die Bedürfnisse ihrer Kernwählerschaft ein. War sie bislang nur an der Öffnung von religiösen Freiräumen interessiert, drängt sich mehr und mehr der Eindruck „staatlich verordneter Religiosität“ auf. Seit 2010 dürfen auch Kopftuch tragende Studentinnen türkische Universitäten besuchen. Im Jahr 2012 wurde das Schulsystem durch die 4+4+4-Reform erneuert. Der Schulbesuch gliedert sich in je vier Jahre Grund-, Mittel- und Gymnasialstufe. Schüler können zeitliche Lücken zwischen den vier Jahresblöcken lassen. Es wurde Kritik laut, die Reform könne dazu beitragen, dass insbesondere Mädchen ihrer Schulpflicht nicht nachkommen könnten, sondern stattdessen zu häuslichen Pflichten herangezogen würden. Als problematisch betrachteten viele Kritiker, dass Schüler nun nach dem Grundschulblock, den sie im Alter von fünf bis acht Jahren besuchen, auf religiöse Schulen wechseln dürfen. Dies stärkt vor allem den Zweig der Vorbeter- und Prediger (*İmam-Hatip*)-Schulen, deren Absolvent auch Staatspräsident Erdoğan ist und deren Zahl unter der AKP überproportional gewachsen ist. 2014 erregte der Premierminister mit der Forderung Aufsehen, osmanisches Türkisch als Pflichtfach für alle Schulen einzuführen (bislang ist dies nur für *İmam-Hatip*-Schüler und Absolventen des Sozialwissenschaftlichen Zweiges zwingend).

Die Regierung betrachtet darüber hinaus den Genuss von Alkohol als störenden Faktor in ihrem Sozialkonzept. So hat sich unter der AKP-Regierung die Zahl der Lizenzen für Alkoholausschank stark verringert, seit 2013 ist der Alkoholverkauf nach 22 Uhr verboten, was vor allem für die kleinen Nachbarschaftskioske eine große Einnahmeneinbuße bedeutet. Kritiker monieren außerdem, dass Erdoğan sich in ihr Privatleben einmische: So wollte er Abtreibungen und Kaiserschnittgeburten verbieten, forderte Frauen auf, mindestens drei Kinder zu bekommen, und polemisierte gegen das Zusammenleben unterschiedlicher Geschlechter etwa in Studentenwohnheimen.

BETONT BÜRGERNAH UND FLEXIBEL

Allerdings gewinnt die AKP nicht nur Stimmen aus stark religiösen Bevölkerungsschichten allein, sondern landesweit auch weit darüber hinaus. Ihre flexible ideologische Positionierung macht es der Partei leicht, sich auf unterschiedliche lokale Kontexte einzustellen. Dabei gibt sich die AKP als Gegenentwurf zur „kemalistischen, elitären“ CHP betont „bürger nah“. Sie reagiert flexibel auf lokale Unterschiede und integriert sich in gewachsene soziale Strukturen, anstatt diese aufzubrechen, etwa in Gebieten mit starker Präsenz ethnischer Gruppen oder innertürkischer Migration (*hemşhrlık*). Dazu gehört auch die Organisation von Nachbarschaftszellen. Besonders Frauen und ihre informellen Netzwerke waren für Wohlfahrtsleistungen und politische Mobilisierung

entscheidend. Bis heute orientiert sich die AKP an den Erfolgsmodellen von damals. Die Einbeziehung lokaler Eliten und religiöser Größen, aber auch klientelistische Verbindungen spielen eine wichtige Rolle. Auch andere Parteien versuchen, diese Instrumente zu nutzen, allerdings sind Oppositionsparteien wie CHP und MHP (*Milliyetçi Hareket Partisi*, „Partei der Nationalistischen Bewegung“) als „Kemalisten“ oder „Nationalisten“ stärker ideologisch gebunden und können weniger flexibel auf lokale Machtverhältnisse reagieren. Diese flexible Praxis hat die AKP von einer ihrer Vorgängerparteien, der „Wohlfahrtspartei“, übernommen, die in den 1980er- und 1990er-Jahren eine neue Form der Stadtverwaltung begründet hat. Diese zeichnet sich durch hohe personelle Kontinuität und die „Professionalisierung“ von kommunalen Dienstleistungen (*hizmet*) wie Straßenbau, Kanalisation, Müllbeseitigung aus. Zudem machte sich die Wohlfahrtspartei einen Namen durch die Verteilung umfangreicher Sozialleistungen, die allerdings de facto von religiösen Stiftungen bereitgestellt wurden.

PERFEKTE INNERE ORGANISATION

Als weiteres Charakteristikum der AKP lässt sich die effiziente innere Organisationsstruktur der Partei nennen. Dabei zeichnet eine strenge innerparteiliche Hierarchie keinesfalls nur die AKP aus, sondern ist allen türkischen Parteien gemeinsam. Dies ist ein Resultat der rigiden rechtlichen Situation, deren maßgebliche Quellen in der Verfassung (Artikel 67 bis 69), dem Parteiengesetz von 1983 und in jeweiligen Parteistatuten liegen. Diese rechtlichen Vorgaben konstituieren einen Parteivorsitzenden (*parti başkanı/lideri*), der, etwa im Vergleich zu seinem deutschen Pendant, sehr weitreichende Befugnisse hat.⁶ Er wird von der Parteiversammlung (*büyük kongre*) gewählt, allerdings übt er eine so starke Kontrolle über Mitgliedereintritte (auch durch „Massenbeitritte“), die Bestimmung von Delegierten (auf nationaler, Provinz- und Bezirksebene) und die Vergabe parteiinterner Posten oder Kandidaten für öffentliche Positionen aus, dass seine Wiederwahl oft reine Formsache ist. Damit ist der Parteivorsitzende (unterstützt durch seine engsten Mitarbeiter) in allen Parteien die absolut zentrale Figur. Auch wenn er auf Stimmungen in der Partei Rücksicht nimmt, so ist er von der lokalen und nationalen Parteiorganisation weitgehend unabhängig. Der Mangel an innerparteilichen Entscheidungsfindungs- und Mitsprachestrukturen bedingt, dass die politische Ausrichtung allein durch den Parteivorsitzenden bestimmt wird. Bemerkenswert ist, dass es Erdoğan auch als (de jure parteiloser) Staatspräsident de facto vermag, die AKP nach seinen Vorstellungen zu führen.

Die AKP ist noch stärker als andere türkische Parteien von Parteidisziplin geprägt – Kritik an der Parteiführung wird nie öffentlich gemacht. Das galt auch nach der relativen Wahlniederlage im Juni 2015, bei der die Partei

nicht die selbst gesetzten Ziele erreichte. Zudem wird durch professionelles Marketing und ein einheitliches Auftreten, etwa durch die Verwendung politischer Symbolik und die einheitliche Gestaltung der jeweiligen Parteizentrale, eine starke „Marke“ kreierte. Auch in der Kommunikation mit dem Bürger wird nichts dem Zufall überlassen, vielmehr lernen Mitglieder in politischen Fortbildungsveranstaltungen, die unter anderem von der „AKP-Politikakademie“ angeboten werden, wie sich tragfähige Verbindungen zu potenziellen Wählern aufbauen lassen. Die lokale Flexibilität der AKP ist ein wichtiger Baustein ihres Erfolges. Die konkrete Nutzung dieser Flexibilität liegt aber fest in den Händen einer engen Führungsriege. Sie bestimmt auch die inhaltliche Ausrichtung der Partei, die sich in den vergangenen Jahren stärker in Richtung Autoritarismus, Religion und Nationalismus bewegt hat.

¹ So waren zahlreiche der Gründungsmitglieder der AKP in einer oder mehreren islamistischen Parteien wie der Nationalen Ordnungspartei (1970 bis 1971, *Milli Nizam Partisi*), der Nationalen Heilspartei (1972 bis 1980, *Milli Selamet Partisi*), der Wohlfahrtspartei (1983 bis 1998, *Refah Partisi*), der Tugendpartei (1997 bis 2001, *Fazilet Partisi*) oder der Glückseligkeitspartei (2001 bis heute, *Saadet Partisi*) aktiv.

² So ist die CHP überwiegend in der Ägäisregion und in einigen Istanbuler Bezirken, die HDP im überwiegend kurdisch besiedelter Südosten des Landes und (Migrationsbewegungen geschuldet) in einigen Istanbuler Bezirken, die ultranationalistische MHP im Schwarzmeerraum und in Zentralanatolien erfolgreich.

³ Dengir Mir Mehmet Fırat: Schlussvortrag auf dem Kongress zu Konservativer Demokratie, Istanbul (10. bis 11.01.2004).

⁴ So in seiner Rede auf dem Kongress zu Konservativer Demokratie, Istanbul (10. bis 11.01.2004) und in seiner Rede „Conservative Democracy and the Globalization of Freedom“ am American Enterprise Institute, 29.01.2004.

⁵ Parteiprogramm 2007, Einführung.

⁶ Er sitzt dem 50-köpfigen Zentralen Entscheidungskomitee (*parti meclisi*) vor, welches sich monatlich trifft und über die Parteilinie sowie die Formierung bzw. Auflösung von Regierung oder Koalition entscheidet. Noch wichtiger aber ist seine Rolle im Exekutivkomitee (*merkez yürütme kurulu*), einem Unterorgan des *parti meclisi*. Dieses besteht nur aus dem Führungszirkel der Partei, das heißt dem Parteivorsitzenden und seinen Stellvertretern, dem Generalsekretär sowie dem Parlamentspräsidenten und seinem Stellvertreter. Diese Gruppe bestimmt die tägliche Politik und Ausrichtung der Partei und kann die Parlamentskandidaten bestimmen.

Zivilgesellschaft?

Wie sie sich darstellt, welche Themen sie bestimmen

FUNDA GENÇOĞLU ONBAŞI

Geboren 1974 in Bandırma (Türkei),
Professorin für Politikwissenschaft
und Internationale Beziehungen,
Başkent-Universität, Ankara (Türkei).

Während sich der Diskurs über die Zivilgesellschaft als ein globales Phänomen verbreitet, erscheint die Debatte darüber recht festgefahren. Die „Spaltung der heutigen Welt der Gesellschaftstheorie in Skeptiker und Gläubige“

ist wohl der Hauptgrund dafür: „Die einen verwerfen das Konzept ‚Zivilgesellschaft‘ als Schwindel, Illusion oder analytisch zu ungenau, um nützlich zu sein; die anderen stellen es heraus als normatives Ideal und theoretischen Angelpunkt der heutigen politischen Philosophie.“¹ Diese Pattsituation beschränkt die Debatte, indem beide Positionen als einander ausschließend betrachtet werden. Hier wird aber von der Möglichkeit ausgegangen, einen kritischen Umgang zu entwickeln, indem das Konzept der Zivilgesellschaft als analytisches Hilfsmittel verwendet wird, welches die Dynamik des sozio-politischen Lebens einer Gesellschaft erschließen kann. So lässt sich zum Beispiel nachweisen, dass es lehrreich ist, sich die Zivilgesellschaft der Türkei sorgfältig daraufhin anzusehen, „was ihre einzelnen Strukturen tun, wie sie organisiert sind und welche politischen und wirtschaftlichen Kräfte wirken.“²

Zunächst gewinnt man auf diese Weise Einblicke in die politische Teilhabe in der Türkei. Obwohl weitgehend Einigkeit darüber besteht, dass

die Türkei über ein etabliertes Verbandsleben verfügt, wurde im Rahmen einer Feldstudie 2011 ermittelt, dass die Zahl der Verbände in der Türkei im Vergleich zu den westeuropäischen Ländern immer noch sehr gering ist (etwa 150.000).³ Außerdem hat die Hälfte aller türkischen Verbände lediglich sechs bis zwanzig Mitarbeiter/Mitglieder und verfügt lediglich über ein Jahresbudget von weniger als 10.000 türkischen Lira (knapp 3.000 Euro).⁴ Eine wirkliche Verbands- und Lobbyarbeit scheint vor diesem Hintergrund kaum Wirkung entfalten zu können. Die politische Partizipation beschränkt sich so offenbar weitgehend auf die Teilnahme an Wahlen.

Deutlich wird bei der Betrachtung der Zivilgesellschaft ebenfalls die Beziehung zwischen Religion und Politik. Während der Regierungszeit der „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (*Adalet ve Kalkınma Partisi*, AKP) erhielt die Diskussion über die Verbindungen zwischen dem Islam, der Zivilgesellschaft und der Demokratisierung eine neue Dimension. Die Zahl der islamischen Verbände in der Türkei wuchs, und gleichzeitig kam eine Debatte über deren Rolle bei der (Ent-)Demokratisierung des Gemeinwesens auf. In dieser Hinsicht sind zwei miteinander verbundene Probleme wichtig: die ideologisch-politische Affinität dieser Verbände untereinander und ihre Beziehung zur AKP. Die Popularität eines philanthropischen Konzeptes ist so weit gewachsen, dass sich dieses zivilgesellschaftliche Engagement mittlerweile auf Wohltätigkeit beschränkt. Heute behaupten die islamischen Verbände in der Türkei, dass „Vorschriften und Berichtspflichten“ während der Regierung der AKP „gelockert wurden und sie jetzt mehr Freiheit haben, ihre Meinung öffentlich zu äußern“.⁵ Die Politikwissenschaftler Ani Sarkissian und İlgü Özler äußern ironisch dazu: „Obwohl wir unsere offenen Fragen an eine anscheinend vielfältige Gruppe von Organisationen richteten, stellten wir fest, dass die Antworten der verschiedensten religiös orientierten Organisationen ähnlich und manchmal identisch gehalten waren. [...] Des Weiteren merken wir an, dass die Gestaltung der Antworten strategisch zu den ideologischen und moralischen Affinitäten der AKP passt.“⁶

ARMUTSBEKÄMPFUNG JENSEITS DES STAATES

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die steigende Anzahl karitativer Organisationen, zu denen auch religiös motivierte (islamische) Verbände gehören. Diese Organisationen haben eine sehr wichtige Rolle für den Wandel des Diskurses über soziale Rechte gespielt, selbst wenn das nicht immer ihrer eigentlichen Intention entsprochen haben mag: Sie haben aktiv die Armut bekämpft und damit eine Aufgabe wahrgenommen, die laut Artikel 2 der türkischen Verfassung wesentlich in die Verantwortung des Staates fällt. Die Erfahrung der Türkei entspricht dabei dem weltweiten Trend, der darauf hinausläuft, die Armut zu entpolitisieren, indem sie zivilgesellschaftlichen Organisationen überantwortet

wird. Für die Demokratisierung könnte dieser Diskurs jedoch einen Rückschlag bedeuten, weil er konzeptionelle Entwürfe von Demokratie auf der Grundlage gleicher Bürgerrechte behindert. So wird eine Auffassung (wieder-) belebt, die die Armen der Gnade der Wohlhabenden ausliefert. Da die akademische Literatur zur Zivilgesellschaft in der Türkei weitgehend von der fixen Idee geprägt ist, ein sogenannter „starker Staat“ sei gefährlich, hat sie auch zur Verbreitung des Klischees beigetragen, es sei erforderlich, den Staat zurückzudrängen.⁷

Eine Betrachtung der türkischen Politik aus der Perspektive der zivilgesellschaftlichen Entwicklung sagt zudem viel über Gleichstellungsfragen aus. Obwohl die Türkei zurzeit im Hinblick auf Fortschritte bei der Gleichstellung nicht gut dasteht,⁸ hat die Frauenbewegung am Bosphorus eine lange Geschichte. Immer wieder ist es ihr gelungen, Frauenfragen auf die politische Tagesordnung zu setzen. Heute existiert eine stark institutionalisierte Frauenrechtsbewegung; die Anzahl der Frauenrechtsorganisationen (FROs) ist enorm gestiegen, und die unterschiedlichsten FROs mit teilweise entgegengesetzten ideologischen Standpunkten arbeiten zusammen.⁹

DISKRIMINIERUNG ALS POLITISCHES PROBLEM

Unter dem Aspekt „Frauen und Zivilgesellschaft in der Türkei“ müssen mehrere Fragen bedacht werden. Zunächst ist das geringe Ausmaß, in dem Frauen aktiv an der Politik teilnehmen und in höheren politischen Funktionen vertreten sind, charakteristisch.¹⁰ Die im Rahmen einer Studie kürzlich befragten Nichtregierungsorganisationen gaben dafür vier Begründungen an: Als Erstes nannten sie eine „Indifferenz der Frauen gegenüber der Politik“. Zweitens wiesen Vertreterinnen einer FRO darauf hin, dass es FROs gelegentlich „vorziehen, sich aus der Politik herauszuhalten“ und sich stattdessen auf andere Fragen konzentrierten, zum Beispiel, „Frauen zu mehr Selbstvertrauen und wirtschaftlicher Unabhängigkeit anzuhelfen und ihnen Gelegenheiten zu bieten, die es ihnen ermöglichen, aktiver am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen“. Der dritte Grund für die Kluft zwischen den Geschlechtern bestehe darin, dass manche FROs „politisches Engagement für ‚riskant‘ halten und nicht mit der Politik in Verbindung gebracht werden wollen“. Der vierte Ansatz stellt die Ungleichheit der Geschlechter bei der politischen Teilhabe in den Mittelpunkt und betrachtet die Frage der Exklusion und Diskriminierung als ein politisches Problem.¹¹

Die Frauenbewegung in der Türkei ist nach Religions-, Volks- und Klassenzugehörigkeit vielfach aufgespalten, wobei sich die FROs auch an verschiedenen politischen Richtungen orientieren (kemalistisch, sozialistisch, liberal, feministisch, islamistisch und kurdisch). Interessanterweise sind die FROs jedoch in der Lage, zusammenzuarbeiten, wenn es um den Kampf gegen

die Geschlechterhierarchie geht. Dies könnte allerdings auch ein Nachteil für die Bewegung sein, da sich hieraus eine Internalisierung eines unternehmerischen politischen Führungsstils entwickeln könnte.¹²

ANNÄHERUNG AN EUROPA STÄRKT DIE ZUSAMMENARBEIT

Ein letztes heißes Thema, das hier unter dem Aspekt der Zivilgesellschaft diskutiert werden soll, ist die potenzielle Mitgliedschaft des Landes in der Europäischen Union (EU). Obwohl oft vermutet wird, dass die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft die Demokratisierung in der Türkei voranbringen könne, indem sie die Beziehungen zwischen dem Staat und der Zivilgesellschaft ändere, zeigt Ahmet İcduygu, Soziologe und Professor für Internationale Beziehungen, die Grenzen dieser These auf: „Bei ihrer Beteiligung an der Integration in die EU haben sich die Verbände weitgehend auf interessenbezogene, pragmatische Ansätze konzentriert, wie Kapazitäten aufzubauen, finanzielle Mittel einzufordern bzw. bereitzustellen oder für die EU zu werben.“¹³ Das Engagement der Verbände sollte jedoch „über Fragen der organisatorischen Stärkung oder die Förderung der EU hinausgehen“ und „die Anstrengungen zur Stärkung der Verbände zu einem Beitrag zu den normativen Aspekten der Zivilgesellschaft in den Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft sowohl in der Türkei als auch in Europa wandeln“.¹⁴ Bislang genießen aber die praktischen Aspekte dieses Engagements Priorität vor den normativen Dimensionen.

Die Wirtschaftswissenschaftlerin Selcen Öner bietet eine andere Analyse. Auf der Grundlage von Gesprächen mit einigen führenden türkischen Verbänden vertritt sie die Meinung, dass die normative Dimension des Engagements der Verbände mit Blick auf die Annäherung an die EU so schwach nicht sein könne. Kernpunkt ihrer Analyse ist die Unterscheidung zwischen „EUisierung“ und „Europäisierung“, wobei die „EUisierung“ ein formeller Prozess der Anpassung an das Recht, die Politik und die Institutionen der EU ist, wohingegen „Europäisierung“ einen von innenpolitischen Akteuren verwendeten „breiteren normativen und soziopolitischen Kontext“ darstellt.¹⁵ Aus dieser theoretischen Perspektive „besteht trotz der Langsamkeit der Verhandlungen zwischen der Türkei und der EU die ‚Europäisierung als Kontext‘ immer noch weiter, die den Verbänden eine Atmosphäre des sozialen Lernens sowie einen inhaltlichen Kontext bietet“.

Die Fortschrittsberichte der EU-Kommission und die Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte stellen für die türkische Zivilgesellschaft immer noch wesentliche Bezugspunkte dar. Das gilt sogar für die Gegner einer EU-Mitgliedschaft in der Türkei. Ein weiterer, von den türkischen Verbänden besonders hoch eingeschätzter Aspekt besteht in der Annahme, dass der Annäherungsprozess an die EU dabei helfe, ideologische

Differenzen und Polarisierungen in der türkischen Zivilgesellschaft zu überwinden. In der Tat zeichnet sich unter anderem ab, dass sich unter dem Einfluss der Europäisierung bei den türkischen Verbänden allmählich eine Kultur der Zusammenarbeit entwickelt hat.

Die Finanzierung ist für die türkischen Verbände ein großes Problem. Einige behaupten, dass die Behörden manchen Verbänden bevorzugt Mittel zur Verfügung stellten. Daher ist es nicht überraschend, dass die „EU die Haupteinnahmequelle für die türkische Zivilgesellschaft darstellt“. Diese Auffassung ist jedoch unter den türkischen Verbänden umstritten: Einige betonen die Bedeutung der finanziellen Autonomie für die institutionelle Unabhängigkeit, verlassen sich auf freiwillige Spenden sowie Mitgliedsbeiträge und sind gegen eine staatliche Finanzierung, ganz gleich, ob sie aus der Türkei, aus dem Ausland, von internationalen Organisationen oder der EU stammt.

Übersetzung aus dem Englischen: Wilfried Becker, Germersheim

¹ Fine, Robert: „Civil Society Theory, Enlightenment and Critique“, in: *Civil Society Democratic Perspectives*, hrsg. von Robert Fine und Shirin Rai, Frank Cass., London 1997, S. 7.

² Ehrenberg, John: *Civil Society: The Critical History of an Ideal*, New York University Press, New York 1999.

³ İçduygu, Ahmet / Meydanoğlu, Zeynep / Sert, Deniz S.: *Türkiye’de Sivil Toplum: Bir Dönüm Noktası*, Istanbul 2011, S. 61–62.

⁴ Ebd.

⁵ Sarkissian, Ani / Özler, Ş. İlgü: „Democratization and the Politicization of Religious Civil Society in Turkey“, in: *Democratization*, 2013, Bd. 20, Nr. 6, S. 1014–1035.

⁶ Ebd., S. 1021–22.

⁷ Gençoğlu Onbaşı, Funda: „Güçlü Devlet-Zayıf Toplum İlişkisi, Hayırseverlik ve Yoksulluk“, 7. Uluslararası STK’lar Kongresi: Çanakkale On sekiz Mart Üniversitesi Çanakkale, 03.12.–05.12.2010, Tagungsband, S. 389–393.

⁸ <http://www.ka-der.org.tr/tr-TR/Page/Show/400/istatistik.html>.

⁹ Coşar, Simten / Gençoğlu Onbaşı, Funda (2008): „Women’s Movement in Turkey at a Crossroads: From Women’s Rights Advocacy to Feminism“, in: *South European Society and Politics*, 13:3, S. 325–344.

¹⁰ Sener, Tulin: „Civic and Political Participation of Women and Youth in Turkey: An Examination of Perspectives of Public Authorities and NGOs“, in: *Journal of Civil Society*, Bd. 10, Ausgabe 1, 2014, S. 69–81, DOI: 10.1080/17448689.2013.862083.

¹¹ Ebd., S. 75.

¹² Coşar, Simten / Gençoğlu Onbaşı, Funda: „Women’s Movement in Turkey at a Crossroads“.

¹³ İçduygu, Ahmet: „Interacting Actors: The EU and Civil Society in Turkey“, in: *South European Society and Politics*, Bd. 16, Ausgabe 3, 2011, S. 381–394, S. 384, DOI: 10.1080/13608746.2011.598351.

¹⁴ Ebd., S. 392.

¹⁵ Öner, Selcen: „Internal factors in the EU’s transformative power over Turkey: the role of Turkish civil society“, in: *Southeast European and Black Sea Studies*, Bd. 14, Ausgabe 1, S. 23–42, DOI: 10.1080/14683857.2014.882089 (weitere Zitate und Bezüge aus den Seiten 34 bis 38 dieser Quelle).

„Neue Türkei“

Über Tendenzen der Entsäkularisierung

YAŞAR AYDIN

Geboren 1971 in Artvin (Türkei), Sozialwissenschaftler, Lehrbeauftragter an der HafenCity Universität in Hamburg. Neben Fachbeiträgen zu Türkei und Migration schreibt er Kommentare für türkische („Hürriyet Daily News“) und deutsche Zeitungen („Der Freitag“).

Ist die Türkei mit ihrer fast ausschließlich muslimischen Bevölkerung, islamisch geprägten Gesellschaft und ihren religiös orientierten Machteliten noch ein laizistischer Staat?¹ Vielen Beobachtern scheinen Staat und Gesellschaft einer fortdauernden Entsäkularisierung, gar einer Islamisierung ausgesetzt. Wie irreversibel solche Entwicklungstrends sind, lässt sich nicht eindeutig sagen. Nur so viel steht fest:

Die seit 2002 allein regierende AKP (*Adalet ve Kalkınma Partisi*) hat in den letzten Jahren zunehmend islamisch motiviert agiert.

Im Gegensatz zum französischen Laizismus, der das Ergebnis langwieriger religiös-politischer Konflikte ist, nahm die türkische Säkularisierung² ihren Ausgangspunkt in der Europäisierung ihres Rechtssystems im

19. Jahrhundert. Der durch die Adaption europäischer Gesetze erzeugte Dualismus in der osmanischen Rechtsordnung (säkulares Recht versus Scharia) endete 1930, als alle Schariagesetze durch Zivilgesetze ersetzt wurden.

Der Republikgründung (1923) folgten die Abschaffung des Kalifats und des dualen Unterrichtswesens (*tevhid-i tedrisat*) 1924 und ein Jahr später das Verbot islamischer Orden. 1928 wurde der Islam als Staatsreligion aus der Verfassung gestrichen, 1931 wurde die Ausbildung von Religionslehrern und 1938 der Religionsunterricht in allen Dorfschulen eingestellt, nachdem 1937 das Laizismusprinzip in der Verfassung verankert worden war. Staatspräsident Mustafa Kemal Atatürk orientierte sich bei seinen radikalen Top-down-Reformen am französischen Laizismus der Dritten Republik, und er zielte darauf, die Religion einer strikten staatlichen Kontrolle zu unterwerfen, sie weitgehend aus der Öffentlichkeit zu verbannen und auf eine private Angelegenheit zu reduzieren.

AMBIVALENZEN DES TÜRKISCHEN LAIZISMUS

Für die vollzogene Trennung zwischen Staat, Recht und Religion kannte die „Islamische Welt“ keinen Präzedenzfall. Prophet Mohammed gründete den ersten arabischen Staat auf der Grundlage des Islam, dem er als geistlicher und weltlicher Machthaber vorstand. Wenngleich die türkische Staatstradition eine Aufteilung in das Reich Gottes und das Reich des Kaisers nicht kannte, wurde kein türkischer Herrschaftsverband, weder das *Seldschukische* noch das *Osmanische Reich*, auf einer islamischen Grundlage gegründet. Erst nachträglich begann die Religion, eine Rolle im Herrschaftsgefüge zu spielen. Im *Osmanischen Reich* gehörte der Scheich ül-Islam als Haupt in der Hierarchie der Religionsgelehrten zugleich der Staatsbürokratie an. Die Unterordnung der Religion gegenüber dem Staat – ein Charakteristikum auch der Republik Türkei³ – führte dazu, dass der Islam hier zu einer Art Weltanschauung weiterentwickelt wurde, die auf der ideologischen Ebene mit den Bedürfnissen des Staates konform sein sollte.

Die kemalistischen Reformen privatisierten einerseits den Islam, andererseits werteten sie ihn als Bestandteil der türkischen Identität auf und betrachteten ihn – neben dem Nationalismus – als zweite Legitimationsressource. Die Politisierung des Islam „von oben“ bewirkte nach dem Übergang zum demokratischen Mehrparteiensystem eine Politisierung „von unten“.

Der türkische Premier Adnan Menderes (1950 bis 1960) steht bis heute in der Kritik, die religiösen Gefühle der Bevölkerung parteipolitisch instrumentalisiert und der Politisierung „von unten“ Vorschub geleistet zu haben. Tatsächlich bewirkte er aber die Integration des Islam in das politische System. Insofern ist es als Menderes' Verdienst zu betrachten, dass der Islamismus als politische Kraft in der Türkei nicht als revolutionäre Untergrundbewegung

entstanden ist, sondern sich aus einem demokratisch-parlamentarischen Umfeld heraus konstituiert hat. Ende der 1960er-Jahre machte Necmettin Erbakan (1926 bis 2011) von sich reden, der an der Spitze der *Nationalen Heilspartei* für den Schutz konservativer Moralvorstellungen eintrat, gegen die seit 1964 bestehende Assoziierung der Türkei mit der Europäischen Gemeinschaft polemisierte, den „Zionismus“ und die „israelfreundliche Politik“ der USA anprangerte.

SYNTHESE VON ISLAM UND NATIONALISMUS

Nach dem Militärputsch von 1980 wurde die *Türkisch-Islamische Synthese* zur offiziellen Ideologie des Staates, die den Islam und den türkischen Nationalismus miteinander verschweißt. In der Folge wurden religiöse Dienstleistungen ausgeweitet, der fakultative Religionsunterricht zum verpflichtenden Fachangebot aller Schulen erklärt und die staatliche Religionsbehörde Diyanet instrumentalisiert, das heißt zur Förderung der nationalen Solidarität und sozialen Integration genutzt. All dies erzeugte eine soziopolitische Atmosphäre, welche die Entfaltung einer islamischen Geschäftswelt sowie eine partielle Islamisierung der Öffentlichkeit begünstigte. Davon profitierte Erbakans Wohlfahrtspartei ebenso wie von den sozialen Verwerfungen einer liberalen Marktwirtschaft und den Begleiterscheinungen einer zunehmenden Konsumorientierung der Gesellschaft, sodass sie 1995 die Parlamentswahlen gewann. Die AKP, die sich von Erbakan absetzte, nutzte das Zerwürfnis der Regierungsparteien, die Missstimmung in der Bevölkerung aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise (2001) und der Korruptionsvorwürfe, um sich 2002 mit 34 Prozent der Stimmen zur stärksten politischen Kraft des Landes aufzubauen.

HEGEMONIE GEGENÜBER DEM KEMALISTISCHEN MACHTBLOCK

Die Türkei ist seit Machtantritt der AKP einem Wandlungsprozess ausgesetzt, der schon jetzt mit deutlichen politischen, wirtschaftlichen und institutionellen Machtverschiebungen einhergegangen ist. Gestützt auf eine neue, islamisch geprägte Machtelite und religiös-konservative Unternehmerschicht, konsolidierte die islamisch-konservative AKP Schritt für Schritt ihre Hegemonie gegenüber dem alten kemalistisch-laizistischen Machtblock und seinen Institutionen. Während das Militär und die Justiz, die in der Türkei als Bastionen des Kemalismus und Laizismus galten, immer mehr unter die Kontrolle der Politik gerieten, erweiterte der institutionalisierte Islam seinen Handlungs- und Betätigungsspielraum, sunnitisch-islamisch geprägte Wertvorstellungen

und Leitbilder gewannen auch in der Öffentlichkeit an Bedeutung, während säkulare Prägungen mehr und mehr zurückgedrängt wurden. Der von Staatspräsident Erdoğan eingeführte Begriff „Neue Türkei“ soll diesem Wandel Nachdruck verleihen.

Die Entsäkularisierung lässt sich mit einer Vielzahl von Beispielen illustrieren:

Erstens: Imam-Hatip-Schulen. Diese Schulen nehmen im türkischen Schulsystem eine Sonderstellung ein, sie qualifizieren nicht nur für die Laufbahn des Predigers und Imams, ihre Absolventen sind mit Ausnahme von Militäarakademien zu allen Studiengängen an türkischen Hochschulen zugangsberechtigt. Mit der Schulreform (1997), die die Pflichtschulbildung auf acht Jahre heraufsetzte, ging eine Marginalisierung der *İmam-Hatip-Schulen* einher; ihre Schülerzahl sank von über 500.000 vor der Schulreform auf 64.000 im Schuljahr 2002/2003. Die AKP-Regierung unternahm Anstrengungen, um die Bedingungen der *İmam-Hatip*-Schüler zu verbessern (Gesetz Nr. 5171), die zunächst am Veto des Staatspräsidenten und des Staatsrats scheiterten. Erst 2011 konnte eine Neuregelung des Hochschulzugangs durchgesetzt werden, wodurch erneut den Absolventen dieser religiösen Schulen alle Fakultäten offenstehen. Ihre Besucherzahl stieg im Schuljahr 2013 bis 2014 auf knapp über 450.000 an – eine Entwicklung, die säkulare Kreise als Islamisierung des Bildungswesens vehement kritisieren.

Zweitens: Ehebruch-Gesetz. Das türkische Strafgesetz aus dem Jahr 1926 stellte den Ehebruch für beide Geschlechter unter Strafe (Paragrafen 440, 441). In einem Urteil von 1996 erklärte das türkische Verfassungsgericht das Ehebruchgesetz als unvereinbar mit der Geschlechtergleichheit. Nach der Regierungsbildung unternahm die AKP Anstrengungen, den Ehebruch erneut unter Strafe zu stellen. Erst als die Europäische Union, die türkische Opposition, der westlich-säkulare Unternehmerverband TÜSİAD (*Türk Sanayicileri ve İşadamları Derneği*, Vereinigung türkischer Industrieller und Geschäftsleute) und liberale Intellektuelle den Vorstoß als Privilegierung islamischer Lebensstile kritisierten, zog die AKP-Regierung den Gesetzesentwurf zurück, das neue türkische Strafrecht erschien ohne einen Paragrafen zum Ehebruch (26. September 2004).

Drittens: Aufhebung des Kopftuch-Verbots. Bis 2007 unternahm konservativ-liberale Regierungen erfolglos mehrere Gesetzesinitiativen, um das Kopftuchverbot für Studentinnen aufzuheben. 2007 wurde mit einer Anordnung des Hochschulrates das Kopftuchverbot an Universitäten außer Kraft gesetzt. Durch die Änderung der Kleiderverordnung im Rahmen eines „Demokratisierungspakets“ (1. Oktober 2013) wurde das Kopftuchverbot auch für Beamtinnen und Rechtsanwälte aufgehoben, davon ausgenommen sind die Streit- und Polizeikräfte sowie Staatsanwälte.

Viertens: Bevorteilung religiös-konservativer Lebensstile. Die AKP-Regierung wird kritisiert, traditionelle beziehungsweise religiöse Lebensstile

zu begünstigen. Studien belegen, dass in Provinzstädten der konservative Konformitätsdruck auf säkular orientierte Menschen, Christen, Juden und Aleviten besonders einschüchternd wirkt. Eine vollständige freie Religionsausübung für Christen ist bisher nicht gewährleistet.⁴ Regelungen wie etwa die Einschränkung des Alkoholausschanks, Vorstöße der Regierung, die Abtreibung zu verbieten, sowie die Ankündigung, eine religiöse Jugend heranziehen zu wollen, nähren den Verdacht einer bewussten Islamisierung. Zuletzt ist die türkische Religionsbehörde Diyanet,⁵ die auch in Deutschland vertreten ist, mit ihren Rechtsgutachten in Kritik geraten; in diesen ermahnte die Behörde etwa verlobte Paare und Frauen, öffentlich nicht die Hände zu halten oder kein Augenbrauen-Shaping zu betreiben.⁶

NEO-OSMANISMUS

Die AKP-Führung betont die religiöse Identität des Landes und hebt etwa gegenüber den muslimischen Ethnien und Nationen auf dem Balkan, im Kaukasus und im Nahen Osten das „gemeinsame historische und kulturelle Erbe“ hervor, das die Türkei mit ihnen verbinden soll. Diese als „Neo-Osmanismus“ etikettierte Haltung kommt exemplarisch in jener Rede Erdoğan's zum Ausdruck, die er nach den Parlamentswahlen am 12. Juni 2011 gehalten hat. Darin stellte er den Wahlerfolg der AKP als einen „Sieg der Muslime“ dar und sandte Grüße an Länder und Städte, die einst dem Osmanischen Reich angehörten.

Der Annäherungskurs an arabische Staaten sowie die Unterstützung der Hamas in Palästina, der Muslimbrüder in Ägypten und dschihadistischer Formationen in Syrien war nicht allein auf die Erschließung neuer Absatzmärkte gerichtet. Er wird von einem religiös-kulturalistischen Diskurs flankiert, der explizit anti-westliche Züge trägt. In den programmatischen Schriften der Entscheidungsträger herrscht eine Fundamentalkritik an der westlichen Moderne und der gesellschaftlichen Wirklichkeit im Westen vor.

„NEUE“ TÜRKISCHE DIASPORAPOLITIK

Eine ähnliche religiöse Orientierung kommt auch in der neuen türkischen Diasporapolitik zum Vorschein. Diese birgt – aufgrund der ihr impliziten konservativen Sozialmoral – die Gefahr, die kulturellen Fragmentierungen innerhalb der türkischstämmigen Diaspora in Deutschland zu verfestigen. Die „neue“ türkische Diasporapolitik und die sie begleitende Rhetorik sind weniger geeignet, die türkischstämmige Diaspora in Deutschland in ihrer kulturellen, religiös-konfessionellen und ethnischen Vielfalt anzusprechen.

Die Verfestigung islamisch-konservativer Wertvorstellungen innerhalb der türkischen Gesellschaft und der türkischen Eliten ist unverkennbar. Die Entsäkularisierung, die bereits in den 1950er-Jahren einsetzte, intensiviert und äußert sich ab 2002 in einer Vielzahl von Gesetzen, Maßnahmen und Diskursen. Gleichwohl lässt sich die aktuelle Situation auch als Chance begreifen, das „republikanische Modell“ des Laizismus zu überdenken. Die Türkei braucht einen liberal pluralistischen Laizismus, der die moralische Gleichheit aller Bürger und die Gewissensfreiheit achtet. Es wäre im Sinne einer konstruktiven Weiterentwicklung sinnvoll, an dem normativen Kern des bisherigen Laizismus – Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit – festzuhalten und ihn um ein weiteres Ziel zu ergänzen: das Bemühen um möglichst vernehmliche Beziehungen zwischen Anhängern verschiedener Religionen, Konfessionen und Weltanschauungen, die auch in einem säkularen System eine ethisch stabilisierende Rolle spielen können.

- ¹ Artikel 2 der türkischen Verfassung von 1982 definiert die Republik Türkei als einen „demokratischen, laizistischen und sozialen Rechtsstaat“.
- ² Säkularisierung bezieht sich auf den europäischen Prozess der schrittweisen Verselbstständigung der Individuen, des Staates und weiterer gesellschaftlicher Bereiche gegenüber der Religion sowie der Loslösung der Werte und Normen von religiösen Glaubensinhalten.
- ³ Ein Urteil des Verfassungsgerichts von 1971 bestätigte die Kontrolle der Religion durch den Staat.
- ⁴ Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union lösten in der Türkei kontroverse Diskussionen sowie anti-europäische und anti-amerikanistische Diskurse aus. Zeitgleich entstand eine säkular-nationalistische Populärkultur, bestehend aus nationalistischen Historien- und Science-Fiction-Romanen sowie aus Sachbüchern über vermeintliche Verschwörungen westlicher Mächte gegen die Türkei. In ultra-nationalistischen Medien wurde exzessiv über angebliche missionarische Umtriebe Griechenlands berichtet. In dieser aufgeheizten Atmosphäre wurden in Trabzon an der Schwarzmeerregion ein italienischer Priester (Don Santoro, 5. Februar 2006) tödlich verletzt, der prominente türkisch-armenische Journalist Hrant Dink nach einer Anklage wegen Beleidigung des Türkentums (19. Januar 2007) sowie drei christliche Mitarbeiter des Zirve-Verlags in Malatya (18. April 2007) ermordet.
- ⁵ Das Präsidium für religiöse Angelegenheiten (*Diyanet İşleri Başkanlığı*) ist direkt dem Ministerpräsidenten unterstellt, der auch den Amtsinhaber des Präsidiums vorschlägt. Es hat den Charakter einer Staatskirche, deren Aufgabe es ist, die Bevölkerung über religiöse Fragen aufzuklären, die Moscheen und seit 1971 auch die Korankurse zu verwalten. In Deutschland koordiniert die *Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V. (Diyanet İşleri Türk İslam Birliği, DİTİB)* als bundesweiter Dachverband die religiösen, sozialen und kulturellen Tätigkeiten der angeschlossenen Moscheegemeinden. Sie untersteht der Leitung, Kontrolle und Aufsicht der *Diyanet* in der Türkei.
- ⁶ Vgl. Lars Wienand: „Türkische Religionsbehörde warnt Verlobte vor Händchenhalten“, in: Berliner Morgenpost, 04.01.2016, und „Pinzetten-Fatwa empört Türcinnen: Augenbrauen-Shaping soll Sünde sein“, n-tv, 04.02.2016.

Neue Terrorwelle

Hüseyin Bağcı über die Bedrohungslage in der Türkei

HÜSEYİN BAĞCI

Geboren 1959 in Uzunköprü (Provinz Edirne, Türkei), Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, Professor für Internationale Beziehungen an der Middle East Technical University, Ankara (Türkei).

Seit dem vergangenen Sommer wird die Türkei von einer neuen Terrorwelle erfasst. Erlebt das Land auch eine neue Dimension des Terrors?

Hüseyin Bağcı: In der Tat erleben wir eine neue Phase des Terrorismus in der Türkei! Zum ersten Mal seit Jahren hat

die türkische Armee freie Hand. Die Regierung unterstützt die Operationen der Armee gegen terroristische Angreifer. Die PKK hat meiner Meinung nach das Vertrauen der türkischen Regierung und des türkischen Staates verletzt. Auf absehbare Zeit wird es wohl zwischen den Akteuren ausschließlich Kämpfe und keine Verhandlungen geben. Die Hauptstadt Ankara ist zum Ziel des Terrorismus geworden. Das ist sicherlich eine neue Dimension, und man erwartet dort weitere Bombenangriffe. Von Bedeutung sind die Entwicklungen im Nordirak, da diese die türkische Politik maßgeblich beeinflussen. Ob dies wieder einen Schritt zurück in



Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung/Gamradt

alte Zeiten bedeutet, das weiß ich nicht. Was ich weiß, ist: Die Türkei bringt neue Technologien zum Einsatz, um die PKK zu bekämpfen. Und die PKK selbst nutzt ebenfalls aktuelle technologische Entwicklungen, von sozialen Medien bis hin zu neuen Waffengattungen, die man zuvor weder gekannt noch genutzt hat. Ja, wir haben es mit einer neuen Qualität des Terrorismus in der Türkei zu tun.

Was halten Sie von der Ankündigung des türkischen Staatspräsidenten, den Terrorismusbegriff auszuweiten?

Hüseyin Bağcı: Der Begriff „Terrorismus“ ist nicht erst jetzt ausgeweitet worden. Kennzeichnend für eine solche Umdeutung war bereits die Reaktion auf die Unterzeichnung einer Petition gegen die türkische Kurdenpolitik im Januar von

mehr als tausend Akademikern, die als Unterstützung einer terroristischen Vereinigung gebrandmarkt wurde; gegen die Unterzeichner gab es teilweise sogar Strafen, wobei diese Sache noch nicht zu Ende ist. Das türkische Verfassungsgericht kann seine Kompetenz geltend machen und die letzten Entscheidungen treffen.

Diese neue Definition des Terrors könnte durchaus zur Ausweitung der Machtposition Erdogans führen. Auf der anderen Seite erwarten die Menschen in der Türkei, dass massiver gegen den Terrorismus vorgegangen wird. Sie haben genug vom Terror und fordern, dass diejenigen, die mit dem Terror direkt oder indirekt verbunden sind, bestraft werden.

Könnten Sie für unsere deutschen Leser das terroristische Bedrohungsszenario in der Türkei skizzieren?

Hüseyin Bağcı: Die PKK ist eine Organisation, die aus drei Organen besteht. Zunächst existiert sie als militärische Organisation, dann als Partei, das ist die HDP, die über 59 Abgeordnete im Parlament verfügt, und drittens als Jugendorganisation KCK. Entscheidungen werden hauptsächlich durch den inhaftierten PKK-Anführer Abdullah Öcalan getroffen. Die militärische Seite der PKK hat den Friedensprozess in den letzten Jahren missbraucht. Die PKK, und das ist auch die allgemeine Wahrnehmung innerhalb der Türkei, möchte ihre Freiheit nicht auf demokratische, sondern auf gewaltsame Art und Weise erreichen. Das ist der Grund, warum die Türkei mit ganzer Kraft gegen die PKK vorgeht und weiterhin den Kampf führen wird. Die Bestrebungen der PKK zielen am Ende nicht auf eine Autonomie, sondern auf einen unabhängigen Staat. Deshalb entschieden Regierung und Staatspräsident, massiv gegen die PKK vorzugehen. Seit drei Jahren ist es nicht mehr vorgekommen, dass die Regierung die PKK mit solcher Härte bekämpft hat. Wenn man überhaupt eine Analyse wagen sollte, sehen wir die Ursache in einem vollständigen gegenseitigen Vertrauensverlust während des Friedensprozesses. Dieser hatte in der Türkei sehr große Hoffnungen geweckt und ist jetzt gescheitert. Ich denke, alle Beteiligten, sowohl die kurdischen Politiker als auch die PKK sowie die Regierung und der Staatspräsident, sind verantwortlich dafür, dass es nicht mehr weitergeht. Deswegen ist ein neuer Terrorismus, der jetzt in den Städten entsteht und der auf die türkische Regierung zielt, mit einem Aufstand vergleichbar. Allerdings nicht mit einem Volksaufstand, sondern mit einem Aufstand des militärischen Arms der Kurden-

bewegung. Die PKK bleibt für die Türken eine terroristische Organisation, und die Regierung und der Präsident instrumentalisieren diese Zuschreibung, um ihre Politik fortzusetzen. Diese Entwicklung wird der Türkei, der Demokratie und auch der wirtschaftlichen Entwicklung der Region sehr schaden. Am Ende des Tages gibt es auf keiner Seite Gewinner.

Das würde bedeuten, dass die Aktionsweise der PKK auch der Kurdenpartei, der HDP, schadet?

Hüseyin Bağcı: Richtig! Die HDP ist eine Hoffnung für die nationalen Wahlen gewesen, und sie hatte mehr als vier Millionen Stimmen erhalten. Aber bei den Wahlen am 1. November 2015 sind ihr eine Million Wähler davongelaufen. Ihr Vorsitzender, Selahattin Demirtaş, war ein Politiker, der von allen gesellschaftlichen Gruppen sehr respektiert wurde; aber durch die militärischen Angriffe der PKK haben Demirtaş und seine Partei ihre Glaubwürdigkeit verloren. Die Friedensrhetorik der HDP wird nicht mehr ernst genommen. Ob sie wieder Unterstützung bekommen wird, ist eine große Frage. Aber wenn heute Wahlen wären, würde die HDP höchstwahrscheinlich aus dem Parlament ausscheiden.

Inzwischen ist es so, dass auch im Parlament gegen die HDP vorgegangen wird, indem man ihren Abgeordneten die Immunität entziehen will. Das ist eine Entwicklung, die vielen von uns noch starke Kopfschmerzen bereiten wird.

Worin liegen die Ursachen für die neue Terrorwelle und welche Rolle spielen der Krieg in Syrien und der Kampf gegen den IS auf der einen und militante

Autonomiebestrebungen der Kurden auf der anderen Seite?

Hüseyin Bağcı: Die PKK hat eine längere Geschichte, seit 1984 kämpft die Türkei gegen die PKK. Was in Syrien und im Irak passiert, sind neue Entwicklungen, die aber Einfluss auf die Kurdenbewegung haben. Die PKK wird durch ihre jüngste Politik viel Sympathie nicht nur in der Türkei, sondern auch im Ausland verlieren; dort hatte sie während des Friedensprozesses große Sympathie genossen. Die Türkei wird keine Autonomie gewähren – das ist weder verfassungsgemäß, noch ist es politisch realistisch. Die Öffentlichkeit in der Türkei ist sehr verärgert über die PKK, die alle Friedenshoffnungen zerstört hat. Das heißt, die Türkei wird mit den Kurden im Norden Iraks zusammenarbeiten. Zu Talabani und Barzani gibt es hervorragende Beziehungen. Über 500 türkische Firmen mit über 35.000 Beschäftigten arbeiten dort. Da gibt es eine florierende Wirtschaft auf der Grundlage der Zusammenarbeit zwischen der Türkei und dem Autonomiegebiet im Norden des Irak.

Was den Dschihadismus und die ISIS angeht, so haben wir es hier mit einer umfassenden Problematik zu tun, die nicht nur die Türkei betrifft, sondern die ganze Region und ebenso den Westen.

Sehen Sie die Möglichkeit einer europäisch-türkischen Kooperation gegen den internationalen Terrorismus? Auch europäische Dschihadisten reisen über die Türkei zum IS.

Hüseyin Bağcı: Natürlich! In den letzten Jahren wurde die Türkei international so wahrgenommen, als ob sie die Islamisten in Syrien unterstütze und ein Auge zu-

drücke gegenüber den ausländischen Kämpfern, die über die Türkei einreisen. Tatsache ist aber, dass die Türkei seit 2014 mit dem Westen zusammenarbeitet; vielleicht ist sie sogar das einzige Land, das mit dem Westen im weitesten Sinne kooperiert. Gerade war der türkische Ministerpräsident in Brüssel und hat sich mit den europäischen Regierungsvertretern auf ein Flüchtlingsabkommen geeinigt; und auch den Kampf gegen den internationalen Terrorismus führt die Türkei mit Europa zusammen. Das Problem der Türkei, die sich immer noch als demokratische und offene Gesellschaft versteht, war in den letzten Jahren: Man durfte die Menschen nicht daran hindern, einzureisen. Alle diese ausländischen Kämpfer sind natürlich über die Türkei nach Syrien und in den Irak gegangen. Das ist Fakt, aber jetzt ergreift die Türkei neue Maßnahmen, zum Beispiel Grenzsicherungen. Es sind neue Mauern entstanden, es werden mehr AWACS und Beobachtungssatelliten eingesetzt, die Grenzen werden noch schärfer kontrolliert als vor ein paar Jahren. Es ist schwierig, eine Zahl zu nennen, wie viele Kämpfer durch die Türkei gereist sind, aber die Zahl wird zurückgehen, je intensiver die Türkei mit der Europäischen Union, aber auch mit Interpol kooperiert.

Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus verbindet die USA und die Türkei. Andererseits unterstützen die Amerikaner die syrischen Kurden.

Hüseyin Bağcı: Die Amerikaner und die Türken haben unterschiedliche Interpretationen von der Kurdenproblematik. Das heißt, für die Türken sind die Kurden in Syrien „böse“, für die Amerikaner und

Russen sind sie „gute Kurden“. Die PYG wird weiterhin in der syrischen Politik aktiv sein, auch bei den Verhandlungen in Genf. Die Verbindungen zwischen PYG und PKK sind inzwischen bekannt. Wir wissen, dass es organische Beziehungen gibt. Trotzdem ist die Frage, inwiefern man die Aktionen der Kurden in der Türkei und in Syrien vergleichen kann. Es ist eine historische Tatsache, dass die Kurden auf beiden Seiten miteinander verwandt sind. Die bestehenden Grenzen wurden erst nach dem Ende des Ersten Weltkrieges gezogen.

Aber interessanterweise sind die Kurden im Norden Iraks nicht auf derselben Linie mit der PKK, selbst wenn sich die Peschmerga und die PKK im Kampf gegen den IS gegenseitig unterstützt haben. Die nordirakischen Kurden unterhalten aber Beziehungen zur türkischen Regierung. Deswegen gibt es unter den Kurden keine einheitliche Meinung. Auch vor diesem Hintergrund wird es im mittleren Osten keinen kurdischen Staat geben, wohl aber einige Autonomiegebiete – im Irak und in Syrien. Aber die Iraner und Türken werden in ihren Grenzen keine Autonomiegebiete dulden.

Was bedeutet die terroristische Bedrohung für die Deutschen und für das deutsch-türkische Verhältnis? Das Auswärtige Amt rät auf seiner Homepage zu erhöhter Vorsicht.

Hüseyin Bağcı: Die Deutschen reagieren besonders sensibel. Die Schließung von deutschen Einrichtungen in der Türkei resultiert aus einem Bedrohungsgefühl, das sich aller Voraussicht nach nicht bewahrheiten wird. Würde sich der PKK-Terrorismus gegen Europa, besonders

gegen Deutschland, richten, wäre das für die türkische Regierung eigentlich von Vorteil, weil die PKK dort sehr viele Sympathien verlöre. Das wissen alle Beteiligten. Und die deutsch-türkischen Beziehungen werden vom internationalen Terrorismus beeinträchtigt sein – und zwar auch so, dass man innerhalb der Türkei keine Instabilität will. Denn eine Instabilität in der Türkei würde sich – aufgrund der engen Sonderbeziehungen zwischen beiden Ländern – destabilisierend auch auf Deutschland auswirken. So gesehen, ist die türkische Regierung sicherlich der Gewinner dieser neu entstandenen Lage. Vieles – von der Pressefreiheit bis zur Meinungsfreiheit – wird vor dem Hintergrund des Terrorismus neu definiert und interpretiert, wie ich es bereits mit dem Begriff „Terrorismus“ beschrieben habe. Man muss abwarten, wie die türkische Gesellschaft, aber auch die extremistischen Kräfte darauf reagieren. Aber eines ist sicher: Die Türkei bleibt vorerst ein Ziel des PKK-Terrorismus und des internationalen Terrorismus. Das ist auch ein Grund dafür, dass die Türkei plötzlich als Schlüsselkraft einer Krisenregion angesehen wird, die verhindern könnte, dass der Terrorismus in großem Ausmaß nach Europa transferiert wird. Um das zu leisten, braucht man natürlich deutsche Hilfe und die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union.

Die Fragen stellte Rita Anna Tüpper am 17. März 2016.

Die Thesen des Interviews werden in weiteren Beiträgen der kommenden Ausgabe zur Diskussion gestellt.

Hoffnung auf Wiedervereinigung

Die türkisch-griechischen Beziehungen und die Zypern-Frage

MICHAEL MARTENS

Geboren 1973 in Hamburg, seit 2009
Korrespondent der „Frankfurter
Allgemeinen Zeitung“ in Istanbul (Türkei).

Soll man sich für das Zypern-Problem interessieren? Lohnt das überhaupt? Diese Fragen mögen zynisch klingen, doch viele erfahrene Beobachter des politischen Geschehens auf der vor den Küsten Syriens und der Türkei gelegenen drittgrößten Insel des Mittelmeeres haben die Hoff-

nung aufgegeben, dass sich die Teilung des südöstlichsten Mitglieds der Europäischen Union (EU) je werde überwinden lassen. Mehr noch: Sie haben das Interesse an dem Prozess verloren. Seit Jahrzehnten hat es immer wieder Verhandlungen über eine Wiedervereinigung gegeben, doch alle sind gleichermaßen gescheitert. Am deutlichsten wurde dieses Scheitern bei dem Referendum über den sogenannten Annan-Plan im April 2004. Dieser nach dem damaligen UN-Generalsekretär

benannte Plan sollte die seit 1974 bestehende Teilung der Insel überwinden. Im Sommer 1974 besetzten türkische Truppen den Norden Zyperns, um den drohenden Anschluss des Inselstaates an Griechenland zu verhindern und die türkischen Zyprier vor Übergriffen zu schützen. Stattdessen wurden nun Griechen aus dem Inselnorden vertrieben, sie verloren Haus und Hof, einige sogar ihr Leben. Andererseits flohen auch fast alle Türken aus dem griechischen Teil der Insel. So kam ein Drittel Zyperns unter Kontrolle des türkischen Militärs. Der Annan-Plan sah den nahezu vollständigen Abzug der türkischen Besatzungstruppen vor, die zu Zehntausenden im Norden der Insel stationiert waren und immer noch sind. Sogar die türkische Regierung unterstützte den Plan, weil der seinerzeit noch an Europa orientierte damalige türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan sich von einem wiedervereinigten Zypern einen Schub für die eigenen Beitrittsambitionen zur EU erhoffte. Dazu musste aber die bizarre Konstellation überwunden werden, dass ein Drittel eines EU-Staates von der Armee eines EU-Beitrittskandidaten besetzt gehalten wird.

DER ANNAN-PLAN SCHEITERT

Doch geändert hat sich damals nichts: Zwar stimmten die türkischen Zyprier im Norden der Insel 2004 zu 65 Prozent für ein Ende der Teilung, im griechischen Süden aber sprachen sich 76 Prozent der Abstimmenden dagegen aus. Die griechischen Zyprier wussten zum Zeitpunkt des Referendums nämlich bereits, dass sie wenige Tage später – am 1. Mai 2004 – ohne

hin in die EU aufgenommen werden würden. Das hatte ihnen Griechenland Jahre zuvor mit der an die EU gerichteten Drohung zugesichert, sollte Zypern nicht Teil der großen Erweiterungsrunde 2004 sein, werde man die gesamte Ost-Erweiterung blockieren. Hinzu kam, dass der Annan-Plan der griechischen Bevölkerungsmehrheit einige deutliche Zugeständnisse abverlangt hätte, so eine Einschränkung der Niederlassungsfreiheit sowie einen partiellen Verzicht auf Restitutionsansprüche. Die Befürworter des Plans wurden nicht müde, zu betonen, dass Wiedervereinigungen eben ihren Preis haben und Kompromisse erfordern, doch sie fanden bei einer Mehrheit der griechischen Zyprier kein Gehör. Das Scheitern des Annan-Plans war eine Zäsur. In der Folge erlahmte das Interesse der Staatengemeinschaft an der Insel deutlich – aus zum Teil durchaus verständlichen Gründen. Denn wenn die (griechischen) Zyprier nicht bereit sind, für eine Wiedervereinigung nennenswerte Kompromisse in Kauf zu nehmen, warum sollten sich dann Ausländer dafür interessieren?

Seit einigen Monaten ist nun jedoch ein Optimismus in der Zypern-Frage zu beobachten, wie man ihn seit 2004 nicht mehr erlebt hat. Nicht wenige Zyprier halten eine mögliche Wiedervereinigung sogar für wahrscheinlicher denn je. Das hat vor allem mit einer günstigen personellen Konstellation zu tun: Erstmals sind auf beiden Seiten der Insel Politiker an der Macht, die unbedingt eine Lösung wollen. Eine so günstige Sachlage gab es noch nie, weil bislang entweder der griechische oder der türkische Teil der Insel von einem Hardliner geführt wurde – und manchmal waren im Süden wie im Norden Falken an der Macht. So hatte in der

völkerrechtlich nur von der Türkei anerkannten sogenannten „Türkischen Republik Nordzypern“ von 1985 an zwei Jahrzehnte lang der Vereinigungsgegner Rauf Denktasch das Sagen. Jahrelang hatte der versöhnlich und kompromissbereit auftretende Inselpräsident Glafkos Klerides vergeblich mit Denktasch verhandelt. Als dann 2004 endlich doch das Referendum stattfand, hatte Klerides jedoch sein Präsidentenamt an Tassos Papadopoulos verloren, der eine Vereinigung allenfalls zum Nulltarif wollte und bei den Griechen mit der Unterschlagung von Fakten und propagandistischen Verzerrungen erfolgreich für eine Ablehnung des Annan-Plans warb.

IDEALE PARTNER ANASTASIADIS UND AKINCI

Doch die Umstände sind nun andere. Präsident Zyperns ist seit 2013 Nikos Anastasiadis, ein Pragmatiker, der 2004 einer der wenigen maßgeblichen Politiker der griechischen Zyperer war, die für den Annan-Plan warben. Seit etwa einem Jahr hat Anastasiadis im türkischen Teil der Insel einen idealen Partner. Im April 2015 gewann Mustafa Akıncı die Präsidentenwahl im Norden. Akıncı war von 1976 bis 1990 Bürgermeister des türkischen Teils der geteilten Stadt Nikosia gewesen und gilt wie Anastasiadis als ein pragmatischer Befürworter einer Wiedervereinigung. Anastasiadis begrüßte die Wahl Akıncıs enthusiastisch: „Endlich haben wir große Hoffnungen, dass dieses Land wiedervereinigt werden kann.“ Das Duo Anastasiadis-Akıncı begann auch gleich im Mai 2015 mit einem Prozess intensiver Verhandlungen. Ein halbes Jahr später las sich die

Bilanz eindrucksvoll: Anastasiadis und Akıncı hatten zehn formale Treffen abgehalten, ihre Unterhändler trafen sich fünfzig Mal und die technischen Komitees zur Erörterung von Sachfragen sogar fast neunzig Mal.

„Ein grundsätzlicher Optimismus kann in den Aussagen der beiden Führungen und der Repräsentanten der Vereinten Nationen beobachtet werden“, fasst der türkisch-zyprische Politikwissenschaftler Sertaç Sonan die Stimmung zusammen. Sonan hat die jüngsten Verhandlungen in einem unlängst in den *Südosteuropa-Mitteilungen* (München) veröffentlichten Aufsatz beschrieben, in dem er auch Espen Barth Eide zitiert, den UN-Sondergesandten für Zypern, der sagte, ein Ende der seit mehr als vier Jahrzehnten währenden Teilung „könnte schneller kommen, als man denkt“.

ENERGIEPOLITISCHES KALKÜL

Die Optimisten führen außer der günstigen personellen Fügung auf der Insel zudem einen regionalpolitischen Aspekt als Grund für ihre Zuversicht an. Es geht dabei um Energiepolitik, die Türkei, Russland, Israel – und um Zyperns potenziell wichtige Rolle in diesem Geflecht. Die russisch-türkischen Beziehungen haben sich im Zuge des Krieges in Syrien stetig verschlechtert. Besonders nach dem Abschuss eines russischen Kampffluggesetzes durch die türkische Flugabwehr im November 2015 befinden sich die Beziehungen zwischen Moskau und Ankara rhetorisch und politisch in einer Abwärtsspirale aus immer schärferen wechselseitigen Vorwürfen und Sanktionen. Die Verwirklichung

des einst mit Aplomb von Erdoğan und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin angekündigten Projekts „Turkish Stream“, mit dem Gas aus Russland unter dem Schwarzen Meer hindurch in die Türkei geleitet werden sollte, erscheint weniger realistisch denn je. Die Türkei bemüht sich im Gegenteil angestrengt darum, ihre Energieabhängigkeit von Russland zu vermindern. Um dieses Ziel zu erreichen, könnten Israel und Zypern wichtig werden: Ende 2011 stieß die texanische Energiefirma „Noble Energy“ bei Probebohrungen im sogenannten Aphrodite-Feld vor der Südküste Zyperns auf Gasvorkommen. Die Nachricht versetzte die Führung in Nikosia in Euphorie. Das Land werde in den nächsten hundert Jahren keine finanziellen Sorgen mehr haben und einer der wichtigsten Energielieferanten der EU sein, prophezeiten zyprische Politiker. Doch bald stellte sich Ernüchterung ein, denn es zeigte sich, dass die entdeckten zyprischen Vorkommen womöglich zu gering sind, um den Aufwand einer Förderung zu decken. Der zyprische Markt ist winzig, die Insel hat weniger Einwohner als München. Die großen Energiekonzerne werden nur investieren, wenn sie den größten Teil des Gases exportieren dürfen, und auch dann ist die Förderung angesichts der stark gesunkenen Gaspreise allenfalls in Kooperation mit Israel sinnvoll, in dessen Gewässern schon Ende der 1990er-Jahre Gasfelder entdeckt wurden – bedeutend größer als jene vor Zypern.

PROBLEM DER ENTSCHÄDIGUNG

Als einzig wirtschaftlich sinnvolle Route für den möglichen Export der israelischen, zyprischen (und womöglich auch ägyptischen) Gasvorkommen gilt eine Pipeline über die Türkei mit einem möglichen Anschluss an das europäische Netz in Griechenland. Ende Januar führte Nikos Anastasiadis dazu auf Zypern Gespräche mit den Regierungschefs Israels und Griechenlands, Benjamin Netanjahu und Alexis Tsipras. Einen türkischen Vertreter konnte er nicht einladen, da die Türkei Zypern nicht anerkennt. Die energiepolitischen Faktoren könnten jedoch Gründe dafür sein, dass die Türkei sich in den Verhandlungen zwischen Anastasiadis und Akıncı bisher äußerst konstruktiv verhält.

Ein entscheidendes Problem ist aber noch vollkommen ungelöst: Kommt es zu einer Wiedervereinigung, müssten die griechischen und türkische Zyprier, die 1974 im jeweils anderen Teil der Insel Haus und Hof verloren, entschädigt werden. Zwar liegen keine exakten Zahlen vor, aber auf Zypern ist oft zu hören, dass sich die Entschädigungszahlungen auf mindestens fünfzehn, vermutlich eher zwanzig oder 25 Milliarden Euro belaufen könnten. Dieses Geld fehlt Zypern. Einige zyprische Politiker erwecken bei ihren Landsleuten den Eindruck, die Staatengemeinschaft werde für die Kosten aufkommen. Doch das ist, vorsichtig formuliert, wenig aussichtsreich.

Auf Konfrontationskurs

—
Die russisch-türkischen Beziehungen in der Krise

NADEŽDA ARBATOVA

Geboren 1950 in Moskau (Russland),
Leiterin der Abteilung Europapolitische
Studien am Institut für Weltwirtschaft
und Internationale Beziehungen
(IMEMO) der Russischen Akademie
der Wissenschaften.

Aus Moskau und Ankara waren zahlreiche Erklärungen über ihre strategische Partnerschaft zu hören, und dennoch war ihre Beziehung bis vor Kurzem lediglich eine Partnerschaft à la carte. Die nationalen Interessen der Länder waren in vielen Bereichen identisch. Ihren Beziehungen fehlte es stets an einer strategischen

Dimension – anders, als sie für die Beziehungen zwischen der Türkei und den USA ungeachtet aller Gegensätze durchaus gegeben ist. Der Zwischenfall, bei dem im November letzten Jahres ein russisches Militärflugzeug von türkischen Luftstreitkräften über der türkischen Grenze abgeschossen wurde, demonstrierte allzu deutlich, wie zerbrechlich das Fundament der angeblichen russisch-türkischen Partnerschaft gewesen ist. Sie baute auf die persönliche Freundschaft der beiden „starken Männer“ an den Spitzen ihrer Staaten sowie die Spezifik des außenpolitischen Denkens.

Auf den verschiedenen Ebenen des multipolaren politischen Systems können dieselben Staaten von Zeit zu Zeit sowohl Rivalen als auch Partner auf diversen Gebieten sein. Die Beziehungen zwischen Russland und der Türkei sind hierfür ein Paradebeispiel. Vor dem Abschuss des Bombers waren beide Staaten enorm wichtige Handelspartner. Das Paradox ihrer Wirtschaftsbeziehungen bestand aber darin, dass sie im Energiebereich etwa eine intensive Partnerschaft pflegten und zugleich einen harten Konkurrenzkampf führten. So wollte Russland, dass die Türkei in immer größere Abhängigkeit durch russische Gaslieferungen geriet, und versuchte deswegen, den Bau der Gaspipelines aus Zentralasien und dem kaspischen Raum – die nicht unter Moskaus Kontrolle stünden – zu verhindern. Ankara hingegen wollte seine Energiequellen stärker diversifizieren, um die Türkei dadurch zum größten Transitknotenpunkt für fossile Brennstoffe, wie beispielsweise Erdöl oder Erdgas auf dem Weg aus Zentralasien nach Europa, zu machen.

Der bilaterale Handel zwischen Russland und der Türkei entwickelte sich dabei in den vergangenen Jahren recht positiv. Der Warenumsatz belief sich 2014 auf rund 31 Milliarden US-Dollar und innerhalb der ersten neun Monate des vergangenen Jahres auf 18,1 Milliarden. Davon entfielen fünfzehn Milliarden Euro auf russische Exporte, während die Türkei Waren im Wert von über drei Milliarden Dollar nach Russland exportierte. Wenn man den Dienstleistungssektor mitberechnet, sind die Kennzahlen sogar noch besser: 2014 belief sich der gegenseitige Waren- und Dienstleistungsumsatz auf knapp 44 Milliarden Dollar. Präsident Erdoğan hatte wohl seine eigenen Vorstel-

lungen vom wirtschaftlichen Pragmatismus und überschätzte deswegen den Stellenwert dieses Faktors für den Kreml. Diejenigen, die zumindest ein wenig mit den Grundlagen des Marxismus-Leninismus vertraut sind, würden sich wohl an die bekannte These Wladimir Lenins erinnern: „Politik ist konzentrierte Ökonomie.“ In Russland ist genau das Gegenteil zu beobachten: Die Wirtschaft wird hier zu konzentrierter Politik. Die Regierung Putin würde jederzeit einen Wirtschaftszweig zugunsten ihrer politischen Interessen opfern.

GEMEINSAME ENTtäUSCHUNG FÜHRT ZUSAMMEN

In der Außenpolitik waren die Beziehungen zwischen den beiden Staaten inkonsequent. Im ersten Jahrzehnt nach dem Zerfall der Sowjetunion waren sie kühl. Die Implosion der ehemaligen Supermacht öffnete der Türkei das Tor in die postsowjetische muslimische Welt. Moskau befürchtete einen größeren geopolitischen Einfluss Ankaras nicht nur in den Regionen des Schwarzen Meeres und des Kaspischen Meeres, sondern auch im Nordkaukasus. Die Türkei sorgte sich ihrerseits über die politischen Folgen einer möglichen Dominanz Russlands, vor allem hinsichtlich der Nachbarregionen im postsowjetischen Raum.

Im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts war Russland ebenso wie die Türkei von der Politik des Westens enttäuscht. Diese Tatsache begünstigte eine intensivere Zusammenarbeit. Die Unzufriedenheit Russlands mit der Politik des Westens erreichte 2007 in der Rede Wladimir Putins

auf der Münchner Sicherheitskonferenz ihren sichtbaren Höhepunkt. Hier brachte der russische Präsident über Jahre angestaute Gegensätze und Vorwürfe zum Ausdruck. Ankara war seinerseits enttäuscht, dass sich die Verhandlungen über die türkische EU-Mitgliedschaft in die Länge zogen. Die Politik der US-Administration unter George W. Bush in den Nachbarregionen der Türkei, vor allem der Irakkrieg 2003, verstärkte die Instabilität in der Region und förderte so mittelbar den kurdischen Separatismus. Einige Experten meinen, die traditionelle Haltung der Türkei in Sicherheitsfragen zielt auf die Verhinderung eines „Zweieinhalbfrontenkrieges“ gegen Griechenland und Syrien an der Außenfront und gegen die Kurden an der Heimatfront. Die gegenwärtigen Spannungen im Nahen Osten zwingen die Türkei deswegen dazu, die Stabilität im großen Schwarzmeerraum anzustreben, indem sie die Gegensätze mit Russland, insbesondere im Kaukasus und in Zentralasien, auf Eis legt.

Sowohl Russland als auch die Türkei waren bestrebt, den Status quo in diesen Regionen beizubehalten, auch wenn jedes Land andere, eigene Gründe dafür hatte. Für die Türkei bedeutete der Status quo die Unterstützung der Multilateralität: Das stärkte die Souveränität der Länder der Region gegen den wachsenden russischen Einfluss in der Region indirekt und eher im Stillen und fördere engere Kontakte zwischen den Kaukasus-Staaten und den euro-atlantischen internationalen Organisationen – so die Hoffnung. Ein multilaterales Netz könne auch größeren türkischen Einfluss bedeuten. Für Russland war der Status quo vor allem mit der Verhinderung einer NATO-Erweiterung in den GUS-Raum verbunden. Beide Staaten

sprachen sich gegen eine Präsenz von US-Kriegsschiffen im Schwarzen Meer und gegen die Ausweitung der NATO-Operation Active Endeavour auf dieses Gewässer aus. Die Türkei und Russland riefen außerdem ein alternatives Projekt unter dem Namen Black Sea Harmony ins Leben, das de facto eine Art russisch-türkisches Kondominium werden sollte. Die Kaukasus-Krise 2008 bedeutete eine Zäsur in der türkischen Außenpolitik sowie für die russisch-türkischen Beziehungen insgesamt, die fortan neu definiert werden mussten. Die Eliten in der Türkei begriffen, dass in Eurasien ein neues, härteres Spiel begonnen hatte und dass Ankara neue Herangehensweisen benötigte, insbesondere in den Beziehungen zu Russland, das seine Ansprüche auf die Dominanz in der Region deutlich gemacht hatte. Im Gegenzug revidierte die Türkei ihre Schwarzmeer- und Balkan-Identität, um ihren Einfluss auf die islamische Welt des südlichen Mittelmeerraumes auszuweiten und sich selbst als eine Schutzmacht der Sunniten zu etablieren.

BEZIEHUNGEN AUF DAUER RUINIERT

Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdoğan haben – auch das muss erwähnt werden – viele Gemeinsamkeiten als starke Politiker, die ihren Staaten wieder zu altem Ruhm verhelfen wollen. Beide halten zudem wenig von westlich-liberalen Werten, beide sind Anhänger einer lenkbaren Demokratie im Inland und einer souveränen Demokratie auf dem internationalen Parkett. Und beide haben ihre Prestigeprojekte, das eurasische in Russland und das islamische

in der Türkei. Ihre Beziehungen hielten den Erschütterungen der Krise im Kaukasus und dem Ukraine-Konflikt stand, scheiterten aber an Syrien. Es war gerade Syrien und nicht die Ukraine, das Russland seinen letzten Verbündeten im Schwarzmeerraum nahm: das NATO-Mitglied Türkei – eine Ironie des Schicksals.

Die Beteiligung Russlands am Antiterrorereinsatz in Syrien aufseiten Baschar al-Assads stand in einem unmittelbaren Gegensatz zu den strategischen Zielen der Türkei, der wichtigsten Schutzmacht der Sunniten. Mit anderen Worten: Russische und türkische Interessen gerieten in Syrien frontal gegeneinander. Der Konflikt um den russischen Militärjet hätte beigelegt werden können, hätte sich Erdoğan bei Russland entschuldigt. Er will aber als starke Führungsfigur in der muslimischen Welt gesehen werden und meint, sein Gesicht nicht verlieren zu dürfen. Andererseits ist Präsident Putin nicht bereit, seinem ehemaligen Freund zu verzeihen. Die Beziehungen zwischen den beiden Staaten sind offenbar auf Dauer ruiniert.

GEFAHR EINES FLÄCHENBRANDES

Dieser immer heftiger werdende Streit schafft für den Westen eine äußerst angespannte Atmosphäre, insbesondere für die EU und die NATO. Der EU sind gute Beziehungen zu beiden Staaten sehr wichtig. Ohne Russland kann die Ukraine-Krise nicht beigelegt werden. Von Russland hängen Stabilität und Sicherheit in Europa wesentlich ab, und es ist Teil des Antiterrorereinsatzes gegen den IS. Die Türkei hingegen spielt die zentrale Rolle

bei der Lösung des zurzeit größten Problems der Europäischen Union, der Flüchtlingskrise. Für die NATO birgt der Konflikt zwischen Russland und der Türkei die Gefahr, dass sie sich nach einer möglichen Eskalation darin zwiespältig verstrickt wiederfindet. Es gibt allerdings auch die Meinung, dass der Streit mit Russland die Türkei stärker an die NATO und den Westen insgesamt binden kann. In dieser Frage wird die Ausrichtung der türkischen Innenpolitik ausschlaggebend sein.

Allem Anschein nach werden die EU und die NATO versuchen, die entstandenen Spannungen abzubauen. Ohne ihre Vermittlerrolle kann der russisch-türkische Konflikt zu einem Flächenbrand werden. Russland wird weiterhin Kurden im Irak und in der Türkei unterstützen, da sie am tapfersten und am konsequentesten gegen den IS kämpfen. Die Türkei wird unterdessen den militanten Rebellen im Nordkaukasus den Rücken stärken. Das kann letzten Endes zu einer weiteren Eskalation, insbesondere in der Nähe der Meerengen des Schwarzen Meeres, führen. Das erfolgversprechendste Vorgehen wäre im Augenblick, den Konflikt einzufrieren und beide Seiten zu verpflichten, Zwischenfälle auf See und in der Luft zu verhindern.

*Übersetzung aus dem Russischen:
Michael Peregudov*

Dynamische Entwicklung

Zu den deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen

SUAT BAKIR

Geboren 1962 in Izmir (Türkei),
Diplom-Volkswirt, lebt seit 45 Jahren
in Berlin. Er war Geschäftsführer
der Türkisch-Deutschen Industrie-
und Handelskammer (TD-IHK).

Friedrich der Große und Sultan Mustafa III.
schlossen bereits anno 1761 einen Schifffahrts-
und Handelsvertrag. 1856 baute Siemens in
Istanbul das erste Telegrafennetz. Dynamisch
entwickelten sich die deutsch-türkischen
Wirtschaftsbeziehungen jedoch erst mit Sultan

Abdulhamid II., der 1876 den Thron an der Hohen Pforte bestieg. Er wollte
zum Ende des 19. Jahrhunderts die „Bagdadbahn“ von Deutschen bauen las-
sen. Das Deutsche Reich wiederum wollte in diesen Jahren sein Wirtschaftswachstum langfristig sichern. Das Osmanische Reich mit seiner schnell wachsenden, konsumhungrigen Bevölkerung konnte als ein weiterer Absatzmarkt für deutsche Produkte dienen. Die Erschließung neuer Märkte, der Zugang

zu den Rohstoffen Mesopotamiens, aber auch der Zugewinn an Einfluss im Interessengebiet Großbritanniens und Frankreichs waren für Kaiser Wilhelm II. sehr verlockend.

Mit der Bagdadbahn war somit das erste deutsch-türkische Großprojekt geboren. Die Eisenbahnstrecke sollte über das heutige Syrien und über den Irak entlang der Erdölkonzessionen führen. Der osmanische Sultan überschrieb der Deutschen Bank als Zeichen der Anerkennung und Abgeltung der Kosten die Konzessionen für alle Erdölvorkommen entlang eines zwanzig Kilometer breiten Korridors beidseitig der Bahnlinie bis nach Mosul (im heutigen Irak), wo bereits reiche Erdölvorkommen entdeckt worden waren.

Die engen Beziehungen zwischen beiden Staaten führten schließlich bis zum Bündnis im Ersten Weltkrieg, den sie 1918 gemeinsam verloren. 1919 begann der Befreiungskrieg der Türken unter der Führung Mustafa Kemals gegen die Besatzer, an dessen Ende am 29. Oktober 1923 die Gründung der Republik Türkei stand. Keine fünf Monate später unterschrieb Staatsgründer Mustafa Kemal (der 1934 den Familiennamen Atatürk, „Vater der Türken“, erhielt) in der neuen Hauptstadt Ankara ein erstes Deutsch-Türkisches Freundschaftsabkommen.

Der „Vater der Türken“ konzentrierte sich nach Gründung der Republik auf einen raschen Aufbau der Industrie und auf den Ausbau der Infrastruktur. Atatürk wollte die Türkei durch verschiedene Reformen auf das Niveau der „westlichen Zivilisation“ heben. Lateinische Schrift, Gregorianischer Kalender, Laizismus und Stärkung der Frauenrechte waren wesentliche Elemente der Veränderungen. Das Schul- und Bildungssystem reformierte er ebenfalls, es fehlte jedoch an modernen Hochschullehrern. Diese kamen vor allem ab 1933, zumeist jüdische und sozialdemokratische Wissenschaftler, Politiker oder Künstler, die aus Deutschland oder Österreich fliehen mussten. Knapp 800 Flüchtlinge nahm die Türkei auf.

ATATÜRK, DER RADIKALE REFORMER

Atatürk ahnte, dass die innen- und außenpolitischen Entwicklungen des Deutschen Reiches wieder in einen großen Krieg münden würden. Diesen erlebte er selbst jedoch nicht mehr, er verstarb am 10. November 1938. Nach Kriegsende 1945 waren die Fronten wiederum schnell geklärt. Deutschland und die Türkei waren geopolitische Frontstaaten mit dem gleichen Gegner (die Sowjetunion) und somit Partner mit gleichen Interessen. 1952 wurde die Türkei (zeitgleich mit Griechenland) Mitglied der NATO. 1949 bereits wurde sie Mitglied des Europarates und bewarb sich 1959 um eine Mitgliedschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). 1963 wurde ein Assoziierungsabkommen mit der EWG geschlossen („Ankara-Abkommen“), das eine

Mitgliedschaft in Aussicht stellte. Die tatsächlichen Beitrittsverhandlungen wurden 2005 offiziell aufgenommen, gerieten jedoch bald ins Stocken.

Erste Reformen zur Liberalisierung und Demokratisierung des Landes leitete Turgut Özal, Ministerpräsident bis 1989, bereits 1983 ein. Bedeutender waren aber die Reformen in der Wirtschaftspolitik. Die Maßnahmen kurbelten die türkische Wirtschaft an, Exporte stiegen, und Investoren aus dem Ausland kamen vermehrt ins Land. 2001 verursachten Dissonanzen zwischen Staatspräsident Ahmet Necdet Sezer und Ministerpräsident Bülent Ecevit eine Staatskrise, die in einer wirtschaftlichen Depression mündete. Ein marodes Bankensystem, verbunden mit permanent steigenden Leistungs- und Handelsbilanzdefiziten und einer hohen Inflation, führte gemeinsam mit der Staatskrise zu Spekulationen und Kapitalflucht, was die Zentralbank zur Freigabe der türkischen Lira zwang. Innerhalb eines Tages verlor die Türkische Lira vierzig Prozent an Wert. Somit stiegen Schulden in Fremdwährungen gewaltig an. 21 Banken meldeten Insolvenz an, ein Staatsbankrott konnte nur durch einen Kredit des Internationalen Währungsfonds (IWF) verhindert werden.

Bei den vorgezogenen Neuwahlen 2002 erreichte die ein Jahr zuvor gegründete AKP die absolute Mehrheit. In ihrer ersten Legislaturperiode unter Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan wuchs die Wirtschaft durchschnittlich um sieben Prozent, das Exportvolumen verdoppelte sich, die Inflationsrate fiel von dreistelligen auf einstellige Werte von sieben bis acht Prozent. Wie Turgut Özal zwanzig Jahre zuvor stieß Erdoğan eine Privatisierungswelle an, die bis heute anhält. Der Beginn von EU-Beitrittsverhandlungen im Oktober 2005 war ein Impuls, der viele ausländische Investoren anlockte.

Waren es 2002 noch rund 6.000 ausländische Unternehmen, die sich in der Türkei engagierten, sind es heute knapp 44.000. Davon kommen mehr als 6.200 aus Deutschland. Zu den Pionieren unter den deutschen Unternehmen in der Türkei gehören beispielsweise Siemens, Bosch, Mercedes und MAN, die seit den 1960er-Jahren hochwertige Lkws und Omnibusse in der Türkei bauen. Neben DAX-Konzernen, wie BASF, Bayer oder Metro, zieht es immer mehr mittelständische Unternehmen wie Deichmann oder Aunde in die Türkei. Das Handelsvolumen hat eine Größenordnung von 37 Milliarden Euro erreicht (Direktinvestitionen aus Deutschland über zwölf Milliarden Euro).

ENGE WIRTSCHAFTLICHE VERFLECHTUNG

In den vergangenen Jahren kamen circa fünf Millionen deutsche Touristen jährlich in die Türkei, 2016 wird diese Zahl aufgrund der Anschläge in der Türkei und des Syrienkriegs wohl nicht erreicht werden. Jedoch bilden neben den Touristen, den schätzungsweise mehr als 70.000 in der Türkei lebenden Deutschen und den mehr als 6.200 deutschen Unternehmen vor allem auch

die 3,1 Millionen in Deutschland lebenden Menschen mit türkischen Wurzeln Brücken zwischen beiden Ländern. Beide Staaten können ihre Politik nicht ohne Berücksichtigung dieser Aspekte gestalten.

Mehr als 90.000 Unternehmen wurden von Nachkommen türkischer Gastarbeiter gegründet. Diese sind verbunden mit 450.000 Arbeitsplätzen und circa 45 Milliarden Euro Umsatz.

Die Nachkommen der ehemaligen Gastarbeiter werden vor allem in Ankara, aber auch in Berlin immer mehr als Bindeglied zwischen beiden Ländern angesehen. Die Zu- und Abwanderung zwischen Deutschland und der Türkei hat sich bei rund 30.000 bis 40.000 Personen jährlich eingependelt. Jeder Austausch, ob durch Zuwanderung oder Austausch von Studenten, ist eine Brücke und damit ein Gewinn für beide Wirtschaftsnationen. Auch der Austausch von Fachkräften wird mit Unterstützung dieser Menschen eine Intensivierung der Beziehungen nach sich ziehen.

TÜRKEI BLEIBT FÜR INVESTITIONEN INTERESSANT

Sehr gewagte und zugleich symbolträchtige Wachstumsziele hat sich die türkische Regierung bis zum 100. Geburtstag der Republik im Jahre 2023 gesetzt. Die deutsche Wirtschaft kann sich sehr gute Chancen ausrechnen, an diesen Plänen zu partizipieren. Deutsche Unternehmen genießen einen sehr guten Ruf in der Türkei, sie haben einen Vertrauensvorsprung. Es sollte nicht vergessen werden, dass auch in Zeiten der Globalisierung neben internationalen Wettbewerbskriterien auch vertrauensvolle persönliche Beziehungen für Wirtschaftsbeziehungen von großer Bedeutung sind, gerade auch im Mittelstand. Auch auf dieser Ebene genießen deutsche Unternehmen eindeutig einen Wettbewerbsvorteil vor der internationalen Konkurrenz.

Die Verkehrsinfrastruktur soll bis 2023 gewaltig ausgeweitet werden. Mit dem Bau des weltgrößten Flughafens in Istanbul soll das Passagieraufkommen von circa 150 Millionen (2014) auf über 400 Millionen steigen. Das regionale Schienennetz soll um 5.000 Kilometer, das Hochgeschwindigkeits-schienennetz um 10.000 Kilometer ausgeweitet werden. Über 15.000 Kilometer Bundesstraßen und über 5.000 Kilometer Autobahnen sollen bis 2023 gebaut werden. Auf dem Energiesektor sind Investitionen von über 100 Milliarden Euro geplant, wovon ein erheblicher Teil in erneuerbare Energien fließen soll. Diese vielen Hundert Milliarden Euro Investitionsvolumen eröffnen Unternehmen aus Deutschland Chancen. Aber auch Perspektiven für gemeinsame Aktivitäten in Drittstaaten sind hiermit verbunden. Neben dem Nahen Osten und Asien entlang der Seidenstraße bietet Afrika Perspektiven des gemeinsamen Auftritts, was somit zum weiteren Ausbau der deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen führen könnte.

Der Krieg in Syrien, die Flüchtlingskrise, die Instabilität im Südosten des Landes trüben zurzeit die Stimmung. Wachstumsprognosen für die Wirtschaft liegen mit drei bis vier Prozent weit unter dem Durchschnitt der vergangenen dreizehn Jahre. Die Inflation, Zinsen und Arbeitslosigkeit steigen, die Türkische Lira hat erheblich an Wert verloren. Dennoch gibt es unveränderliche Eckwerte, die potenzielle Investoren immer noch schätzen: die geopolitische und logistische Lage, auch als Energiekorridor in unmittelbarer Nähe zu den Welt-Energiereserven, eine Bevölkerung von knapp achtzig Millionen mit einem Altersdurchschnitt von dreißig Jahren. Der Bedarf an Infrastruktur und Konsumgütern wird permanent steigen. Für Spekulanten ist die Türkei zurzeit nicht sehr attraktiv, für Investoren mit langfristigen Zielen ist sie es jedoch nach wie vor.

VERDREIFACHUNG DES HANDELSVOLUMENS IST KEINE UTOPIE

In den letzten drei Jahren verging kaum eine Woche, in der kein deutscher Bundes- oder Landesminister die Türkei oder ein türkischer Minister Deutschland besuchte. Selbst wenn die Flüchtlingsproblematik mit weltpolitischen, innereuropäischen, innenpolitischen, sozialen und finanziellen Auswirkungen verbunden ist, sorgt sie für eine weitere Intensivierung in den deutsch-türkischen Beziehungen.

Beide Länder sollten mittlerweile gelernt haben, die eigene Geschichte, Politik, Gesellschaft und Kultur nicht zum Maßstab zu machen und gegenseitiges Einfühlungsvermögen und Verständnis aufzubringen. Die jetzt erreichten 37 Milliarden Euro Handelsvolumen könnten in kurzer Zeit zu nostalgischen Dimensionen schrumpfen, eine Verdopplung auf siebzig Milliarden Euro in den nächsten zehn, eine Verdreifachung auf ein Volumen von 100 Milliarden Euro in den nächsten fünfzehn Jahren ist keine Utopie, wenn beide Länder auf ihre geschichtliche Erfahrung zurückblicken und mithilfe dieser ihre gemeinsame Zukunft gestalten.

„Haymatloz“

Verfolgte des Nationalsozialismus im türkischen Exil

REINER MÖCKELMANN

Geboren 1941 in Marburg, von 2003 bis 2006 Generalkonsul in Istanbul.

Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und dem Osmanischen Reich waren seit der deutschen Reichsgründung im Jahre 1871 stetig gewachsen. Nach dem Ersten Weltkrieg, der durch die deutsch-türkische Waffenbrüderschaft geprägt war, kam es zu einem vorübergehenden Stillstand der Beziehungen. Mit Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen im Jahre 1924 wurden sie jedoch erneut intensiviert. Bis zum An-

fang der 1930er-Jahre hatte sich Deutschland zum wichtigsten Wirtschaftspartner der Türkei entwickelt, und diese bemühte sich gezielt um qualifizierte deutsche Fachkräfte. Die Türkei befand sich damals in einem umfassenden Modernisierungsprozess. Verschiedene Reformen wie beispielsweise die Übernahme des lateinischen Alphabets oder die Einführung des Frauenwahlrechts waren bereits abgeschlossen. Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk hatte sich zum Ziel gesetzt, das Land in einen modernen Staat nach westlichen Standards umzuwandeln. Im Jahre

1933 startete er eine Bildungsreform, für die er westlich ausgebildete Spezialisten benötigte. Die früh einsetzenden unheilvollen Entwicklungen im NS-Staat waren so der Türkei mit Blick auf ihr Interesse an Spezialisten von Nutzen.

NOTGEMEINSCHAFT DER GESTRANDETEN

Weniger als drei Monate nach Antritt der Hitler-Regierung wurde das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ erlassen, welches den nationalsozialistischen Machthabern erlaubte, jüdische und politisch missliebige Staatsbedienstete aus ihrer Anstellung zu entfernen. In der Folge verloren rund 2.000 meist jüdische Wissenschaftler und Hochschullehrer ihre Positionen an Universitäten und Instituten. Als Reaktion auf das Berufsverbot sowie die zunehmenden Repressionen, Schikanen und Übergriffe der Nationalsozialisten sahen diese oft keinen anderen Ausweg mehr, als ihr Land zu verlassen. Auch der „nicht-arische“ Pathologe Philipp Schwartz wurde zur Aufgabe seines Frankfurter Lehrstuhls gezwungen. Er emigrierte nach Zürich und traf dort auf deutsche Wissenschaftler, die ebenfalls Opfer der NS-Politik geworden waren. Chancen zur Berufsausübung oder zur wissenschaftlichen Arbeit gab es in der Schweiz oder in anderen westlichen Ländern so gut wie keine. Unter Leitung von Schwartz gründeten die Gestrandeten die „Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler im Ausland“. Sie erhielt zahlreiche Anfragen und Anmeldungen von entlassenen Akademikern aller Universitäten und Hochschulen Deutschlands. Ange-

bote ausländischer Universitäten blieben indessen bis zu dem Tag aus, an dem Schwartz im Mai 1933 auf die Hochschulreform Atatürks und die hierfür dringlich benötigten westlichen Akademiker aufmerksam gemacht wurde.

Schnell und unbürokratisch einigte sich der türkische Erziehungsminister Reşit Galip im Sommer 1933 mit Philipp Schwartz auf Anstellungsverträge, die es ermöglichten, dass Mitte November die İstanbul Üniversitesi mit 38 ausländischen, überwiegend deutschen Ordinarien – vom Archäologen bis zum Zoologen – und 85 wissenschaftlichen Hilfskräften neu eröffnet werden konnte.

„DEUTSCH-TÜRKISCHES WUNDER“

Die Gleichzeitigkeit der türkischen Suche nach qualifizierten ausländischen Experten mit der Entlassung von rassistisch und politisch unerwünschten Wissenschaftlern und Künstlern in Deutschland bezeichnete Fritz Neumark als „deutsch-türkisches Wunder“. Der in Frankfurt seines Postens beraubte Neumark übernahm an der İstanbul Üniversitesi den Lehrstuhl für Nationalökonomie, Philipp Schwartz das Ordinariat für Pathologie. Um ihr ehrgeiziges Ziel einer schnellen Hochschulreform erreichen zu können, setzte sich die türkische Regierung auch dafür ein, die Professoren Alfred Kantorowicz und Friedrich Dessauer aus der KZ-Haft freizubekommen und dem untergetauchten Leipziger Professor Gerhard Kessler den Weg nach Istanbul zu ebnen. Es kamen Fachkräfte und Experten, nicht nur aus der Wissenschaft, sondern auch aus Verwaltung,

Wirtschaft, Verkehrswesen, Medizin, Bergbau, Kunst, Musik und Theaterwesen.

Die vom NS-Regime entlassenen Wissenschaftler und Experten gelangten in ein Land, das in keiner der einschlägigen Statistiken über Fluchtländer Erwähnung findet. Für die große Mehrheit der jüdischen und politischen Emigranten waren bei der ersten Fluchtwelle im Jahre 1933 Frankreich, die Tschechoslowakei, Belgien, die Niederlande und in geringerem Maße die Schweiz, Dänemark und Großbritannien die Hauptziele. Für die jüdischen Emigranten wurde 1934 Palästina das wichtigste Aufnahmeland. Zwei Jahre später flüchtete knapp die Hälfte der Emigranten nach Übersee, das heißt in die USA, nach Südamerika, nach Südafrika und Australien; in den beiden Folgejahren 1937 und 1938 sogar zwei Drittel der Emigranten. In der Türkei fanden insgesamt etwa 1.000 deutschsprachige Emigranten Aufnahme – eine überschaubare Anzahl im Vergleich zu anderen Aufnahmeländern. Fritz Neumark führte diesen Umstand zunächst auf die Sprachbarriere zurück: In den anderen Exilländern erleichterten gewisse Basiskenntnisse in Englisch, Französisch oder Spanisch den Exilanten das Einleben. Im Vergleich zu Ländern mit jüdischen und christlichen Prägungen und Institutionen, die man von Deutschland her kannte, kam in der muslimischen Türkei die Religionsbarriere hinzu.

Betrachtet man weniger die Zahl als vielmehr die relative Bedeutung und Nachhaltigkeit ihrer Tätigkeit, so ist der Einfluss der deutschsprachigen Emigranten in der Türkei für die gesellschaftliche Modernisierung als sehr hoch einzuschätzen und wohl nur mit dem der jüdischen Einwanderung in Palästina in der NS-Zeit zu

vergleichen. Nicht hoch genug können die Beiträge der fast 100 deutschsprachigen Professoren ab dem Jahre 1933 in Ankara und Istanbul als akademische Lehrer zum Aufbau der Universitäten sowie zur Heranbildung einer akademischen und intellektuellen türkischen Elite eingeschätzt werden. Dies gilt auch für die Regierungsberater wie Ernst Reuter, Fritz Baade, Paul Hindemith, Martin Wagner, Oscar Weigert oder Hans Wilbrandt, die ihrerseits in ihren Fachbereichen wichtige Reformen einleiteten. Deutschsprachige Assistenten, Lektoren, Bibliothekare und das technische sowie wissenschaftliche Hilfspersonal waren ebenso Teil des Erneuerungsprozesses und hinterließen auf allen Ebenen des akademischen Lebens ihre Spuren. Im Ergebnis machten die deutschsprachigen Wissenschaftler, Künstler und Praktiker die Türkei zu einem Modellfall der Elitenmigration und nach den USA zum bedeutendsten Emigrationsland für diese Gruppe.

Indem die Exilanten nahezu ausschließlich in Ankara und Istanbul tätig waren, konnten sie einen intensiven Kontakt zu den türkischen Reformern pflegen, waren andererseits aber – weit mehr als Emigranten in anderen Aufnahmeländern – der direkten Kontrolle der reichsdeutschen Auslandsvertretungen ausgesetzt. Diese wussten die Notlage der deutschsprachigen Elite durchaus zu nutzen. Wohl verfügten einige der Exilwissenschaftler und Berater über neu eingerichtete Planstellen mit guten Arbeitsbedingungen, die meisten aber hatten im Zuge der Reformmaßnahmen die Arbeitsstellen türkischer Kollegen übernommen. Folglich sahen sie sich innerhalb der Hochschulen oppositionellen Kräften sowie in Presse und Öffentlichkeit zum Teil

heftiger Kritik ausgesetzt – die offiziellen deutschen Stellen blieben hierbei nicht untätig. Gute Beziehungen der angegriffenen Exilanten zu den türkischen Reformern in Politik und Bürokratie ließen Kritik und Widerstand der betroffenen Türken gegen die Exildeutschen aber meistens bald enden. Die reichsdeutschen Kontrolleure dagegen versuchten fortwährend, den Exilanten zu schaden.

ABERKENNUNG DER STAATZUGEHÖRIGKEIT

Wenige Monate nach Beginn der NS-Herrschaft, Mitte Mai 1933, wurden alle Auslandsvertretungen vom Auswärtigen Amt angewiesen, die deutschen Exilanten zu überwachen, und bald darauf beauftragt, diese auch listenmäßig zu registrieren. Nur zwei Monate später wurde das Gesetz über den „Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit“ verabschiedet, Ende Juli 1933 die „Verordnung zum Ausbürgerungsgesetz“. Als ausgebürgerte Staatenlose, denen ihre akademischen Grade und Versorgungsansprüche aberkannt worden waren sowie ihr Vermögen im Reich eingezogen worden war, mussten die Exilanten wegen einer möglichen Abschiebung aus ihrem Gastland in permanentem Ausnahmezustand leben.

Die NS-Kulturpolitik hatte gegenüber der Türkei das Problem, dass deutsche Wissenschaft und Kultur im Gastland – weit mehr als in anderen Exilländern und unabhängig davon, ob Reichsdeutsche oder Emigranten sie repräsentierten – in einem hohen Ansehen standen. Das propagandistische Potenzial

der Tätigkeit deutscher Hochschullehrer und Berater in der Türkei hatte das NS-Regime erkannt und versuchte, daraus möglichst viel Kapital zu schlagen. Es sollte die undifferenzierte Fiktion einer deutschen Bildungshilfe suggeriert werden. Man versuchte, den Eindruck aufrechtzuerhalten, dass die Berufung der Exilprofessoren und -berater in deutschem Interesse sei. Diese wiederum konnten sich ihrerseits allmählich unter türkischen Studenten, Dozenten, in der Bevölkerung und der Regierung eines wachsenden Ansehens erfreuen, ohne allerdings ihre oppositionelle Einstellung zum NS-Regime zu verschweigen. Somit war die Fiktion der NS-Propaganda nicht mehr lange zu halten, was Konsequenzen zur Folge haben sollte. Linientreue Professoren sollten den türkischen Reformern vermittelt und die „Abtrünnigen“ ersetzt werden.

Mit diesem Auftrag schickte das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung erstmals im Jahre 1937 und erneut im Mai 1939 den Experten Herbert Scurla nach Ankara und Istanbul. Dieser hatte seine ideologische „Eignung“ bereits 1933 mit seinem Eintritt in die NSDAP bewiesen und als Hauptreferent des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) mit seiner Schrift „Das Judentum in Deutschland“ unterstrichen. Seine Mission zielte darauf ab, insbesondere die jüdischen Exilprofessoren aus ihren Ämtern in der Türkei zu entfernen beziehungsweise ihre Berufungen zu verhindern. Scurla scheiterte indessen am Widerstand der türkischen Regierung und der Hochschulverantwortlichen, die den Wert der deutschen Emigranten für ihre ehrgeizigen Ziele hoch einschätzten. Auch hatten die Reichsdeutschen offenbar wenig Interesse, eine

Stelle in der Türkei anzutreten. Nun konzentrierte sich Scurla darauf, seinen Vorgesetzten immer wieder zu empfehlen, die Emigranten ausbürgern zu lassen; sie sollten dies damit begründen, die fraglichen Personen seien wissenschaftlich oder menschlich unqualifiziert und die Türkei müsse mit ihnen dann nichts mehr zu tun haben.

Bis zum November 1941 beteiligten die NS-Reichsstellen die Auslandsvertretungen regelmäßig bei Fragen zur Ausbürgerung von Exilanten. Sie konnten außenpolitische oder wirtschaftliche Bedenken geltend machen. Während Botschafter Friedrich von Keller bis zum Herbst 1938 in Ankara bei seinen Bedenken gegen eine Ausbürgerung das Los der Exilanten im Auge hatte, waren die Vorbehalte seines Nachfolgers Franz von Papen ab April 1939 von Opportunitätsmotiven bestimmt. Aufgrund ihrer Leistungen war der Einfluss der Exilanten bei türkischen Verantwortlichen in Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft so groß, dass ihre Ausbürgerung auf völliges Unverständnis gestoßen wäre. So standen der emigrierte Leiter des philharmonischen Orchesters in Ankara, Ernst Praetorius, der Theater- und Opernleiter Carl Ebert oder der Chorleiter und Pianist Eduard Zuckmayer praktisch unter dem persönlichen Schutz von Staatspräsident İsmet İnönü, einem begeisterten Musik- und Theaterliebhaber. Darüber hinaus praktizierten die zahlreichen Exilmediziner bei der Behandlung von hochrangigen Türken und deren Angehörigen eine Art „Patientendiplomatie“ zugunsten gefährdeter Exilanten.

Mit der 11. Verordnung vom 25. November 1941 zum Reichsbürgergesetz von 1935 wurde allen bereits ins Ausland

übergesiedelten deutschen Juden ihre Staatsangehörigkeit entzogen; die Auslandsvertretungen wurden nicht mehr zu Ausbürgerungen von Juden befragt. Für die Türkei bot Staatenlosigkeit aber noch keinen Abschiebungsgrund. Sie ersetzte in den Aufenthaltsdokumenten das Wort „Alman“ durch „Haymatloz“. Zuvor hatte die türkische Regierung indessen dem Druck des NS-Regimes nachgegeben und im Jahre 1937 ihre Auslandsvertretungen angewiesen, jüdischen Antragstellern grundsätzlich keine Einreisevisa zu erteilen. Fritz Neumark konnte allerdings im Jahre 1940 erfahren, dass türkische Gesetze und Anordnungen immer wieder Ausnahmen zuließen. So erhielt er für seine in Deutschland verbliebene jüdische Mutter, seine Schwester, seinen jüdischen Schwager und deren Tochter die Einreisegenehmigung nach Istanbul.

DER WEG ZURÜCK

Nach Ende des „Dritten Reichs“ entschloss sich die große Mehrheit der deutschsprachigen Hochschullehrer, Politiker, Praktiker und Künstler im türkischen Exil früher oder später zum „Weg zurück“. Eine kleinere Zahl hatte den Arbeitsplatz in der Türkei kurz vor oder kurz nach dem Krieg mit einer Anstellung in den USA oder in Palästina getauscht. Die Assimilationskraft der Vereinigten Staaten und die guten Arbeitsbedingungen dort hielten diese Wissenschaftler von einer Rückkehr in die alte Heimat ab. Die meisten deutschen Emigranten aber beschränkten den „Weg zurück“; ihre verschiedenen Motive waren im Wesentlichen durch materielle und emotionale Überlegungen geprägt.

Trotz aller Bemühungen der türkischen Kollegen war etwa eine leidlich erträgliche Pensionsregelung nicht durchsetzbar. Ohne nennenswerte Ersparnisse konnte man dem Alter in der Türkei nicht ohne Sorge entgegensehen. Heimweh, nicht nur nach Menschen, Orten und Natur, sondern besonders nach der vertrauten Sprache tat ein Übriges.

Viele der Emigranten taten sich mit der türkischen Sprache schwer. Die beiden Ökonomen und Sozialwissenschaftler Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow benötigten für ihre Vorlesungen an der İstanbul Üniversitesi bis zum Ende des türkischen Exils sprach- und fachkundige Dolmetscher. Beide waren bereits im Jahre 1933 als Gegner des NS-Regimes in die Türkei emigriert und fanden als Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts beziehungsweise als Dozent für Wirtschaftsgeografie sowie Wirtschafts- und Sozialgeschichte sofort eine adäquate Anstellung. Angesichts der hohen Qualität der Vorlesungen und Veröffentlichungen beider sah Universitätsrektor Cemil Bilsel über ihre Sprachdefizite hinweg. Wilhelm Röpke veröffentlichte 1937, dem Jahr seines Rufs an die Universität Genf, sein wichtigstes Lehrbuch, *Die Lehre von der Wirtschaft*. Es wurde in mehr als ein Dutzend Sprachen übersetzt. Alexander Rüstow verfasste in Istanbul sein „Opus Magnum“, die dreibändige *Ortsbestimmung der Gegenwart*. In deren Vorwort schrieb er 1950: „Dass ich mich von damals bis heute wissenschaftlicher Arbeit widmen konnte, dafür schulde ich Dank der Neuen Türkei,

die, durch Atatürk geschaffen und in den abendländischen Kulturkreis überführt, gleich zahlreichen emigrierten Kollegen auch mich unter liberalen und würdigen Bedingungen zur Mitarbeit an dieser Umstellung berief.“ Röpke wie Rüstow zeichneten sich nach dem Krieg als wichtige intellektuelle Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft aus.

Die Früchte des unter schwierigen Umständen begonnenen deutsch-türkischen Wissenschaftsaustauschs zeigen sich heute in einer großen Zahl von Universitätspartnerschaften sowie in der Zusammenarbeit im Rahmen europäischer Programme. Die Exilprofessoren und die von ihnen ausgebildete türkische Professoren-Elite haben die türkische Forschung und Lehre auf einen Stand gebracht, der in vielen Bereichen demjenigen von EU-Mitgliedstaaten gleicht. Frühere Exilanten wie Fritz Baade oder Hans Wilbrandt gründeten in Bonn die Deutsch-Türkische Gesellschaft und leiteten sie über Jahrzehnte. Stets erinnerten sie an die Aufnahmebereitschaft und Gastfreundschaft, welche die Türkei den Exilanten in ihrer existenziellen Bedrängnis erwies. Sie hatten erkannt, dass die Freundschaft zwischen Deutschland und der Türkei für beide Seiten gewinnbringend und fruchtbar ist. Mehr noch: Das Wissen über die wechselseitige Geschichte und genaue Kenntnisse in Kunst, Kultur, Religion und Mentalität des jeweils anderen sind für das Miteinander von Türken und Deutschen in Deutschland und in der Türkei zentral.

Gemeinsame Verantwortung

Die wachsende Bedeutung der deutsch-türkischen Beziehungen

JÜRGEN HARDT

Geboren 1963 in Hofheim am Taunus, Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, seit 2009 Abgeordneter des Deutschen Bundestages und seit September 2015 Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Der Dialog zwischen Deutschland, der Europäischen Union (EU) und der Türkei erlebt in diesen Monaten eine bisher noch nicht gekannte Intensität. War das Verhältnis in den vergangenen Jahren eher ein freundliches Nebeneinander, bei dem die gemeinsame Mitgliedschaft in der NATO die wesentliche Konstante war, bekennen Politiker aus der EU nun

offen, dass der Türkei für die Lösung der Konflikte im Nahen Osten und bei der Steuerung der Flüchtlingsbewegungen eine zentrale Rolle zukomme. Was hier und da als Schmeichelei oder gar „Kniefall“ vor der Türkei verunglimpft wird, ist in Wirklichkeit die Anerkennung eines geopolitischen

Faktums, das die EU in den letzten Jahren aus dem Blick verloren hatte. Denn beide – die Türkei und die EU – sind aufeinander angewiesen. Das wird nun deutlicher denn je.

Auch von grundsätzlicher Kritik werden die neuen Kooperationsformate wie die ersten deutsch-türkischen Regierungskonsultationen im Januar 2016 oder das EU-Türkei-Gipfeltreffen begleitet. Menschenrechts- und Bürgerrechtsorganisationen, deutsch-türkische Intellektuelle und nicht zuletzt Unterstützer der Anliegen der Kurden in der Türkei beklagen, dass eine vertiefte Zusammenarbeit mit der heutigen Türkei einem Ausverkauf europäischer Werte sowie demokratischer und rechtsstaatlicher Standards gleichkäme. Zu diesen Vorwürfen möchte ich im Folgenden Stellung nehmen. Offene Worte zwischen Partnern und verstärkte Zusammenarbeit in einzelnen Bereichen schließen sich nicht aus. Die deutsch-türkischen Beziehungen müssen sowohl besondere Belastungen, wie die aktuelle Fluchtbewegung, als auch Kritik aushalten können. Ich plädiere deshalb für ein differenziertes Türkei-Bild, bei dem eine Analyse der türkischen Innenpolitik und ihrer Bedingungen uns klarer aufzeigen kann, auf welchen Feldern die Türkei für uns ein wichtiger Kooperationspartner ist.

GRÖßERE GEGENSÄTZE

2015 war die Türkei durch zwei Wahlkämpfe geprägt, welche die inneren Spannungen der Gesellschaft so deutlich zutage treten ließen wie lange nicht mehr. Pole bilden dabei beispielhaft die junge säkulare Bevölkerung in Istanbul und der ländlich-konservativ geprägte Osten des Landes. Auch andere Gegensätze sind in der Türkei größer als bei uns: ein sehr verschiedener Grad an Autoritätsakzeptanz bei Jung und Alt, große Differenzen bei der Bewertung der Rolle der Religion sowie nicht zuletzt auch größere Wohlstands- und Bildungsunterschiede. Hier einen Interessenausgleich zu schaffen, ist ein schwieriger Balanceakt für jede türkische Regierung, der nicht alles entschuldigt, aber vieles erklärt.

Die Neuwahlen vom 1. November 2015, deren weitgehend friedlicher und korrekter Verlauf von unabhängigen OSZE-Beobachtern bestätigt wurde, brachten der AKP (*Adalet ve Kalkınma Partisi*, „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“) die absolute Mehrheit der Stimmen. Dies ist Ausdruck des Wunsches der Mehrheit der türkischen Bevölkerung nach Stabilität und muss so akzeptiert werden. Deutschland und Europa sollten sich nun darauf konzentrieren, mit der neuen türkischen Regierung die beträchtlichen außenpolitischen Herausforderungen entschlossen und sachbezogen anzugehen.

Das deutsch-türkische Verhältnis lässt sich heute ohne einen Blick auf die große Zahl von drei Millionen türkischstämmigen Menschen in Deutschland und 1,5 Millionen Rückkehrern in die Türkei nicht erklären. Hier liegt

wohl das Fundament für die besonderen bilateralen Verbindungen, die heute tief in die deutsche Gesellschaft und ihr Wirtschaftsleben, in kulturelle Angebote bis hinein in familiäre Bindungen reichen.

HANDELS- UND BÜNDNISPARTNER

Deutschland ist der wichtigste Handelspartner der Türkei und der größte ausländische Investor. Das Handelsvolumen betrug in den letzten Jahren stets über dreißig Milliarden Euro jährlich. Sowohl türkische Exporte nach Deutschland als auch deutsche Exporte in die Türkei verzeichneten in den letzten Jahren einen konsequenten Anstieg. Als ich im vergangenen Herbst die Präsidentin der Vereinigung türkischer Industrieller und Geschäftsleute TÜSİAD (*Türk Sanayicileri ve İşadamları Derneği*), Cansen Başaran-Symes, traf, stellte sie klar, dass die türkische Wirtschaft in Richtung EU ausgerichtet sei. Hier lägen aus türkischer Sicht die Wachstumschancen und Perspektiven der Zukunft. Aus deutscher Perspektive ist die Türkei ebenfalls ein Markt der Zukunft. Die Bedeutung der Türkei zur Diversifizierung unserer Energieversorgung und als Transitland für Energielieferungen aus dem Iran, dem Irak oder dem Kaspischen Raum wird zunehmen.

Wenn die Türkei regelmäßig auf ihre prekäre geostrategische Lage aufmerksam macht, die sie nunmehr seit Jahren an der Konfliktlinie zu Syrien, dem Irak und dem Iran zu verkraften hat, so ist dies zugleich mit dem berechtigten Anspruch der Rückversicherung durch die NATO-Partner verbunden. Ankara erwartet von seinen Allianzpartnern in der NATO ausdrückliche Zeichen politischer und militärischer Solidarität. Dem wird Deutschland auf verschiedenen Gebieten gerecht. Auch deutsche Soldaten dienen auf türkischem Boden und lassen keinen Zweifel an deutscher Bündnistreue.

STABILITÄTSANKER IN EINER KONFLIKTREGION

Wie Deutschland engagiert sich die Türkei stark im Europarat und in der OSZE. Die Bundesrepublik baut auf türkische Unterstützung während des deutschen OSZE-Vorsitzes 2016. Das Land ist zentraler außenpolitischer Akteur und Stabilitätsanker in der konfliktreichen Region zwischen dem Schwarzen Meer, dem Persischen Golf und dem Mittelmeer. In der Vergangenheit hat die Türkei bewiesen, dass sie nach Israel unser verlässlichster Partner in der Region ist. Bei der Beilegung des syrischen Bürgerkrieges, im Kampf gegen den internationalen Terrorismus sowie bei der Lösung der Fluchtursachen in der Region kann der weitreichende Einfluss Ankaras für Deutschland von großem Nutzen sein.

Eine besondere Leistung erbringt die Türkei mit der Versorgung von mittlerweile etwa 2,5 Millionen Flüchtlingen – das sind mehr als in jedem anderen NATO-Staat. Die Zusammenarbeit bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise ist zu beiderseitigem Nutzen und beruht auf Gegenseitigkeit. Heute muss die Kooperation unserer Länder auch darauf abzielen, die Lebenssituation der Flüchtlinge in der Türkei messbar zu verbessern. Mit sechs Milliarden Euro vonseiten der EU und den Mitteln der Londoner Geberkonferenz sollte dies heute nun möglich sein. Doch Geld allein wird der Türkei nicht helfen. Es ist nachvollziehbar, dass die Türkei bei den Flüchtlingen auch zahlenmäßig entlastet werden will. Im Gegenzug erwarten wir von Ankara die konsequente Bekämpfung des Schlepperunwesens an der türkischen Westküste und eine bessere Überwachung illegaler Einwanderung aus dem Iran.

VERHANDLUNGEN OFFENBAREN DEFIZITE

Die Notwendigkeit der Kooperation in der Fluchtursachenbekämpfung und bei der humanitären Flüchtlingsarbeit hat erneut eine Dynamik der Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei entfacht. Aber auch wenn wir bilateral an historisch enge Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern anknüpfen, ist die Flüchtlingskrise nicht nur ein Problem Deutschlands oder der Türkei, sondern eben auch der EU. Es scheint daher richtig zu sein, einerseits die Türkei bei ihrem Einsatz für die Flüchtlinge zu unterstützen, andererseits aber auch über die Möglichkeiten einer weiteren Annäherung der Türkei an die EU zu sprechen. Die Eröffnung neuer Kapitel in den Beitrittsverhandlungen bietet dabei die Möglichkeit, sehr konkret über Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der EU und der Türkei zu sprechen. Besonders am Herzen liegt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dabei die Lage der Christen und der religiösen Minderheiten in der Türkei. Hier bestehen nach wie vor erhebliche Defizite. Nicht zuletzt durch die wachsende Verbreitung eines konservativen, streng ausgelegten Islam sind Christen in der Türkei wieder in wachsendem Maße benachteiligt. Genau deshalb ist es sinnvoll, weitere EU-Beitrittsverhandlungskapitel zu öffnen. Ich halte die beabsichtigte Öffnung der Kapitel 23 und 24, die sich den Themen Justiz, Grundrechte sowie dem Verhältnis von Freiheit und Sicherheit widmen, für zielführend. Beitrittsverhandlungen anhand konkreter Vorgaben der EU sind die beste Möglichkeit, Grundrechtsfragen, Menschenrechtsfragen, Fragen der Religionsfreiheit und Fragen der Pressefreiheit auf den Tisch zu legen und die rechtliche und tatsächliche Lage in der Türkei mit den Anforderungen der EU zu vergleichen. Am Grundrechtekanon der EU wird es keine Abstriche geben.

Der Beitrittsprozess selbst ist offen. So ist am Ende nicht ausgeschlossen, dass beide Seiten zu dem Ergebnis kommen, nicht die Mitgliedschaft der Türkei in der EU, sondern eine Privilegierte Partnerschaft sei der beste Weg. Schon heute kann festgehalten werden: Eine Türkei, die den Beitrittsprozess durchlaufen hat und den *Acquis communautaire* der EU adaptiert, würde sich deutlich von der Türkei unterscheiden, wie wir sie heute kennen.

Im Kontext der europäisch-türkischen Beziehungen stellt sich auch die Frage, ob die EU die Visumpflicht für türkische Staatsangehörige im Schengen-Raum bereits in einem überschaubaren Zeitraum aufheben könnte. Die Voraussetzungen für Visaerleichterungen sind klar definiert, und die Verhandlungen sollten ursprünglich bis Ende 2017 abgeschlossen sein. Falls die notwendigen Maßnahmen nun schneller umgesetzt werden, steht jedoch meiner Meinung nach einer visafreien Einreise türkischer Staatsbürger zu einem früheren Zeitpunkt nichts entgegen. Wichtig ist dabei jedoch, dass die Türkei zuverlässig biometrische Pässe an ihre Staatsbürger ausgibt. Deren Kontrolle an den EU-Außengrenzen garantiert dann unsere Sicherheit auch besser als die aktuelle Visaregelung mit der Türkei.

AUSSÖHNUNG MIT KURDEN ALS ZEICHEN DER STÄRKE

Deutschland und die EU haben ein Interesse an einer stabilen Türkei. Sorge bereitet, dass die Türkei innenpolitisch erneut in eine schwierige Situation geraten ist. Die Realität der Türkei wird heute von Anschlägen überschattet. So forderte die Detonation einer Autobombe am 13. März 2016 37 Leben. Dem gingen der dem „IS“ zugeschriebene verheerende Anschlag in Ankara am 10. Oktober 2015 mit 102 Toten und der Anschlag von Suruç mit über dreißig vorwiegend kurdischen Opfern am 20. Juli 2015 voraus. Letzterer führte zum Wiederaufflammen des Konflikts in den mehrheitlich von Kurden bewohnten Gebieten im Südosten des Landes. Es ist aber auch angesichts der zahlreichen Kurden in Deutschland auch im deutschen Interesse, dass die türkische Regierung und die Kurden am Friedensprozess festhalten. Nur wenn dieser weitergeführt wird, kann die ohnehin komplizierte Lage entschärft werden. Es ist grundsätzlich legitim, dass die Türkei kurdischen Terrorismus verurteilt und sich gegen diesen zur Wehr setzt. Allerdings muss dabei der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt bleiben. Nicht zuletzt aus Sicht der türkischen Regierung wäre es klug, auf diejenigen Kräfte im Land zuzugehen, die sich mit friedlichen Mitteln für eine politische Teilhabe der Kurden einsetzen. Wenn ein Aussöhnungsprozess gelänge, wäre dies auch über die türkische Landesgrenze hinaus ein positives Signal und ein Zeichen der Stärke der türkischen Regierung. Bedauerlicherweise ist derzeit

zu beobachten, dass gerade der Kurdenkonflikt immer wieder dazu herangezogen wird, demokratische Grundrechte wie Presse- oder Versammlungsfreiheit einzuschränken. Stirbt jedoch die Pressefreiheit, stirbt die Demokratie und damit die Legitimation einer Regierung. Die türkische Regierung sollte souverän mit friedlicher Opposition und anderen Meinungen umgehen. Es wird stetige Aufgabe und Pflicht der deutschen Regierung sein, eine Lösung dieses jahrzehntelangen Konfliktes und weitere demokratische Reformen anzumahnen. Die deutsch-türkische Freundschaft verträgt auch klare Worte und verkraftet Meinungsverschiedenheiten. Wie erkannte schon Otto von Bismarck vor über 100 Jahren: „Die Liebe der Türken und Deutschen zueinander ist so alt, daß sie niemals zerbrechen wird.“

100.
Deutscher
Katholiken-
tag

Ecce homo

—

Der 100. Deutsche Katholikentag als
Demonstration für den Dienst am Menschen

THOMAS STERNBERG

Geboren 1952 in Grevenbrück (Sauerland), Mitglied der CDU-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen, seit 2015 Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Vorsitzender der Leitung des 100. Deutschen Katholikentages.

Zum 100. Mal nach Mainz 1848 findet – vom 25. bis zum 29. Mai 2016 – der Deutsche Katholikentag statt. Die erste dieser Versammlungen des Laienkatholizismus in Deutschland stand unter dem Zeichen des Revolutionsjahres. Die bürgerliche Koalitionsfreiheit war soeben errungen worden, und die neuen Verbände und traditionellen kirchlichen Verei-

nigungen verschafften sich eine Stimme in der Öffentlichkeit. Nach 1871, im neugegründeten kleindeutschen Reich und in seinem „Kulturkampf“, waren Katholikentage eine Möglichkeit, sich als ein Drittel Katholiken gegenüber zwei Dritteln Evangelischer in einer „Heerschau“ vernehmbar zu machen. Die Entwicklung eines politischen Katholizismus, die Selbstbehauptung und sozialpolitische Wirksamkeit bis zum Nationalsozialismus: Das alles spiegelt sich in der Geschichte der Katholikentage.

Nach 1945 trennten sich die Wege eines westdeutschen Katholizismus mit seiner konfessionellen Verteilung von 50:50. In der Sowjetischen Besatzungszone mit ihren Diasporagebieten bildeten die Katholiken eine extreme Minderheit. Die Verhältnisse haben sich im wiedervereinten Deutschland erheblich gewandelt: 1997 war ein Drittel der Bevölkerung katholisch, daneben aber ein weiteres Drittel evangelisch und ein Drittel anders- oder nicht-glaubend. Die deutsche Gesellschaft ist nicht allein weniger konfessionell, sie ist auch deutlich pluraler geworden. Früher fremde Religionen sind wie esoterische Weltanschauungen inzwischen eine alltägliche Erfahrung. Heute sind wir in Deutschland – in stark gerundeten Zahlen – dreißig Prozent Evangelische, dreißig Prozent Katholische, dreißig Prozent Nichtglaubende, fünf Prozent Muslime und fünf Prozent Andersglaubende.

In Leipzig, dem Ort des 100. Deutschen Katholikentags, stehen wir nun wieder einer anderen Öffentlichkeit gegenüber, in der nur zwanzig Prozent Getaufte leben, darunter 4,3 Prozent katholische Christen. Achtzig Prozent sind nicht eigentlich Atheisten, sondern nehmen eher eine indifferente Haltung einem Glauben gegenüber ein, den sie zumeist nicht kennen. Wir finden auf der einen Seite einen aggressiven Säkularismus mit scharfen Angriffen nicht allein auf die Kirchen, sondern überhaupt auf religiös begründete Argumentationen, wie wir es etwa in der Debatte um den geschäftsmäßigen assistierten Suizid erlebt haben. Verstärkt wurde diese Richtung nicht zuletzt durch Debatten des Jahres 2010 um die Missbrauchsskandale und die Finanzdebatten des Jahres 2014. Die Indifferenten erleben Religion kaum als etwas, was als Verlust zu erachten wäre: Mit dem Ausspruch „Ich glaube nichts – mir fehlt nichts“ sind diese charakterisiert.

Seit ihrem Beginn 1848 war es Ziel der Katholikentage, sich für die Menschen einzusetzen, für ihre Glaubens- und Meinungsfreiheit, für ihre sozialen und wirtschaftlichen Rechte, für ihre Bildung, für den Schutz ihres Lebens und für die Achtung ihrer Menschenwürde. Stets stand der Mensch mit seiner Freude und Hoffnung, mit seiner Trauer und Angst im Mittelpunkt, immer vor dem Hintergrund der Probleme, der Herausforderungen und der Chancen der jeweiligen Zeit. Das wird auch beim 100. Deutschen Katholikentag wieder so sein.

DAS MOTTO

„Seht, da ist der Mensch“, lautet die zentrale Botschaft, die wir über die Einladung gestellt haben. Sie ist Leitwort und thematische Richtschnur zugleich. Ganz bewusst wurde für diesen Jubiläumskatholikentag ein Leitwort gewählt, das von höchster Aktualität ist, zugleich aber auch als Summe aller Leitworte der vergangenen Jahrzehnte verstanden werden kann. Es zitiert die Worte, mit denen in der Bibel Pilatus den gefolterten und verspotteten Jesus präsentiert.

Der Blick auf den geschundenen Menschen ist zugleich der Blick auf unseren Herrn und Gott.

„Seht, da ist der Mensch“ ist zudem Zeitansage und Zukunftsprogramm. Den jeweils individuellen Menschen in den Mittelpunkt des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Handelns zu stellen, ist eine der zentralen Aufforderungen der Gegenwart. Häufig haben Menschen den Eindruck, dass Macht und Einfluss, Geld und Kapital, Konsum und Wohlstand wichtiger als alles andere sind. Es geht uns darum, den Schwachen zu helfen, Strukturen zu verändern, Interessenkonflikte aufzuzeigen, Menschenwürde zu thematisieren. Die Veranstalter des Katholikentags sind davon überzeugt, dass der Mensch neu in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen und politischen Planens und Handelns gerückt werden muss. Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Kunst und Kultur sind dazu in umfassender Weise herausgefordert.

Sowohl der wissenschaftlich-technische Fortschritt als auch die Globalisierung der Kultur- und Wirtschaftsräume stellen uns heute und in Zukunft vor nie dagewesene Herausforderungen. Nicht zuletzt der gegenwärtige Flüchtlingsstrom zeigt: Die Eine Welt ist bei uns angekommen. Welche Lösungsbeiträge wir als katholische Frauen und Männer einbringen können, das soll auf dem diesjährigen Katholikentag beraten werden.

Der Katholikentag in Leipzig wird ganz wesentlich von dieser Perspektive der gemeinsamen Aufgaben und Dienste, die Christen mitgestalten wollen, geprägt sein. Nicht Kircheninteressen oder unsere Interessen als Christen stehen im Vordergrund, sondern die gemeinsame Verantwortung für die jetzigen Entwicklungen und deren Auswirkungen auf Menschen in aller Welt und für die nachkommenden Generationen. Diese Aufgaben brauchen viel Sachkompetenz, viel Engagement, einen langen Atem.

HÜTER DER SOLIDARITÄT

Die Kirchen treffen trotz aller zunehmenden Säkularisierung auf eine große Offenheit und ein großes Interesse an ihren Argumentationen. In dem Markt der Möglichkeiten sind die Kirchen gefragt als Hüterinnen der Quellen gesellschaftlicher Solidarität, von denen Jürgen Habermas mahnend spricht. Obwohl wir uns auf einem Markt der Möglichkeiten bewegen, sind alle die Kräfte gefragt, die zu einer Kohärenz in der Gesellschaft beitragen können. Nicht erst die schärfer werdenden Auseinandersetzungen im Gefolge der Flüchtlingsproblematik zeigen die Notwendigkeit von Instanzen, die zur Übereinkunft auf einer gemeinsamen Wertebasis beitragen können.

Ganz besonders sind Beiträge zum ethischen Diskurs gefragt. Wenn wir noch einmal auf die sogenannte „Sterbehilfe“-Debatte schauen, erkennen wir, dass die intensive, argumentative Aktivität der Kirche und nicht zuletzt des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) zu einer deutlichen

Versachlichung der Debatte beitragen konnte. Es gibt allerdings Bedingungen dieses Auftretens: Wollen katholische Frauen und Männer glaubwürdig auftreten, dann gelingt das nur, wenn sie dies nicht auftrumpfend, nicht besserwisserisch, nicht autoritär, sondern dialogisch, argumentierend, anbietend, partnerschaftlich tun.

DIE „WAHRE MACHT“

Das Grundmotto der politischen Aktivitäten des ZdK und der Kirche allgemein ist der Gedanke des Dienstes. Bereits in seiner „Mannheimer Erklärung“ hat das ZdK 2012 diesen Gedanken besonders herausgearbeitet. Seit seiner Wahl im März 2013 hat Papst Franziskus dieses Thema zum Kern seines Pontifikats gemacht. Einer seiner Buchtitel lautet: „Die wahre Macht ist der Dienst“. Christen, so sagt der Papst, erkennt man daran, dass sie nach dem Beispiel Jesu anderen Menschen dienen. Denn der „Dienst“ gehört zum Kern des Christentums.

Jesus selbst hat durch Wort und Beispiel das Verhältnis von Dienen und Sich-bedienen-Lassen umgekehrt. Die Haltung Jesu, „ich bin unter Euch als Diener“, bringt eine ganz neue Beziehung zwischen den Menschen zum Ausdruck. Und dieses „Dienen“ macht Menschen zu Jüngern Christi. Dienst, das ist nicht allein die Sorge um soziale Bedürfnisse, sondern meint, „dienstbar zu sein“ im umfassenden Sinn. Im Markus-Evangelium (10, 43–45) heißt es: „Wer bei euch groß sein will, der soll den anderen dienen, und wer der Erste sein will, der soll der Diener aller sein. Auch der Menschensohn ist nicht gekommen, um sich bedienen zu lassen, sondern um zu dienen.“ Damit setzt Jesus eine neue Ordnung der Rangordnung seiner Zeit entgegen. Für Christen gibt es nur einen Weg zur Größe: den des Dieners. Seine höchste Ausformung findet der Dienst für andere darin, dass er zum Christusdienst wird, weil sich Jesus mit den Geringsten gleich macht: „Was ihr dem Geringsten meiner Brüder getan habt, das habt ihr mir getan“ (Mt 25,40).

PROBLEME INNERHALB DER KIRCHE

Auch innerhalb der Kirche gibt es eine Fülle von Themen, die zu diskutieren sind: Der Glaubensschwund in der Gesellschaft ist offensichtlich; dramatisch spitzt sich der Priestermangel in Deutschland zu; in neuen Großpfarreien fürchtet man Anonymität. Die Reformanfragen scheinen eindeutig: Wie geht die Kirche mit wiederverheirateten Geschiedenen um? Wann wird der historische Diakonat der Frau wieder möglich? Wie können mehr Menschen Priester werden – auch wenn sie verheiratet sind? Wie gewinnen wir eine für unsere Zeit übersetzte Sexualmoral? Anderes mehr ließe sich nennen.

Alle solche Fragen zur Struktur und Verfasstheit der Kirche müssen offen diskutiert werden. Dennoch: Diese Fragen stehen nicht an erster Stelle. Sie sind Teil in einer „Ordnung der Wahrheiten“, wie es das Konzil vor fünfzig Jahren genannt hat. Denn erstrangig ist das Ziel, dass alle in der Kirche und die Kirche als Ganzes möglichst gut ihren Dienst erfüllen können. So kann der binnenkirchliche Blick geweitet werden. Es geht nicht zuerst und vor allem um die Verfasstheit der Gemeinschaft, sondern um deren Ziel, das außerhalb ihrer selbst liegt. Die innerkirchliche Ordnung ist nicht Selbstzweck, sondern muss auf das Zentrum des Glaubens ausgerichtet sein: auf den Dienst für die Menschen und für Gott.

Wenn es gelingt, die Verengung auf die innerkirchlichen Probleme aufzubrechen, dann werden diese Themen in den angemessenen Kontext gestellt. Die neuere Kirchengeschichte hat gezeigt, dass kirchliche Ereignisse nie rein kirchliche Phänomene waren, sondern erst in ihrer Zeit zu verstehen sind. Gesellschaft und Kirche, das sind keine geschiedenen Welten, sondern verschränkt und verbunden in den einzelnen Menschen, die eben als Mann oder Frau, alt oder jung, berufstätig oder nicht, politisch oder sozial engagiert, in einer Fülle von „Identitäten“ Christen sind.

„SALZ“ UND „SAUERTEIG“

Das Zweite Vatikanische Konzil, das vor etwa fünfzig Jahren in Rom zu Ende ging, hat das Leitbild einer „offenen Kirche“ vor allem in seiner Pastoral- konstitution *Gaudium et Spes* formuliert. Diese Texte des Zweiten Vatikanischen Konzils sind keine Neuerungen, sondern eher Erinnerungen an Quellen, die gelegentlich verschüttet gewesen sein mochten. So sagt der Diognetbrief, eine Schrift aus dem zweiten Jahrhundert, die Christen seien weder durch Sprache noch durch Sitten von den übrigen Menschen verschieden. Sie bewohnten keine eigenen Städte, noch führten sie ein absonderliches Leben. Jede Fremde sei für sie Vaterland und jede Heimat Fremde. Es heißt dann über ihren Dienst für die Welt, die sie mit ihrer Aktivität durchdringen sollen: „Was im Leib die Seele ist, das sind in der Menschheit die Christen. [...] Auf diesen erhabenen Platz hat Gott selbst sie gestellt, den zu verlassen ihnen nicht zusteht“ (An Diognet 6).

Was bedeutet solch ein Dienst konkret? Wie und für wen kann und muss die Kirche eine dienende Kirche sein? Zunächst ist da der einzelne Mensch, ob gläubig oder suchend, ob Getaufter, andersgläubig oder Atheist. Es geht um ein offenes Zugehen auf den, der uns begegnet, auf den „nicht ausgesuchten anderen“ (Emmanuel Levinas). Dass dies in diesen Monaten vor allem „der Fremde in deinen Toren“ ist, versteht sich von selbst. Darüber hinaus bezeugen Christen nicht nur mit Worten die „Liebe und Menschenfreundlichkeit unseres Gottes“, die in Christus erschienen ist, sondern lassen

das auch praktisch werden im sozialen Dienst für Einzelne sowie für die Gesellschaft. Christen schalten sich in politische und gesellschaftliche Debatten ein und wirken mit für einen gerechten Staat und eine menschliche Gesellschaft.

VIELSCHICHTIGKEIT DES DIENSTES

Kirche ist sicher nicht nur Reparaturanstalt für Lücken der Sozialordnung oder nur zuständig für die Ausführung staatlicher Aufgaben: Aber als Kirche gestalten und wirken Christen mit im Dienst in den verschiedenen Formen der Gesellschaft. Der Dienst schließt den Einsatz für die ein, die sich nur schwer oder gar nicht Gehör verschaffen können.

Der Dienst macht – schließlich – nicht an staatlichen Grenzen halt. Der Dienst erstreckt sich auf alle Menschen. Er darf nicht unterscheiden zwischen einer Gerechtigkeit für Europäer und dem Unrecht in anderen Teilen der Welt. Einsatz für weltweite Gerechtigkeit gehört zum Wesen des christlichen Dienstes. Als Kirche wissen sich Christen als Glieder einer übernationalen Gemeinschaft, die nicht wertet nach irgendwelchen nationalen Abgrenzungen. Und: Die Verantwortung erstreckt sich auf Menschen und Schöpfung gleichermaßen.

Solcher Dienst geschieht in der Kirche auf ganz unterschiedliche Weise; auffallend und – noch häufiger – unspektakulär. Diejenigen, die solche Dienste nicht zuletzt ehrenamtlich im sozialen Bereich, von Flüchtlingsheimen und Kindergärten bis zu Besuchsdiensten, im kulturellen Bereich, von den Büchereien bis zu den Chören, im kirchlichen Bereich, vom Diakonat bis zur Kirchenpflege, im persönlichen Bereich im Aufbrechen von Einsamkeit oder so viel anderes tun, verdienen Anerkennung und auch die Vermittlung ihres Dienstes in eine Öffentlichkeit, deren Medien solche Themen zumeist ausklammern.

Gläubige leben mit der Gewissheit, dass die Aufgaben, die der Dienst bedeutet, nicht allein erfüllt werden müssen. Die Bibel gibt Gewissheit: „Der Geist nimmt sich unserer Schwachheit an“ (Röm 8,26), und Jesus sagt bei seinem Abschied: „Ich bin bei euch alle Tage“ (Mt 28,20). Diese Zusage gilt nicht allein für die unmittelbar politische Wirksamkeit. Gesellschaftliche Wirksamkeit, das heißt auch: Ansprechpartner zu sein für Menschen in ihren Sorgen, in ihrer Trauer und in ihrem Glück.

Charta Oecumenica



Was Katholikentage für das gemeinsame Handeln
der Kirchen bedeuten

HEINRICH BEDFORD-STROHM

Geboren 1960 in Memmingen, seit
2011 Landesbischof der Evangelisch-
Lutherischen Kirche in Bayern und
2014 Ratsvorsitzender der Evangeli-
schen Kirche in Deutschland.

Katholikentage sind ein deutsches Unikum,
in der gleichen Weise, wie es – auf evange-
lischer Seite – Kirchentage sind. Nirgends
sonst gibt es solche, von einem derart breiten
Spektrum getragenen Veranstaltungen, die
durch christlichen Geist und christliches En-

gagement bestimmt, aber bewusst von Laien getragen sind; der Begriff des
„Laien“ stellt für die evangelische Seite allerdings eine uneigentliche Rede-
weise dar, weil sie vom Priestertum aller Getauften ausgeht und keinen sub-
stanziellen Unterschied zwischen Ordinierten und Nichtordinierten macht.
Aber eines ist bei beiden Veranstaltungen klar: Es ist nicht die verfasste Kirche,
die einlädt und feiert – es sind engagierte Christinnen und Christen, die sich

fünf Tage lang treffen, über die brennenden Fragen der Zeit diskutieren, ihre Meinungen austauschen, dabei auch zu eigenständigen Auffassungen gegenüber der verfassten Kirche kommen und ein deutliches Zeugnis ihres vom Glauben getragenen Engagements geben.

PHÄNOTYPISCHE ÄHNLICHKEIT, HISTORISCHE UNTERSCHIEDE

Auch wenn Kirchen- und Katholikentage sich phänotypisch sehr ähneln, sind ihre Ursprünge und ihre jeweilige Geschichte sehr verschieden: Der Deutsche Evangelische Kirchentag ist in seiner heutigen Gestalt – wie die Evangelischen Akademien – nur vor dem Hintergrund des Versagens der Evangelischen Kirche in der NS-Zeit zu begreifen. Aus falsch verstandener Loyalität dem Staat gegenüber hatten die Kirchenleitungen zum Unrecht der NS-Diktatur geschwiegen und bestenfalls dann Widerspruch eingelegt, wenn sie ihre ureigenen Rechte angetastet sahen. Aus diesem Grund sah es Reinold von Thadden-Trieglaff, Gründer der Evangelischen Kirchentage sowie Mitglied im Ökumenischen Rat der Kirchen, nach der NS-Zeit als unabdingbar an, unter evangelischen Christen ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Glaube und Weltverantwortung immer zusammengehören. Der Glaube dürfe sich nicht in eine wie auch immer geartete Innerlichkeit zurückziehen, sondern müsse vielmehr alle Bereiche des Lebens, des gesellschaftlichen und politischen Handelns bestimmen. Daher liegt der Fokus des Deutschen Evangelischen Kirchentages auf gesellschaftlichen Fragen, die politische Debatten aufgreifen: Er ist evangelische Zeitansage.

MEHR KUNDGEBUNG ALS GOTTESDIENST

Katholikentage – so sehr sie von außen betrachtet Evangelischen Kirchentagen ähneln und gern auch einmal sprachlich mit ihnen verwechselt werden – sind seit ihrer Gründung im Jahr 1848 eigentlich Generalversammlungen der katholischen Verbände. Das ist bei genauerem Hinsehen auch gut zu erkennen: Schon die Eröffnungsveranstaltung ist kein Gottesdienst, sondern eine Kundgebung. Das Programm wird bestimmt und verantwortet von den Verbänden und Organisationen, die im Zentralkomitee der deutschen Katholiken vertreten sind. Ein Blick in das Programmheft genügt, um die Zielrichtung erkennen zu können: Wo Misereor draufsteht, ist auch Misereor drin, ohne plumpe Werbezwecke zu verfolgen. Da sich der verbandlich organisierte Katholizismus – viel stärker als der Protestantismus – sozial-karitativ, im Bildungs- und Erziehungsbereich verorten lässt, liegt hier demzufolge auch bei Katholikentagen ein deutlicher Schwerpunkt. Daraus ergibt sich – jenseits

aller kontroversen theologischen Debatten zwischen den Kirchen – ein weites ökumenisches Feld sozialetischer Fragestellungen, in dem gemeinsames Reden und Handeln sehr gut möglich ist. Genau diese Chance nutzt der Katholikentag intensiv.

VERPFLICHTUNG ZUM GEMEINSAMEN HANDELN

In dieser Weise ist auch die feierliche Unterzeichnung der Charta Oecumenica auf dem Ökumenischen Kirchentag 2003 in Berlin zu verstehen. Zwar wurde diese bereits 2001 von der Konferenz Europäischer Kirchen und dem Rat der Europäischen Bischofskonferenzen verabschiedet, aber ihre Bedeutung wurde der Öffentlichkeit erst in Berlin bewusst. In der Charta Oecumenica verpflichten sich die Kirchen ausdrücklich, „auf allen Ebenen des kirchlichen Lebens gemeinsam zu handeln, wo die Voraussetzungen dafür gegeben sind und nicht Gründe des Glaubens oder größere Zweckmäßigkeit dem entgegenstehen“ (Coe 4).

Dieser Vorsatz wurde während des Zweiten Ökumenischen Kirchentages 2010 in München, der wiederum von dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken und dem Deutschen Evangelischen Kirchentag getragen wurde, in die Tat umgesetzt, wo immer das möglich war. Gerade die Zusammenarbeit der großen sozialen Verbände, Diakonie und Caritas, kann hier beispielhaft genannt werden: Wenngleich sich die Vorbereitung nicht immer ganz einfach und reibungslos gestaltete, ist doch in dieser Zeit eine tiefere Kenntnis voneinander entstanden, und damit auch das Wissen von den Stärken und Grenzen des jeweils anderen.

IM GEISTE DES „AGGIORNAMENTO“

Das gemeinsame Zeugnis in sozialetischen Fragen ist nur ein Aspekt, in dem das deutliche ökumenische Interesse des Katholikentages zum Ausdruck kommt. Schon seit den Aufbrüchen des Zweiten Vatikanischen Konzils, dem Geist des „Aggiornamento“ (Papst Johannes XXIII.), also der Anpassung an heutige Verhältnisse, der auf Katholikentagen kräftig und lebendig weht, steht das Bemühen um die Annäherung der Kirchen ganz weit oben auf der Agenda. Dreimal bereits hat diese zu gemeinsamen Veranstaltungen geführt – zu den beiden Ökumenischen Kirchentagen in Berlin und München, aber auch schon viel früher, zum Augsburger Pfingsttreffen im Jahr 1971, das mit Fug und Recht als die Mutter aller Ökumenischen Kirchentage gelten darf. Natürlich erfordert es erhebliche Anstrengungen eines hohen ökumenischen Willens, gelegentlich sogar eines Kraftaktes, zwei unterschiedliche Kulturen,

wie sie Katholiken- und Kirchentage nun einmal prägen, unter einen Hut und in ein Programm zu bringen, mit dem alle leben können. An der ökumenischen Gesinnung fehlt es dem Katholikentag jedenfalls nicht.

ÖKUMENE BERÜHRT JEDEN EINZELNEN

Es ist schon erstaunlich, welche große Rolle die Einheit der Christen für den Katholikentag immer wieder spielt. Wer sich zum Beispiel in Regensburg 2014 für ökumenische Fragestellungen interessierte, hatte die Qual der Wahl: Es bot sich eine Fülle von Veranstaltungen zu diesem Thema, die ein enorm weites Spektrum abdeckten. Das war nicht etwa dem Übereifer der Programmgestalter geschuldet, sondern vielmehr dem Bewusstsein, dass die Ökumene längst nicht mehr ein Betätigungsfeld für Spezialisten ist, sondern das Christsein jeder und jedes Einzelnen berührt.

So darf man mit Spannung erwarten, was der 100. Katholikentag, dessen Programm in diesen Tagen entsteht, in Leipzig thematisieren wird: Eine Auseinandersetzung mit der Reformation, deren 500-jähriges Jubiläum die evangelische Kirche im kommenden Jahr begehen wird, drängt sich geradezu auf. Als gemeinsames Christusfest – ganz im Sinne Martin Luthers – kann es, davon bin ich überzeugt, auch für unsere katholischen Schwestern und Brüder Anlass zum Feiern und Gedenken sein.

Nach dem Zweiten Ökumenischen Kirchentag in München wurde gelegentlich die Meinung geäußert, in Zukunft könne man auf Kirchen- und Katholikentage zugunsten von fortan gemeinsamen Veranstaltungen verzichten. Das wäre ein Verlust, denn die Prägung des einen ist für den je anderen eine große Bereicherung: Die sozialethische und ökumenische Stimme des Katholikentages ist auch für evangelische Christinnen und Christen unverzichtbar.

Auf Einladung der Laien



Geschichte, Bedeutung und Aktualität der Katholikentage

MARTIN STAUCH

Geboren 1965 in Frankfurt am Main,
Historiker, Geschäftsführer der
Deutschen Katholikentage.

Herr Stauch, weil es manchen nicht so klar ist: Wer lädt zu den Katholikentagen ein?

Martin Stauch: Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken, kurz ZdK, also die oberste Laienvertretung katholischer Christen in Deutschland, lädt dazu ein. In der Regel geht das so vor sich, dass ein Bischof oder ein hoher Bistumsvertreter in

die Vollversammlung des Zentralkomitees mit ihren 230 Mitgliedern kommt und für eine Stadt in seiner Diözese wirbt. Darüber beschließt dann das Zentralkomitee.

Gilt beim Katholikentag also „umgekehrte Welt“ im Verhältnis von Hirten und Schafen?

Martin Stauch: Das würde ich nicht so formulieren, weil das ja voraussetzt, dass eine solche Abhängigkeit von Hirten und Schafen existierte. Tatsächlich mag es manchem nicht alltäglich erscheinen,

wenn der Präsident des Zentralkomitees den Vorsitz über die Katholikentagsleitung führt und der jeweilige Bischof den Platz neben ihm einnimmt. Bisher hat sich aber niemand darüber beschwert – vielleicht auch deshalb nicht, weil es sich im Grunde um ein partnerschaftliches Verhältnis handelt.

Dennoch ist nicht alles Harmonie. Nicht selten waren Katholikentage auch Schauplatz von Kontroversen zwischen Laien und Klerikern – beispielsweise 1922 in München ...

Martin Stauch: ... als der Katholikentagspräsident, der damalige Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, Kardinal Michael von Faulhaber – in dessen Anwesenheit – vor großem Publikum widersprach. Beim Eröffnungsgottesdienst hatte der monarchistisch gesinnte Faulhaber die Gründung der Weimarer Republik in die Nähe von „Meineid und Hochverrat“ gerückt. Daraufhin bezog Adenauer in seiner Schlussrede klar Stellung für die Republik und brüskierte so den Kardinal.

Franz Josef Strauß, der beide Reden gehört hatte, berichtete später, wie Faulhaber voller Zorn seinen Kardinalshut packt und gehen will, aber Adenauer den Eklat listig verhindert, indem er seine Rede mitendrin unterbricht, um Faulhaber um den oberhirtlichen Segen zu bitten. Diesen konnte der Kardinal – wenn auch wutschnaubend – nicht verweigern.

Die Würze dieser Anekdote liegt in dem gerade nicht unterwürfigen Auftreten eines Laien gegenüber einem hohen kirchlichen Würdenträger. Wieviel Wahrheit steckt darin? Nimmt der

Laienkatholizismus in Deutschland eine besonders selbstbewusste Rolle ein?

Martin Stauch: Im internationalen Vergleich trifft das gewiss zu. Institutionen wie das Zentralkomitee und die Katholikentage sind in Form und Bedeutung weltweit einmalig. Schon wenn Sie beispielsweise nach Frankreich gehen, um Katholiken zum Mitmachen beim Katholikentag zu motivieren, dann merken Sie, dass man dort schon die Konstruktion nicht versteht. Nur in Deutschland hat sich ein starkes, von Laien getragenes katholisches Verbandswesen entwickelt – mit der Konsequenz, dass sich hier auch die meisten Bischöfe an die Mitsprache und Selbstorganisation der Laien gewöhnt haben.

Freilich trifft das nicht auf alle zu. Der jetzt im Ruhestand befindliche Joachim Kardinal Meisner hat beispielsweise sehr stark mit dem Katholikentag gefremdelt.

Sie sind Historiker und haben eine Ausstellung zur Geschichte des Katholikentags konzipiert. Welche großen Linien ziehen Sie mit Blick auf fast 100 Katholikentage in über 165 Jahren?

Martin Stauch: Natürlich haben sich die Katholikentage in diesen vielen Jahrzehnten gewandelt – im Verhältnis zu ihrer Kirche wie zur Gesellschaft. Das Erstaunliche ist jedoch, dass sich eine Veranstaltung über einen so langen Zeitraum erhalten hat. Das liegt einerseits an der Wandlungsfähigkeit der Katholikentage, die 1848 als Zusammenschluss von Pius-Vereinen begannen und heute sehr heterogene Veranstaltungen vieler Tausend



Quelle: Jérôme Gravenstein

Christen sind – mit einer riesigen Themenvielfalt und zahlreichen internationalen Bezügen.

Dann aber gilt es, die Konstanten zu sehen – an erster Stelle, dass die Katholikentage immer politisch gewesen sind. Die Wahl des Ortes für den ersten Katholikentag, Mainz, ergibt sich auch aus der Nähe zu Frankfurt, denn dort tagte die Nationalversammlung. Aus der Paulskirche kamen damals zahlreiche Politiker nach Mainz, um das Gespräch zu führen, um sich zu vernetzen, um auf Petitionen einzugehen. Wenn heute die meisten Mitglieder des Bundeskabinetts teilnehmen, wenn zahlreiche Landespolitiker dabei sind, dann hat das durchaus Tradition.

Inhaltlich war die „soziale Frage“ der Dreh- und Angelpunkt der ersten Katholikentage: Wilhelm Emmanuel von Ketteler,

der Gründer der Katholischen Arbeiterbewegung und spätere Bischof von Mainz, hat bereits auf dem ersten Katholikentag gesprochen. Der „Gesellenvater“ Adolph Kolping, Ahnherr des Kolpingwerks, nutzte die Katholikentage dazu, um seine Idee großflächig über Deutschland zu verbreiten. In den 1890er-Jahren gab es große Arbeiterumzüge, bei denen mit Fahnen und allem Drum und Dran durch die Straßen marschiert wurde – der Beginn der großen Teilnehmerzahlen beim Katholikentag. Die „soziale Frage“ stellt sich nicht mehr so wie im 19. und 20. Jahrhundert, aber soziale Fragestellungen spielen bis heute eine wichtige Rolle.

Spätestens mit dem Essener Katholikentag 1968 wurden die Katholikentage zum Ort riesiger Debatten um die Konsequenzen des Zweiten Vatikanischen

Konzils. Von Essen ging ein enormer Reformdruck aus, der schließlich zur Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland (1971 bis 1975) führte.

Wie lässt sich die Gründung der CDU vor siebzig Jahren in den Kontext der Kirchentagsgeschichte einordnen?

Martin Stauch: Selbst wenn es sich bei der CDU um die Neugründung einer Partei nach dem Zweiten Weltkrieg handelt und unmittelbare Anknüpfungspunkte zur früheren deutschen Parteiengeschichte bewusst vermieden wurden, gibt es doch unübersehbare Traditionslinien, die zur Zentrumsparterie zurückführen – und das Zentrum und die Katholikentage waren lange quasi ein und dasselbe.

Nicht nur, dass ein früherer Zentrumsolitiker und Katholikentagspräsident, nämlich Konrad Adenauer, die CDU geprägt hat: Ein entscheidender Aspekt ist gewiss auch, dass die Katholische Soziallehre, die nicht zuletzt auf den Katholikentagen propagiert worden ist, Eingang in die Programmatik der CDU gefunden hat.

Unionspolitiker wie Bernhard Vogel oder Hans Maier hatten im ZdK eine bedeutende Rolle gespielt, aber wie Sie auch heute an der Zusammensetzung der Gremiums erkennen können: Das Zentralkomitee ist überparteilich.

Warum geht man mit dem 100. Katholikentag nach Leipzig? Man hätte doch auch an den Gründungsort Mainz zurückkehren können.

Martin Stauch: Es wäre gewiss naheliegender gewesen, nach Mainz zu gehen, aber

dann wäre es wohl mehr eine Traditionsveranstaltung mit vielen Rückblicken geworden. Der 100. Katholikentag soll aber vor allem in die Zukunft schauen: Wie sieht die Kirche im 21. Jahrhundert aus – angesichts fortwirkender Säkularisierungstendenzen? In Leipzig zeigt sich, dass diese Frage nicht so einfach zu beantworten ist, wie manche glauben. Hier legt man sehr viel Wert auf die Feststellung, dass der „Osten“ nicht das Labor für den „Westen“ abgibt: Der Abbruch von kirchlichen Traditionen unter der SED-Herrschaft war etwas anderes als ein schleichender Säkularisierungsprozess im „Westen“. Die Konsequenz darf also auch nicht sein: So wie im „Osten“ sieht es in fünfzig Jahren im „Westen“ aus!

Trotzdem ist es interessant, mitzuerleben, wie Kirche in der Diaspora aussieht. Denn Diaspora heißt nicht automatisch Schrumpfung oder Niedergang – die Propsteikirche in Leipzig wurde gebaut, weil die alte Kirche zu klein geworden war. Allerdings ist die Diasporasituation nicht einfach, nicht überall gibt es Wachstum. Dennoch ist Diaspora nicht gleichbedeutend mit gesellschaftlicher Randlage. Gerade in Leipzig lässt sich verdeutlichen, dass Kirche der Gesellschaft guttut. Kirche ist selbst dort, wo Christen in der Minderheit sind, ein wichtiger Akteur, der mobilisieren kann, der wichtige Debatten anstoßen, voranbringen kann, die Dinge zum Guten wenden kann. Dafür ist, wenn Sie an die „Friedliche Revolution“ in der DDR denken, Leipzig das Symbol!

Dennoch: Nur 4,3 Prozent der Leipziger sind Katholiken, und die übrigen 95,7 Prozent sollen sich auch noch über die Zuschüsse der Stadt an den Kosten

des Katholikentages teilnehmen. Wie lässt sich das rechtfertigen?

Martin Stauch: Ein für alle einsichtiger Grund sind die ökonomischen Vorteile. Der 100. Katholikentag ist eine Großveranstaltung, die kostet, aber auch viel Geld nach Leipzig bringt. Die Stadt investiert eine Million, aber sie erhält – unabhängig von verschiedenen Kalkulationsmodellen – ein Vielfaches dieses Betrages zurück. Nach unserer Berechnung werden etwa neun Millionen Euro in der Region hängen bleiben. Das heißt, die Wirtschaft wird gefördert – und das quasi risikolos, weil es bei einer Veranstaltung keine Nachforderungen gegenüber der Stadt geben wird. Darüber hinaus verweisen wir natürlich auch auf die gesellschaftliche Relevanz von Kirche und kirchlichem Engagement, wie ich es eben kurz angedeutet habe.

Wenn viele Katholikentagsteilnehmer aus ganz Deutschland kommen, werden am Ende insbesondere auch viele Leipziger sagen: Das war eine tolle Sache!

Haben Sie den Eindruck, dass sich die Vorzüge bei allen Leipzigern inzwischen herumgesprochen haben?

Martin Stauch: Nach einem holprigen Start mit Finanzierungsdiskussionen und dem am Ende gescheiterten Bürgerbegehren gegen die Mitfinanzierung des Katholikentages hat sich die Lage schnell beruhigt. Insofern haben wir jetzt keine Probleme bei der Vorbereitung, im Gegenteil.

Eine sehr kleine Gruppe von Menschen, die komplett kirchenfeindlich gesinnt ist, gibt es immer. Einige schicken regelmäßig unflätige E-Mails und Facebook-Einträge. Die breite Masse stellen

aber diejenigen dar, die mit Kirche gar nichts am Hut haben und sagen: Ist mir doch egal. Glaubt doch, was ihr wollt! Ihre Verwunderung über uns ist so groß, dass sie fast wieder neugierig sind und fragen: Was sind das für komische Typen, diese Katholiken oder Protestanten? Und da lohnt es sich, einige Anstrengungen zu unternehmen, um sie zu erreichen. Katholikentag-Fans werden sie gewiss nicht werden, aber vielleicht erkennen sie, was Kirche leisten kann. Auf sie wollen wir etwa mit einem Straßenfest in der Leipziger Innenstadt zugehen.

Als Reaktion auf die Krawalle am Jahresanfang sprach Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung von „offenem Straßenterror“. Hat das Einfluss auf den Katholikentag?

Martin Stauch: Das ist schon eine Sache, die uns Sorge bereitet. Die Aufmärsche der Pegida-Demonstranten sind offensichtlich rechtsradikal polarisiert, mehr noch als bei Pegida in Dresden. Aber es handelt sich um eine sehr kleine Gruppe, die von der Polizei immer gut abgeschirmt wird und noch dazu an Zulauf verliert. Jetzt wird, statt wöchentlich, nur noch einmal im Monat demonstriert.

Wir beobachten die Entwicklung natürlich sehr genau, aber zurzeit gibt es keine Anzeichen dafür, dass der Katholikentag davon in irgendeiner Weise beeinträchtigt werden könnte. Gleichwohl stimmen wir uns eng mit der Polizei und allen einschlägigen Behörden ab. Das gilt im Übrigen auch mit Sicht auf die hiesige linksextreme Szene.

Von der aktuellen politischen Lage in Deutschland wird der Katholikentag

nicht unberührt bleiben. Vor diesem Hintergrund die Frage: War es Ihrer Meinung nach richtig, die AfD nicht zu beteiligen?

Martin Stauch: Die radikalisierenden Tendenzen in der AfD haben sichtlich zugenommen. Denken Sie nur an die martialischen Sprüche von Frau Petry! Sich jetzt noch im Namen der Katholikentagsleitung mit einem Brief an einen exponierten Repräsentanten dieser Partei zu wenden und freundlich darum nachzusuchen, ob er nicht an einem Podiumsgespräch teilnehmen wolle, wäre missverständlich und verlogen. Bei aller Pluralität, die wir mit unserem Programm beim Katholikentag fraglos abbilden – in diesem Falle ist mehr noch eine feste Haltung und Stellungnahme gefragt.

Wir werden aber natürlich nicht übergehen, dass es Ängste in der Bevölkerung gibt. Im Gegenteil: Diese Ängste müssen hier zur Sprache kommen. Aber wir wollen Vereinfachungen entgegentreten – beispielsweise dem Motto: „Daran, was am Kölner Hauptbahnhof geschehen ist, kann man sehen, was Flüchtlinge uns bringen.“ Da zeigt der Katholikentag glasklar, wo er steht, indem er natürlich alle Aspekte der Flüchtlingsproblematik aufgreift und zugleich Position bezieht mit der Botschaft: Wir sind Christen und wir müssen human mit den Flüchtlingen umgehen.

*Die Fragen stellte Bernd Löhmann
am 19. Februar 2016.*

Vom Wert der Kirchen



Die Debatte über die Kirchenfinanzierung

KARLIES ABMEIER

Geboren 1953 in Münster, Leiterin Team Religions-, Integrations- und Familienpolitik, Hauptabteilung Politik und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

„Hätte ich gewusst, wie teuer es ist, hier Katholik zu sein, wäre ich sofort ausgetreten.“ So wie dem früheren Stürmer von Bayern München Luca Toni geht es möglicherweise vielen jungen Menschen, wenn sie zum ersten Mal ihren Gehaltszettel sehen und feststellen, wie viel

Kirchensteuer sie zahlen. Und auch für Ältere hört die Freundschaft beim Geld offenbar auf. Das legen zumindest die Kirchenaustrittszahlen 2013 und 2014 nahe; mutmaßlich, weil das Verfahren des Kirchensteuereinzugs für die Kapitalertragsteuer geändert und deutlich wurde, dass auch hier eine Zahlung fällig war. Doch der Kirchenaustritt mit dem Hinweis auf den Steuerbescheid ist oft nur der letzte Schritt, dem eine lange Zeit der Entfremdung vorausgegangen ist.

Nicht nur individuell, auch in der Öffentlichkeit schlägt die Diskussion um Geld und Kirchen immer wieder hohe Wellen. Besonders wenn

Skandale aufgedeckt werden, werden die Stimmen der Kirchenkritiker laut. Fehlverhalten bei gemeinnützigen Institutionen wird genau beobachtet und medial hart bestraft. Die Kritik hat jedoch sehr verschiedene Intensitäten und Motivationen.

RELIGIONSKRITISCHES KLIMA

Unter Laizisten, die ein kirchen- und religionskritisches Klima in der Gesellschaft fördern und die Religionsausübung in den privaten Bereich verbannen wollen, sind die Gegner einer Finanzierung von religiösen Institutionen durch den Staat zahlreich. Seit dem *Violettbuch Kirchenfinanzen* von Carsten Frerk 2010 haben Publikationen, die sich kritisch mit kirchlichen Finanzen auseinandersetzen, erheblich zugenommen. In den Augen dieser Kritiker hat Gott „hohe Nebenkosten“ – wie der Titel eines der Werke sagt. Mit deren durchaus umstrittenen Zahlen begründen Politiker vor allem auf der linken Seite des politischen Spektrums ihre Forderungen, staatliche Leistungen an Kirchen abzuschaffen. Aktuell führt das beispielsweise dazu, dass die öffentlichen Zuschüsse für Katholikentage hart umkämpft sind. Die Stadt Münster hat die erbetene finanzielle Unterstützung für den Katholikentag 2018 in Sachleistungen umgewandelt.

Kritik kommt aber auch aus der Kirche selbst. Als Kronzeuge wird gern Papst Benedikt XVI. zitiert, der in seiner Freiburger Rede 2011 eine „Entweltlichung“ der Kirche gefordert hatte. Wie auch immer man dieses Wort interpretiert, richtig ist, dass sich die Kirche nicht vom Geld abhängig machen darf. Das Geld muss immer Mittel zum Zweck bleiben.

REGELUNGEN IN ANDEREN LÄNDERN

Wie Geld für religiöse und karitative Zwecke eingenommen und verwandt wird, ist in allen Ländern und Religionsgemeinschaften unterschiedlich geregelt, abhängig von der theologischen Lehre, kulturellen Traditionen und staatlichen Regelungen. Bei der Diskussion um eine Reform des deutschen Systems wird häufig auf andere Verfahrensweisen verwiesen. Grob lassen sich drei Modelle unterscheiden: Finanzierung durch den Staat, Finanzierung durch die Beiträge der Mitglieder und Finanzierung aus Vermögen. In den meisten Ländern kommen Elemente aus allen drei Typen gemischt vor.

Unter dem Gesichtspunkt eines lebendigen Gemeindelebens wird oft das amerikanische Beispiel gepriesen. Die Notwendigkeit, Spenden einzuwerben, motiviere die Geistlichen zu höheren Anstrengungen und Einfallsreichtum. Sie führe auch zu einem gesteigerten Interesse und Engagement der Mitglieder, die sich für selbst finanzierte Projekte stärker einsetzten und

sich in Gemeindeaktivitäten einbringen würden. Übersehen wird dabei, dass Geistliche von Großspendern abhängig werden können, viel Zeit für Werbung aufbringen müssen und Gemeinden in sozial schwächeren Gebieten oder auf dem Land benachteiligt sind.

Förderung von größerer Nähe und Akzeptanz der Kirchensteuer bei den Gläubigen verspricht man sich vom Schweizer Modell. Dort werden in den Kantonen, die eine Kirchensteuer kennen, die Beiträge der Kirchenmitglieder auf kommunaler Ebene eingezogen. In den Kirchengemeinden wird entschieden, wie hoch die Steuern sind und wie sie verwendet werden. Die Nähe von Finanzverantwortlichen und Steuerzahlern führt zu pragmatischem Handeln. Die Kirchenaustrittszahlen und die Bindung der Mitglieder an ihre Kirche werden davon jedoch nicht beeinflusst. Sie bewegen sich auf einem ähnlichen Niveau wie in Deutschland.

Mit Blick auf eine gleiche Belastung aller Steuerpflichtigen und die Entkoppelung von Kircheng Zugehörigkeit und Zahlungsverpflichtung wird von Kritikern oft auf Italien verwiesen. Seit den 1990er-Jahren gibt es dort die Einrichtung des „Otto per mille“. Diese Regelung besagt, dass jeder Steuerpflichtige unabhängig von der Konfessionszugehörigkeit auf seiner Steuererklärung ankreuzen kann, welcher Religionsgemeinschaft oder welchen (staatlichen) humanitären Projekten er acht Promille seiner Steuerschuld zukommen lassen möchte. In diesem Fall sind die Kirchen jedoch vom Staat abhängig, der die Hebesätze alle drei Jahre ändern kann und es in der Hand hat, wie viel er der Kirche zuweist.

Auch aus anderen Ländern, in denen eine Teilzweckbindung der Einkommensteuer für gemeinnützige Vereine und Religionsgemeinschaften diskutiert wird, kommen Vorbehalte. In Polen gibt es Stimmen, die sich gegen einen Vergleich zwischen dem lebendigen polnischen Katholizismus mit gemeinnützigen Organisationen wenden.

DAS DEUTSCHE SYSTEM

In Deutschland ist die wichtigste Grundlage der Finanzierung kirchlichen Lebens die Kirchensteuer. Im 19. Jahrhundert in den deutschen Ländern anstelle der Besoldung der Geistlichen durch den Landesherrn nach und nach eingeführt, ist sie seit der Weimarer Reichsverfassung ein Zeugnis der Trennung von Kirche und Staat. Sie ist der Sache nach ein Mitgliedsbeitrag, der nur von Steuerpflichtigen eingezogen werden kann, die den jeweiligen Religionsgemeinschaften angehören. Je nach Bundesland beträgt sie acht oder neun Prozent der Einkommensteuer. Der Einzug erfolgt über die Finanzämter, die dafür von den Kirchen mit zwei bis vier Prozent der Summe entschädigt werden. Wenn in den letzten Monaten immer wieder auf Rekorderlösen an Kirchensteuern hingewiesen wurde, so lag das vor allem an der

guten Konjunktur. Wenn hohe Einkommen- und Lohnsteuern gezahlt werden, profitieren auch die Kirchen. Tatsächlich sind aber die realen Einkünfte der Kirchen kaufkraftbereinigt seit den 1990er-Jahren gefallen. Geschuldet ist das – unabhängig von den Austritten – dem demografischen Wandel: Die Besserverdienenden scheiden aus dem Erwerbsleben aus, und es sterben mehr Gläubige, als durch Taufe hinzukommen. Schon jetzt suchen die Verantwortlichen in den Kirchen nach Strategien, die erwarteten Ausfälle zu kompensieren, um die langfristigen Verpflichtungen etwa an Pensionszahlungen erfüllen zu können.

Gemessen an Kriterien wie Beitragsgerechtigkeit und sozialem Ausgleich zwischen armen und reichen Bistümern beziehungsweise Landeskirchen, Unabhängigkeit von Großspendern und theologischen Richtungen, Planungssicherheit und Ergiebigkeit ist das deutsche System im internationalen Vergleich leistungsstark.

Weit weniger, nur etwa fünf Prozent der Kirchenfinanzierung, erbringen die sogenannten Staatsleistungen im engeren Sinn. Sie beruhen größtenteils auf Entschädigungen für Säkularisationen aus dem 19. Jahrhundert und sind oft Hauptgegenstand der Kritik. Seit fast einhundert Jahren wird über geeignete Formen der verfassungsrechtlich vorgesehenen Ablösung diskutiert. Wegen der großen regionalen Unterschiede auf kirchlicher wie auf staatlicher Seite scheuen die Beteiligten radikale Lösungen. Gleichwohl gibt es immer wieder neue Vorschläge und einzelne kleine Schritte hin zu einvernehmlichen Änderungen. Eine weitere Bereinigung liegt auch im Interesse der Kirchen, die damit Angriffsflächen vermindern.

GEMEINSAME GESTALTUNG DER GESELLSCHAFTLICHEN AUFGABEN

Von diesen Staatsleistungen zu unterscheiden sind die Bereiche, in denen der Staat und die Kirchen kooperieren. Hier wird oft von der „fördernden“ oder „wohlwollenden“ Neutralität des Grundgesetzes gesprochen:

Die gemeinsamen Angelegenheiten beziehen sich auf die staatliche Kostenübernahme für die Seelsorge in Krankenhäusern, im Strafvollzug oder beim Militär und auf den konfessionellen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen. Im Rahmen der Gesetze des Sozialstaats, an dessen Entstehen die Kirchen seit dem 19. Jahrhundert einen erheblichen Anteil hatten, werden christliche Krankenhäuser, Jugendhilfemaßnahmen, Behinderteneinrichtungen und Seniorenbetreuungen bezahlt. Entgelte für Caritas und Diakonie stammen zum größten Teil, wenn auch nicht vollständig, aus Sozialversicherungsbeiträgen.

Eine andere Grundlage haben die Zuwendungen für Kindergärten, Schulen und weitere Bildungseinrichtungen. Dem Subsidiaritätsprinzip

folgend, erfüllen diese den staatlichen Auftrag, Bildung zu vermitteln. Andere freie Träger, wie der Humanistische Bund oder Waldorfeinrichtungen, erhalten die gleichen Zuwendungen für ihre Dienste. Die Finanzierung der theologischen Fakultäten an staatlichen Universitäten wiederum erbringt der Staat im Rahmen seiner Verantwortung für Bildung und Wissenschaft.

STÄRKUNG DER WERTEBILDUNG

Die Leistungen der Kirchen für die Gesellschaft erschöpfen sich aber nicht allein in diesen sozial- und bildungspolitischen Feldern. Sie tragen mit ihren religiös geprägten Maßstäben auch zur Wertebildung bei und motivieren zu ehrenamtlichem Engagement. Umfragen unter Freiwilligen zeigen, dass religiös gebundene Menschen in höherem Maß bereit sind, sich in ihrer Freizeit für das Gemeinwohl einzubringen. Dieses Engagement zeigt sich etwa bei den zahlreichen Aktivitäten im Zusammenhang mit der Unterstützung von Flüchtlingen.

Entscheidend ist dabei die Motivation, die religiös gebundene Menschen mitbringen. Aus ihrem christlichen Glauben sind sie zur Nächstenliebe aufgerufen, die sich auch auf den Fremden erstreckt. „Ich war fremd und obdachlos, und ihr habt mich aufgenommen“ (Mt 25,35) ist einer der Leitsätze, mit dem sich viele Menschen in den letzten Monaten Flüchtlingen aus Syrien und anderen Konfliktregionen zugewandt und sich mit persönlichem Einsatz um sie gekümmert haben. Doch haben nicht nur zahlreiche Ehrenamtliche viele Stunden unmittelbarer Hilfe geleistet, sondern die Bistümer und Landeskirchen haben erhebliche Summen von Kirchensteuergeldern bereitgestellt, um die akute Not der Menschen zu lindern. Allein die 27 katholischen Bistümer und die kirchlichen Hilfswerke haben 2015 mindestens 122 Millionen Euro aufgebracht, wie die Deutsche Bischofskonferenz im Februar 2016 mitgeteilt hat. Rund 71 Millionen entfielen auf die Förderung von Projekten im Inland, 41 Millionen auf Flüchtlingsprojekte in den Krisenregionen. Hinzu kommt die Bereitstellung von Wohnraum, die gegenüber dem Vorjahr um ein Vielfaches gesteigert wurde. Diese Beispiele zeigen, welche wichtige Funktion die Kirchen, ihre Mitglieder und die von ihnen aufbrachten Gelder für das gesellschaftliche Zusammenleben haben. Die Welt sähe ohne sie ganz anders aus.

Gene Editing

Wissen wir, was wir tun?

NORBERT ARNOLD

Geboren 1958 in Ellar, Leiter Team Bildungs- und Wissenschaftspolitik, Hauptabteilung Politik und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Ein Tabu, das über Kulturgrenzen hinweg in der Wissenschaft lange galt, scheint gebrochen: Anfang Februar 2016 wurden in Großbritannien Versuche genehmigt, bei denen menschliche Embryonen gezielt genetisch verändert werden sollen und die den Weg zur Keimbahninterventionen ebnen. Letzteres bedeutet, dass genetische Veränderungen auf künftige Generationen vererbt werden können.

Die Human Fertilisation and Embryology Authority (HFEA) gab als zuständige Behörde einer Arbeitsgruppe am Francis Crick Institute in London die notwendige Erlaubnis. Die Zustimmung der britischen Ethikkommission, des Cambridge Central Research Ethic Committee, steht noch aus, wird aber voraussichtlich im Laufe der nächsten Wochen erteilt werden.

Großbritannien gilt bei der biowissenschaftlichen Forschung generell als liberal. Freilich sind sich Forscher und Entscheider auch dort der Tragweite der neuen Entwicklungen bewusst. Nicht zuletzt deshalb unterliegen die genehmigten Experimente engen Grenzen. So dürfen die

genetisch veränderte Embryonen beispielsweise nicht zu Fortpflanzungszwecken verwendet werden, sondern sollen allein zu Forschungszwecken dienen – zur Untersuchung der genetischen Grundlagen der menschlichen Embryonalentwicklung. Das bedeutet unter anderem, dass die Embryonen nach wenigen Tagen getötet werden müssen.

Die Forschergruppe in Großbritannien ist nicht die erste, die sich die gezielte Veränderung des Genoms menschlicher Embryonen vornimmt. Bereits im April 2015 publizierte eine chinesische Arbeitsgruppe Ergebnisse ähnlicher Embryonenforschung und stieß damit auf deutliche Kritik. Allerdings war bereits seit längerer Zeit abzusehen, dass solche Versuche unternommen werden würden; mit der Ausweitung der Forschung ist nun verstärkt zu rechnen.

Der Auslöser des zu erwartenden Forschungsschubs sind neuartige methodisch-technische Möglichkeiten, die unter dem Begriff „Gene Editing“ („Genome Editing“) zusammengefasst werden. Die Grundlage dafür bildet das sogenannte CRISPR/Cas9-System, das vor wenigen Jahren entwickelt und seither erfolgreich eingesetzt wurde, um gezielt genetische Veränderungen von Organismen – Bakterien, Tieren, Pflanzen, menschlichen Zellen – vorzunehmen; und zwar mit einer wesentlich höheren Präzision und Effizienz, als dies bisher möglich war. Vorhandene Gene lassen sich damit zielgenau ausschalten oder fremde Gene präzise einfügen, sodass in der Grundlagenforschung Modellorganismen zur Untersuchung zellulärer Mechanismen erzeugt werden können. Es lassen sich beispielsweise auch in der Züchtungsforschung gentechnisch veränderte Pflanzen und Tiere herstellen, bei denen der gen-

technische Eingriff nicht mehr von natürlichen Züchtungsverfahren zu unterscheiden ist.

Das Gene Editing setzte eine neue Dynamik in Gang, die sich bis zu den aktuellen Versuchen an menschlichen Embryonen fortgesetzt hat und die nun völlig neue experimentelle Ansätze realisierbar macht. Gene Editing ist eine sinnvolle und nützliche Methode, deren Weiterentwicklung grundsätzlich gefördert werden sollte. Der Nutzen für die Grundlagen- und anwendungsorientierte Forschung – sofern sie nicht am Menschen erfolgt – ist offensichtlich. Allerdings müssen hochsensible Anwendungsbereiche, wie etwa Keimbahninterventionen, die zu erheblichen ethisch-rechtlichen Problemen führen oder deren sichere Nutzung noch nicht gewährleistet werden kann, kritisch bewertet werden.

WIEDER EINMAL: DER RUBIKON WIRD ÜBERSCHRITTEN

In der Regel werden wissenschaftliche Fragen erst dann öffentlich wahrgenommen, wenn ihre Ergebnisse anwendungsreif sind. In den Biowissenschaften ist dies anders: Zum einen liegen dort Grundlagenforschung und Anwendung oft so eng beieinander, dass beides nicht mehr voneinander zu trennen ist. Zum anderen betrifft die Humananwendung der Molekularbiologie und Gentechnik den Menschen direkt. Indem der Mensch selbst in den Anwendungsbereich gerät, steht das Mensch-Sein, die *conditio humana*, zur Disposition. Menschen werden biologisch gestaltbar; das „Kant'sche Instrumentalisierungsverbot“ geriete damit in Gefahr.

Die so evozierten Fragen können nicht mehr allein wissenschaftsintern beantwortet werden. Es sind vielmehr zutiefst politische und anthropologische Fragen, bei deren Beantwortung nicht nur Biowissenschaftler und Mediziner, sondern auch Ethiker und Juristen – und nicht zuletzt auch alle gesellschaftlich und politisch Engagierten – einbezogen werden müssen.

In den bioethischen Debatten übernehmen die Kirchen seit Langem die oft undankbare Rolle des Mahners. Dabei geht es ihnen nicht darum, den wissenschaftlichen Fortschritt zu blockieren, sondern um die Eröffnung notwendiger Freiräume zum Nachdenken über die „menschendienliche Perspektive“ der Forschung, und dies zu einem Zeitpunkt, zu dem die Forschung noch keine vollendeten Tatsachen geschaffen hat.

Im Falle des Gene Editing findet dieses Bestreben Unterstützung bei den Wissenschaftlern selbst: Im März 2015 forderten amerikanische Wissenschaftler ein Moratorium für Eingriffe in die menschliche Keimbahn. Diese Forderung nach einer Denkpause wurde im Dezember 2015 bei einem „International Summit on Human Gene Editing“ in Washington präzisiert, der gemeinsam von der amerikanischen National Academy of Sciences, der National Academy of Medicine, der britischen Royal Society und der Chinese Academy of Sciences veranstaltet worden war. Auch Wissenschaftler in Deutschland unterstützen dieses Ansinnen, allen voran die großen deutschen Wissenschaftsakademien. Dass Wissenschaftler selbst eine Denkpause anmahnen, zeugt von der Brisanz des Themas. Bereits 1975 gab es einen ähnlichen Vorgang: In der berühmt gewordenen Konferenz von Asilomar riefen renommierte Biowissenschaftler dazu

auf, die damals noch junge Gentechnik kritisch zu reflektieren. Damals wie heute ist der Moratoriumsauftrag ein Zeichen für das Verantwortungsbewusstsein der Wissenschaft.

FORSCHUNGSPAUSE IST KEINE DENKPAUSE

Das Moratorium wird nicht allein auf der Grundlage des guten Willens von Wissenschaftlern funktionieren; es muss politisch durchgesetzt werden. Die angeordnete Pause in den Laboratorien – eine „Forschungspause“, keine „Denkpause“ – muss auch tatsächlich für eine gesellschaftliche Debatte genutzt werden. Noch ist sie zu sehr auf Wissenschaftskreise beschränkt.

Die zur Diskussion stehenden Sachverhalte und die sich daraus ergebenden ethischen und rechtlichen Fragen sind so kompliziert, dass es einfache Antworten nicht geben kann. Chancen und Risiken liegen auch diesmal eng beieinander und lassen sich nur sehr schwer klar trennen. Positiv zu bewerten ist – in der langfristigen Perspektive – die Möglichkeit, mithilfe des Gene Editing schwere genetisch bedingte Krankheiten ursächlich zu heilen, indem Gendefekte beseitigt werden. Geschieht dies an Körperzellen, so ist die ethisch-rechtliche Bewertung wesentlich einfacher, als wenn Keimbahnzellen einbezogen werden sollten. Zu bedenken ist aber, dass die Beseitigung defekter Gene in der Keimbahn auch große Vorteile besitzen könnte: Vererbte Krankheiten ließen sich – für alle künftigen Generationen – heilen. Allerdings sind so die Risiken und die Verantwortung ungeheuer

groß, weil auch eventuelle Fehler und ihre Konsequenzen auf die kommenden Generationen übertragen würden.

Zur schwierigen Risikoabwägung kommt die Missbrauchsgefahr: Die Keimbahn könnte nicht nur in Bezug auf Krankheit und Gesundheit korrigiert werden, sondern auch Enhancement und Eugenik wären möglich. „Designerbabys“ könnten realisierbar werden; das Schreckbild der Menschengeschöpfung würde greifbarer.

Wo sollten die Grenzen der neuen Möglichkeiten liegen? Wer träge die Entscheidungen – die Eltern, Ärzte, der Staat? Wie würde sich eine solche „Optimierung“ auf die Menschenwürde, die Gleichheit und Selbstbestimmung, das Selbstverständnis des Menschen und das gesellschaftliche Zusammenleben auswirken? Wäre sie mit den Grundrechten vereinbar?

Von biologischer Seite kommt die brisante Frage hinzu, wie sich eine künstliche Evolution langfristig auf die natürliche Evolution des Menschen auswirken würde. Die Chancen und Risiken, die mit dem Gene Editing verbunden sind, sollten in einer transparenten und sachlich fundierten gesellschaftlichen Debatte diskutiert werden.

NATIONALE GESETZE – INTERNATIONALE FORSCHUNG

Das deutsche Embryonenschutzgesetz verbietet verbrauchende Embryonenforschung und Eingriffe in die menschliche Keimbahn. Experimente, wie sie in China stattfanden und wie sie in Großbritannien genehmigt wurden, sind hier nicht möglich. Gene Editing kann daher in Deutschland nur an Mikroorganismen, Pflanzen,

Tieren und menschlichen Zellkulturen Anwendung finden, nicht aber an der Keimbahn des Menschen. Allerdings scheint es schon jetzt Unschärfen im Gesetz zu geben, und im Hinblick auf die hohe Dynamik des biowissenschaftlichen Fortschritts könnte das intendierte Schutzniveau schon bald in Gefahr geraten.

International ist die Situation weit weniger eindeutig. Das seitens der Wissenschaft initiierte Moratorium könnte jedoch zu einem vertieften Nachdenken über die Folgen führen. Dem Wissenschaftlertreffen in Washington soll im Laufe der nächsten Zeit ein ausführlicher Bericht folgen. Darauf aufbauend könnte versucht werden, ein internationales Verbot der Keimbahnintervention zu erzielen. Die Vereinten Nationen wären dafür die geeignete Plattform, denn es geht um politische Grundsatzfragen höchster Brisanz und nicht um wissenschaftsinterne Details. Dies ist kein einfaches Unterfangen. Wie schwierig es ist, einen internationalen bioethischen Konsens zu finden, lässt sich schon an den unterschiedlichen Regelungen in Europa erkennen. Die in bioethischen Debatten oft zu hörende Kritik, die ethisch-rechtliche Reflexion und die politischen Regelungen hinkten der biowissenschaftlichen Entwicklung hinterher, könnte im Falle der Keimbahnintervention mittels Gene Editing vermieden werden: Noch ist es Zeit, ethisch-rechtliche Weichen zu stellen.

Ein Mann der Tat

Zum Stand der Erhard-Rezeption

WOLFGANG TISCHNER

Geboren 1967 in Berlin, Abteilungsleiter
Publikationen/Bibliothek, Wissen-
schaftliche Dienste / Archiv für
Christlich-Demokratische Politik der
Konrad-Adenauer-Stiftung.

Horst Friedrich Wünsche: *Ludwig Erhards
Soziale Marktwirtschaft. Wissenschaft-
liche Grundlagen und politische
Fehldeutungen*, Lau-Verlag & Handel,
Reinbek/München 2015, 460 Seiten,
34,00 Euro.

Es ist ein erstaunliches Phänomen, dass der Elitendiskurs über den Begriff „Soziale Marktwirtschaft“, der für die Selbstdeutung unserer Gesellschaft fast inflationär verwendet wird, mittlerweile ohne nähere Kenntnis seiner Entstehungsgeschichte

und seines Theoriegehalts stattfindet. In Zeiten, in denen alle demokratische Parteien der Bundesrepublik Deutschland die „Soziale Marktwirtschaft“ für sich in Anspruch nehmen und etwa die SPD im Wahlkampf 2013 „die Soziale Marktwirtschaft neu begründen“ wollte (so Sigmar Gabriel in der *Bild am Sonntag*), besteht Bedarf an der Rückführung einer schwammig gewordenen Phrase aus dem Arsenal der politischen Sonntagsreden auf ihren wissenschaftlichen Kern.

Deshalb ist es verdientvoll, dass Horst Friedrich Wünsche, der von 1973 bis zu Erhards Tod 1977 dessen wissenschaftlicher Mitarbeiter und danach Geschäftsführer der Ludwig-Erhard-Stiftung in Bonn gewesen ist, kürzlich den Versuch unternommen hat, der Diskussion um

den Markenkern der Sozialen Marktwirtschaft neue Impulse zu geben. Dabei handelt es sich um das Lebensthema des Verfassers, der schon in mehreren Monographien eine Deutung von Ludwig Erhards wissenschaftlicher Konzeption vorgenommen hat.

KONTRAPUNKT ZU HENTSCHELS ERHARD-BIOGRAPHIE

Passagenweise wirkt Wünsches Arbeit als bewusste Antwort auf die vor fast zwei Jahrzehnten erschienene Erhard-Biographie von Volker Hentschel (*Volker Hentschel: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben*, München 1996). Hentschels Beschreibung des Lebensweges und der Lebensleistung Erhards ist die bislang ausführlichste Darstellung und gibt zurzeit den Grundtenor der Erhard-Deutung vor. Die Quelldichte und souveräne Einordnung in den historischen Kontext sind ihre Vorzüge, allerdings kann man dem Autor wahrlich nicht den genretypischen Vorwurf machen, dass er sich zu sehr mit seinem Sujet identifizieren würde: Stellenweise wirkt die Biographie, als sähe Hentschel in dem „Vater des Wirtschaftswunders“ einen mittelmäßigen Ökonomen, der von den Zeitläuften in eine politische Schlüsselposition gespült worden sei, die er dann eher schlecht als recht ausgefüllt habe. Flüssig erzählt und mit Sinn für das Komische liest sich Hentschels Biographie zwar leicht, doch wird sie Erhards Lebensleistung nicht gerecht. Fast durchgängig werden Misserfolge als Konsequenz der intellektuellen Defizite oder der mangelnden Durchsetzungsfähigkeit Erhards erklärt, die nicht zu leugnenden Erfolge er-

scheinen dagegen als Ergebnis günstiger Zufälle. Man fühlt sich bei Hentschel gelegentlich an die Hollywoodkomödie „Forrest Gump“ erinnert, in der ein lebenswerter Trottel mithilfe einer Verkettung glücklicher Unfälle sein Leben bestens meistert. Als Deutungsmuster eines Politikerlebens, das sich über fast zwei Jahrzehnte in politischen Spitzenpositionen bis hin zum Amt des Regierungschefs erstreckte und eindeutig einer der Faktoren für die fulminanten Wahlsiege der CDU in dieser Zeit war, ist dies wohl unzureichend.

HETEROGENER AUFBAU

Wünsches Ansatz kann man dagegen den Vorwurf übergroßer Distanz zu Erhard nicht machen. Die Sympathie für den „Vater des Wirtschaftswunders“ ist mit Händen zu greifen, und besonders auffällig erscheint das Bemühen, Erhards wissenschaftliche Originalität herauszustellen.

Wünsches Leistung liegt darin, durch eine lebenslange Beschäftigung mit seinem Thema eine besonders starke Identifikation mit Erhards Gedankenwelt erreicht zu haben. Das erlaubt ihm durchaus, auf deutliche Diskrepanzen und Ungenauigkeiten im gegenwärtigen Umgang mit der Terminologie der „Sozialen Marktwirtschaft“ hinzuweisen. Wenn er beispielsweise die derzeitige Überbetonung des „Sozialen“ in der Sozialen Marktwirtschaft als so nicht intendiert kritisiert und demgegenüber Erhards Auffassung herausarbeitet, dass Hilfe zuallererst immer Hilfe zur Selbsthilfe sein solle und eine Umverteilungsgesellschaft keineswegs anzustreben sei, hat er schlicht recht.

Gleichzeitig hat dieser personalisierende Ansatz – der Band ist sogar explizit Erhards Andenken gewidmet – seine Grenzen: Beispielsweise wird der Anspruch erhoben, „Eigenheiten der aktuellen Politik aus Erhards Sicht“ (Seite 42) deuten zu können. Störend ist neben der unkritischen Nähe zu Erhards Gedankenwelt eine permanente Verteidigungshaltung, die auch darin zum Ausdruck kommt, dass der Band mit einer ausführlichen Antikritik beginnt, die Erhard-kritische Forschungspositionen als „Bigotterie“, „Dogmatismus“ und „blind“ abqualifiziert.

Die Arbeit ist sehr heterogen aufgebaut und stellenweise redundant. Nach der Kritik an der Forschung folgen die Kritik an der heutigen Wirtschaftspolitik, Lösungsvorschläge und dann wieder ein biographischer Absatz über Erhards Studienzeit. In allen Passagen gibt es durchaus beachtenswerte Informationen, aber die Ausführungen sind stark wertend. Kaum haltbar ist insbesondere der Versuch, Erhard mit der historischen Schule der deutschen Nationalökonomie in Verbindung zu bringen. Ebenfalls nicht quellmäßig gedeckt ist die Vorstellung, dass Erhard und Walter Eucken sich in deutlichem Gegensatz befunden hätten und keine Beeinflussung Erhards durch Ordoliberale wie Franz Böhm oder Wilhelm Röpke stattgefunden habe. Hier wird das Kind mit dem Bade ausgeschüttet: Natürlich gab es Unterschiede zwischen den einzelnen Positionen, aber der Erfolg von Erhards Wirtschaftspolitik wäre ohne die vorhergehende theoretische Fundierung durch die „Freiburger Schule“ unmöglich gewesen. Richtig liegt Wünsche hingegen, wenn er die Wertgebundenheit der Vorstellungen Ludwig Erhards im Unterschied zu heutigen Wirtschaftstheorien

betont; aber erstaunlicherweise scheint ihm das Bild Erhards als Umsetzer einer politischen Ökonomie nicht zu reichen. Gerade hier, bei seiner zentralen These, Erhard sei ein Wissenschaftler sui generis gewesen, bleibt Wünsche den Beweis schuldig. Der Versuch, aus den Schriften des ersten Bundeswirtschaftsministers ein geschlossenes, originelles und eigenständiges Theoriegebäude zu belegen, gelingt nicht. Erhard hat die theoretischen Anregungen der ordoliberalen Denker rezipiert, dem Wähler schmackhaft gemacht und in politisches Handeln erfolgreich umgesetzt – dies ist sein bleibendes historisches Verdienst. Selbst entwickelt hat er sie jedoch nicht.

LÜCKENHAFTE REZEPTION

Durchaus rezipiert, aber nicht durchgängig akzeptiert hat Wünsche die Ergebnisse der neueren wirtschaftshistorischen Forschung; unter den Publikationen zu diesem Themenkomplex sticht die Habilitation von Bernhard Löffler über das Bundeswirtschaftsministerium besonders hervor (*Soziale Marktwirtschaft und administrative Praxis. Das Bundeswirtschaftsministerium unter Ludwig Erhard*, Wiesbaden 2002). Die sorgfältige Untersuchung kann die Leistungen und Grenzen von Erhards Führungsstil in seinem Ministerium klar herausarbeiten. Andere wichtige biographische Neuerscheinungen wie die 2005 erschienene Biographie Wilhelm Röpkes von Hans Jörg Hennecke (*Wilhelm Röpke. Ein Leben in der Brandung*, Stuttgart 2005) finden Beachtung, erstaunlicherweise aber die von der Konrad-Adenauer-Stiftung veröffentlichte Biographie

Franz Böhms von Niels Hansen (*Franz Böhm mit Ricarda Huch*, Düsseldorf 2009), die unter anderem neue Erkenntnisse zur Entstehungsgeschichte der „Freiburger Schule“ enthält, nicht.

LUDWIG ERHARD HEUTE?

Wenn Wünsches Arbeit, vor allem im Vergleich mit Hentschels Biographie, eines deutlich macht, dann ist es die Notwendigkeit, dass sich die volkswirtschaftliche und die wirtschaftshistorische Forschung wieder verstärkt der Begründungsphase der Sozialen Marktwirtschaft zuwenden müssen. Weder war Erhard ein eher tumuler Zufallspolitiker, wie ihn Hentschel vorführt, noch der visionäre Wissenschaftler, den Wünsche wahrgenommen zu haben glaubt. Fraglich erscheint auch, ob eine Kanonisierung, wie sie Wünsche anzustreben scheint, sinnvoll ist. Am nächsten kommt ihm vielleicht die Beschreibung als „Zentralfigur des neoliberalen Spektrums“ (Yorck Dietrich), der ordoliberalen Vorstellungen in seiner Politik bündelte. Erhard hat eine theoretisch tief fundierte Wirtschaftspolitik eindeutig sehr erfolgreich umgesetzt. Dem steht nicht entgegen, dass er selbst kein origineller eigener Theoretiker oder gar ein geschickter Parteipolitiker gewesen ist. Und natürlich taugen nicht mehr alle von Erhards Ansätzen zur Bewältigung heutiger wirtschaftspolitischer Herausforderungen.

Andererseits aber behalten die im Umfeld der „Freiburger Schule“ formulierten Grundsätze wie marktwirtschaftliche Orientierung, freie Preisbildung, Zerschlagung von Kartellen, Verzicht auf monetäre Staatsfinanzierung und solide Haushalts-

politik ihre überzeitliche Gültigkeit für die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft auch in Zeiten der Globalisierung. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass gegenwärtig der aus dem anglo-amerikanischen Raum diffundierende Glaube an die Machbarkeit unbegrenzter Geldschöpfung in Europa Konjunktur hat und sich auch in Deutschland die Frage stellt, wie viele Politiker eine Politik der Sozialen Marktwirtschaft tatsächlich noch verstehen und fundiert vertreten. Nötig scheint deshalb – vor allem auch in Vorbereitung auf die Erhard-Jubiläen 2017 – 120. Geburts- und 40. Todestag – eine im wissenschaftlichen Sinne kritische Überprüfung der bisherigen Erhard-Forschung. Es empfiehlt sich, Erhard und sein intellektuelles Umfeld, die Ökonomen der „Freiburger Schule“, wie Hans Großmann-Doerth, Walter Eucken, Wilhelm Röpke und andere, sowie die konkreten Entstehungsbedingungen des politischen Programms der „Sozialen Marktwirtschaft“ unter Berücksichtigung der Forschungsergebnisse der letzten Jahre neu auszuleuchten. Dabei wird sich sicherlich ein präziseres Bild der Lebensleistung Erhards ergeben, vor allem aber wird hoffentlich der Diskurs zu den eigentlichen Inhalten der Sozialen Marktwirtschaft erneut aufgenommen. Wenn dabei die Grundsätze (und nicht irgendwelche tagespolitischen Einzelentscheidungen) Erhards neu hervortreten, ist zu bezweifeln, ob sich Sigmar Gabriel weiterhin als Verfechter der „Sozialen Marktwirtschaft“ darstellen wird.

NEUERSCHEINUNGEN (AUSWAHL)

EINZELTITEL UND VERLAGSPUBLIKATIONEN

Abmeier, Karlies / Bahr, Petra / Volk, Thomas (Hrsg.):
Monitor Religion und Politik. Ausgewählte Beiträge 2015, Sankt Augustin/Berlin, Dezember 2015

Arndt, Christian:
Das Vermögen der mittleren Einkommensschicht in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Was wissen wir über die Mittelschicht in Deutschland?, Sankt Augustin/Berlin, Dezember 2015

Braun, Michael / Schmidt, Susanna (Hrsg.):
Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung 2015. Marica Bodrožić (Dokumentation), Sankt Augustin/Berlin, Dezember 2015

Buchstab, Günter / Kleinmann, Hans-Otto / Küsters, Hanns Jürgen:
Historisch-Politische Mitteilungen, HPM Heft 22/2015, Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien, November 2015

Henry-Huthmacher, Christine / Hoffmann, Elisabeth (Hrsg.):
Ausbildungsreife & Studierfähigkeit, Sankt Augustin/Berlin, März 2016

Henry-Huthmacher, Christine / Hoffmann, Elisabeth (Hrsg.):
Das selbstständige Kind. Das Kinderbild in Erziehung und Bildung, Sankt Augustin/Berlin, Dezember 2015

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.):
Hans-Gert Pöttering – Herzensangelegenheit Europa, Sankt Augustin/Berlin 2016

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.):
Open Data – Die wichtigsten Fakten zu offenen Daten. Grundlagen, Rahmenbedingungen und Beispiele zur Nutzung von offenen Daten (Infoflip), Berlin, Februar 2016

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.):
Flucht und Migration als Herausforderung für Europa. Internationale und nationale Perspektiven aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin, Februar 2016

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.):
Zukunft der Exzellenzinitiative. 7 Thesen zur Exzellenzförderung von Universitäten, Sankt Augustin/Berlin, Dezember 2015

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.):
Soziale Marktwirtschaft und Demokratie weltweit. Das Beispiel der muslimisch geprägten Welt, Sankt Augustin/Berlin, November 2015

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.):
Social Market Economy and Democracy
Worldwide. The Case of Muslim Majority
Countries, Sankt Augustin/Berlin,
November 2015

Küsters, Hanns Jürgen (Hrsg.):
Der Zerfall des Sowjetimperiums und
Deutschlands Wiedervereinigung,
Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien,
Januar 2016.

Olschewski, Skrollan:
Gründen in Deutschland. Von Existenz-,
Unternehmens- und Startup-
Gründern und Gründerinnen, Berlin,
Dezember 2015

Politische Bildung der Konrad-Adenauer-
Stiftung (Hrsg.):
Kommunalpolitik unternehmen,
Sankt Augustin/Berlin, Dezember 2015

Schäfer, Matthias / Ternès, Anabel
(Hrsg.):
Start-ups international. Gründer-
geschichten rund um den Globus,
Verlag Springer Gabler, November 2015

TRAVEL HOUSE MEDIA GmbH im
Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung
(Hrsg.):
Cadenabbia und der Comer See. Reise-
führer für Adenauers Villa La Collina –
kulturpolitische Begegnungsstätte von
europäischer Ausstrahlung, Travel House
Media, München, März 2016

FORUM EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG

Pokorny, Sabine:
Aktivität ist ansteckend. Soziale und
politische Partizipation von Deutschen
mit und ohne Migrationshintergrund
und in Deutschland lebenden Auslän-
dern, Sankt Augustin/Berlin, Januar 2016

HANDREICHUNGEN ZUR POLITISCHEN BILDUNG

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.):
Demografie & Demokratie. Experten-
Positionen zum Einfluss des demo-
grafischen Wandels auf die Demokratie
(Band 20). Publikation im Rahmen einer
Medienpartnerschaft mit dem „Tages-
spiegel“ begleitend zum Demokratie-
Kongress 2014, Berlin, Dezember 2015

Onlinefassungen bzw. Leseproben
aller Publikationen der Konrad-
Adenauer-Stiftung sind abrufbar
unter www.kas.de/publikationen

Druckfassungen können per E-Mail
bestellt werden unter bestellung@kas.de

*Zusammengestellt von Cornelia Wurm,
Redaktion „Die Politische Meinung“*

Die nächste Ausgabe erscheint im Juni 2016
zum Thema

Berlin

Metropole, Kulturstadt, Zukunftsort

Hierzu schreiben unter anderen Wolfgang Schäuble,
Klaus Mertes und Pascale Hugues.

IMPRESSUM

Nr. 537, März/April 2016, 61. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Konrad
Adenauer
Stiftung

Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von

Wolfgang Bergsdorf, Hans-Gert Pöttering,
Bernhard Vogel

Begründet 1956 von

Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Geschäftsführung

Walter Bajohr

Redaktion

Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Rita Anna Tüpper-Fotiadis (Redakteurin)
Redaktionsassistentz: Cornelia Wurm

Anschrift

Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92
Faxnummer: (0 22 41) 2 46 26 10
rita.tuepper-fotiadis@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

*Einem Teil dieser Auflage liegt ein Informationsflyer
zum 100. Deutschen Katholikentag in Leipzig bei.*

Verlag und Anzeigenverwaltung

Verlag A. Fromm,
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück
Telefonnummer: (05 41) 31 03 34
Faxnummer: (05 41) 31 04 11
C.Brinkmann@fromm-os.de

Herstellung

Druck- und Verlagshaus FROMM GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung

Stan Hema GmbH
Agentur für Markenentwicklung, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr.
Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 €
zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten
erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugs-
dauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern
das Abonnement nicht bis zum 15. November eines
Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen
über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Poli-
tischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten
die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch
bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich
abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch
Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.



Cadenabbia und der Comer See

**Adenauers Villa La Collina – kulturpolitische
Begegnungsstätte von europäischer Ausstrahlung**
Reiseführer: Genießen, Wandern und Entspannen

*Ein MERIAN Solitaire –
herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung
und TRAVEL HOUSE MEDIA
GmbH, 2016,
2. vollständig überarbeitete
Ausgabe*

*208 Seiten mit zahlreichen
Schwarz-Weiß-Fotos von
Adenauers Aufhalten am
See sowie aktuellen Bildern.
Stadtpläne von Como und
Bellagio, Straßenkarte
Comer See.*

ISBN 978-3-8342-2069-1

Preis: 14,99 Euro

Bestellen Sie

versandkostenfrei bei der

Konrad-Adenauer-Stiftung

per E-Mail an

publikationen@kas.de oder

per Fax 0 22 41/24 65 22 64

www.kas.de/reisefuehrer

Der erste Teil des Reiseführers erzählt die Geschichte des Sees, schildert Adenauers Aufenthalte in Cadenabbia, lässt Zeitzeugen zu Wort kommen und bietet Informationen über die Villa La Collina – damals Adenauers Feriendomizil, heute internationaler Ort der Begegnung und Hotel für Individualreisende.

Der zweite Teil blättert die vielfältigen touristischen Reize des Comer Sees auf: die Stadt Como, prunkvolle Villen und hübsche Dörfer, das malerische Bellagio u. v. m. Sechs Wanderungen führen zu jahrhundertealten Stätten und eröffnen wundervolle Ausblicke.

Auf Wiedersehen in Cadenabbia!



Konrad
Adenauer
Stiftung